Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und  Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 91. Dienstag, den 13. November 1894. Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: **ohne Zustellung** ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **9. November 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Am 1. November ist Kaiser Alexander III. von Russland seinem Leiden erlegen. (Die Versammlung erhebt sich.) Aus Anlass dieses traurigen Ereignisses, welches auch in Wien innige Theilnahme erregt hat, habe ich dem russischen Botschafter im Namen der Gemeinde Wien das Beileid ausgesprochen.

2. Es ist folgende Zuschrift an mich gelangt:

Die Generaldirection der Allerhöchsten Fonde beehrt sich, mitzutheilen, dass Se. k. u. k. apostolische Majestät zu der im Jahre 1895 zum Besten der Armen Wiens stattfindenden Effectenlotterie ein silbernes Tafelservice in einem Lederkasten huldvollst zu spenden geruht hat.

Der Gemeinderath ist damit einverstanden, dass ich den ehrerbietigsten Dank in entsprechender Weise zum Ausdrucke bringe. (Zustimmung.)

3. Frau Adele Wagenmann hat anlässlich des Ablebens ihres Gatten 2000 fl. gespendet, und zwar 1000 fl. für Arme im X. Bezirke und 1000 fl. für Arme der übrigen Bezirke Wiens.

4. Herr Victor Mautner Ritt. v. Markhof hat anlässlich seiner Bürgerrechtsverleihung für die Armen Wiens den Betrag von 500 fl. gespendet.

5. Die verstorbene Frau Amalie Urbany hat für die Armen Wiens den Betrag von 500 fl. legiert.

6. Herr August Rath, Generalrath der Österr.-ungar. Bank, hat dem Franz Josef-Jugendasylvereine einen Betrag von 100 fl. gespendet.

7. Ein Ungenanntseinwollender hat für die Armen des XIV. Bezirkes 250 fl. gespendet.

8. Herr kais. Rath Johann Evang. A. Ruthmayer hat dem Armeninstitute des VIII. Bezirkes für eine zu veranstaltende Christbaumfeier 100 fl. gespendet.

9. Herr Johann Preleuthner theilt mit, dass er eine Marmorbüste, darstellend Kaiser Franz, welche von dessen seligem Stiefvater Johann Schaller, dem ehemaligen Professor an der k. k. Akademie der bildenden Künste zu Wien, ausgeführt wurde, ferner ein Medaillon, Napoleon I. darstellend, dem Museum der Stadt Wien zum Geschenke mache.

Den Spendern wird der Dank ausgesprochen.

10. Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg entschuldigt sein Ausbleiben aus der heutigen Sitzung wegen schwerer Erkrankung eines Familienmitgliedes, Herr Gem.-Rath Zweig wegen Unwohlseins, Herr Gem.-Rath Brauneiß wegen eines Trauerfalles. Herr Gem.-Rath Dr. v. Billing ist verhindert, der heutigen Sitzung beizuwohnen.

11. Für die Wahl in den Bezirksschulrath wurden 51 Stimmzettel abgegeben; gewählt wurden die Herren Eduard Bittner und Julius Wehle.

12. Für die Wahl in den Landesschulrath wurden 51 Stimmzettel abgegeben; gewählt wurden die Herren Gem.-Räthe Dr. v. Billing, Dr. Prochsch und Dr. Lerch.

13. Die Gesellschaft für vervielfältigende Kunst spricht für die ihr gewährte Subvention von 2000 fl. ihren Dank aus.

14. Der Schillerverein „Die Glocke" hat den Gemeinderath zu der am 10. November um 7 Uhr abends im Festsaale der kais. Akademie der Wissenschaften stattfindenden Festfeier eingeladen. Diejenigen Herren Gemeinderäthe, welche von dieser Einladung Gebrauch machen wollen, bitte ich, die Karten im Präsidialbureau zu beheben.

15. Herr Gem.-Rath **Bärtl** hat in der letzten Sitzung interpelliert: „Bei Berathung des Präliminares pro 1894 wurde von der Budget-Commission der Antrag auf Einsetzung einer Gartenüberwachungs-Commission gestellt und wurde dieser Antrag auch vom Plenum des Gemeinderathes in der betreffenden Sitzung genehmigt." Er fragt nun: „Was ist mit diesem Antrage bis heute geschehen? Ist der Herr Bürgermeister geneigt, zu veranlassen, dass der Plenarbeschluss ehestens zur Ausführung kommt?"

Ich habe die Ehre, diesfalls Folgendes mitzutheilen: Der Stadtrath hat in seiner Sitzung vom 6. d. M. beschlossen, dem Gemeinderathe die Wahl einer aus fünf Mitgliedern bestehenden Commission zur Prüfung der Geschäftsführung in Gartenangelegenheiten nach § 47 des Gemeindestatutes zu empfehlen. Das bezügliche Referat wird auf die nächste Tagesordnung für den Gemeinderath gesetzt werden.

16. Herr Gem.-Rath **Schlögl** hat interpelliert wegen Einsetzung einer Commission, bestehend aus 12 Mitgliedern, welche sich mit der Verwertung des Rathhauskellers befassen soll.

Die Angelegenheit befindet sich derzeit im Stadtrathe in Verhandlung und wird ehestens referiert werden.

Gem.-Rath Schlögl: Es dauert schon hübsch lange, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister: Es wird schon werden. Ich bitte um Mittheilung der Einläufe.

Gem.-Rath Gregorig: Ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung.

Bürgermeister: Ich bitte, jetzt müssen die Einläufe verlesen werden. (Gem.-Rath **Gregorig**: Zu den Interpellationen bitte ich um das Wort!) Ich bitte, zuerst müssen sie ja mitgetheilt werden; nach Verlesung des Einlaufes werden Herr Gemeinderath das Wort erhalten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

17. Zuschrift der n.-ö. Statthalterei:

Die k. k. Statthalterei hat mit Note vom 27. August 1894, Z. 65220, der Baudeputation für Wien den Protest des A. **Fritz** und fünf Genossen gegen den Beschluss des Wiener Gemeinderathes vom 9. (richtig 10.) Juli 1894 in Angelegenheit der Baulinienbestimmung für das Haus Or.-Nr. 1 Bognergasse im I. Bezirke mit dem Beifügen zur competenten Amtshandlung im Sinne des § 107 der Bauordnung für Wien vom 17. Jänner 1883, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 35, übermittelt, dass der angefochtene Gemeinderaths-Beschluss keinen Anlass zu einer gemäß § 100 des Gemeindestatutes vom 19. December 1890 (L.-G.- und V.-Bl. Nr. 45) seitens des k. k. Statthalters zu treffenden Verfügung gibt.

Die Baudeputation findet im Grunde des § 107 der Bauordnung für Wien über die vorliegende Beschwerde, soweit sich dieselbe gegen die mit dem eingangs erwähnten Gemeinderaths-Beschlusse festgesetzten Baulinien im allgemeinen richtet, der Beschwerde Folge zu geben, weil die für die Naglergasse festgesetzte Straßenbreite den Bestimmungen des § 2 der Wiener Bauordnung insofern nicht entspricht, als dieselbe auf die Verkehrsbedürfnisse keine genügende Rücksicht nimmt. Die Beschwerde jedoch, sofern dieselbe eine bestimmte Baulinie unter Zugrundelegung der Beseitigung der Häusergruppe zwischen der Nagler- und Bognergasse vom Graben bis zur Frisgasse begehrt, keine Folge zu geben, nachdem ein solches Begehren der gesetzlichen Basis entbehrt.

Gründe.

Durch den angefochtenen Beschluss des Gemeinderathes wurde für die Realität Or.-Nr. 1 in der Bognergasse eine Straßenbreite bestimmt, welche vom Standpunkte der Bauordnung zu einer Bemerkung keinen Anlass bietet. Dagegen resultiert aus der für die Naglergasse erfolgten Baulinienbestimmung eine zukünftige Straßenbreite von 12 m für diese Straße.

Die Naglergasse, wie selbe nach dem Beschlusse des Gemeinderathes vom 10. Juli 1894 projectiert ist, wird in Hinkunft eine directe und gerade Verkehrsader zwischen der Freyung und dem Graben bilden und als solche zweifellos einem ganz außerordentlichen Verkehre zu dienen haben.

Die Baudeputation, welche sich lediglich die zukünftige Bestimmung dieses durch die Baulinienfestsetzung neu geschaffenen Verkehrsobjectes vor Augen gehalten hat, konnte sich der Überzeugung nicht verschließen, dass bei einem so wichtigen, mitten im Weichbilde der Stadt gelegenen, zur Bewältigung eines außergewöhnlichen Verkehres bestimmten Straßenzuge ein Herabgehen unter das bei Straßen in der Regel einzuhaltende Maß der Breite aus öffentlichen Rücksichten nicht zulässig erscheint.

Durch die Festsetzung einer Breite von nur 12 m erscheint dem Verkehrsbedürfnisse, welchem die zukünftige Naglergasse, wie selbe dem in Rede stehenden Beschlusse des Gemeinderathes zugrunde lag, zu dienen haben wird, jedoch keineswegs im genügenden Maße Rechnung getragen.

Die Beschwerde musste daher, soweit dieselbe sich gegen die Baulinienbestimmung im allgemeinen richtet, als gerechtfertigt erkannt werden.

Nachdem jedoch die Art der Baulinienbestimmung dem Gemeinderathe vorbehalten ist, demselben daher auch ausschließlich vorbehalten bleibt, zu bestimmen, ob eine allfällige Regulierung in dem in Frage stehenden Theile der Stadt unter Inaussichtnahme der Beseitigung einzelner Objecte oder einer Gruppe derselben, oder in anderer Weise erfolgen soll, erscheint jener Theil der Beschwerde, welcher eine bestimmte Art der Regulierung in Aussicht nimmt, ohne jede gesetzliche Begründung.

Die Beilagen des an die k. k. Statthalterei gerichteten Berichtes vom 16. August 1894, Z. 6729, folgen im Anschlusse zur entsprechenden Veranlassung zurück.

Wien, am 6. November 1894.

Kielmansegg m. p.

Bürgermeister: Der Gegenstand ist bereits dem Stadtrathe zur weiteren Behandlung zugewiesen worden.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

18. Interpellation des **Gem.-Rathes Purschke:**

Wien genießt den Ruf einer Großstadt. Und dies mit Recht. Nur von Zeit zu Zeit wird dieser Ruf durch irgendein Krähwinkelstückchen gelockert.

Ein solches ist die Einführung der neuen Wiener Tramwaytype, recte „Folterwaggon oder Marterkasten". Es gibt vieles, wo die Meinungen getheilte sind, aber in diesem Falle herrscht nur eine Stimme, welche dieses Imperial-Ungethüm mit vollem Recht verurtheilt. Es ist nun eine merkwürdige Erscheinung, dass sich gerade der XVII. Bezirk stets als Versuchskaninchen bei allen neuen Wagentypen der Neitzes-Gesellschaft hergeben muss, und es wäre eine Hauptaufgabe der Gemeinde Wien, diese neue Unzukömmlichkeit zu beseitigen. Trotz aller sofort in die Augen springenden Fehler haben die von dem Gemeinderathe bevollmächtigten Experten dieser Type ihre vollste Sympathie entgegengebracht und ich glaube nur im Interesse aller Bewohner Wiens zu handeln, wenn ich an den Herrn Bürgermeister das Ersuchen stelle,

dem Gemeinderathe die Namen der von letzterem entsendeten Experten bekanntzugeben.

Bürgermeister: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

19. Interpellation des **Gem.-Rathes Schieferl:**

Das „Wiener Tagblatt" bringt in seiner Nummer vom 7. November 1894 einen Bericht über eine bei der h. k. k. Statthalterei in Wien abgehaltene Conferenz wegen Abhilfe gegen die Fleischtheuerung.

Nach diesem Berichte soll der Marktvorstand **Kainz** den Standpunkt vertreten haben, dass trotz der Erhöhung der Viehpreise die Fleischtheuerung in Wien nicht gerechtfertigt sei, sowie derselbe auch die Behauptung aufstellte, dass die bei der Fleischhauer-Versammlung bei Schwender gemachten Angaben unrichtig seien, da die Fleischhauer sich noch besondere Percentabzüge bedingen, welche 25, 30 und 45 Percent betragen.

Als Marktvorstand sollte er wissen, dass die heutigen Fleischpreise durch den theueren Einkauf und die Entwertung der Nebenproducte, Haut und Unschlitt, gerechtfertigt sind; er sollte wissen, dass die Percentabzüge nicht Gewinn des Fleischhauers sind, sondern bei lebender Abwage für die wertlosen Theile, Blut, Gedärme, Mageninhalt u. dgl. abgerechnet werden; er sollte wissen, dass dank der auf dem Wiener Markte geduldeten Überfütterung nach amtlicher Constatierung Mägen mit über 100 kg Inhalt vorkommen, welcher Inhalt sich ja nicht mit 60 bis 70 kr. per Kilo verwerten lässt; er sollte endlich auch wissen, dass der weitaus größere Theil der Wiener Fleischhauer bei der Wiener Vieh- und Fleischmarktcasse arg verschuldet ist, so dass jede Woche eine große Anzahl Ochsen gepfändet werden.

Durch dieses Vorgehen erleidet die Bevölkerung von Wien einen unberechenbaren Schaden, da die h. Regierung dadurch in der Meinung bestärkt wird, die Eröffnung der rumänischen Grenze sei nicht nothwendig.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Ist derselbe geneigt, falls der obenerwähnte Bericht auf Wahrheit beruht, die von dem Marktvorstande aufgestellten Behauptungen richtigzustellen?

Gem.-Rath Fuchs (zur Geschäftsordnung): Ich ersuche den Herrn Bürgermeister, die Interpellation dem vollen Inhalte nach verlesen zu lassen, wie ich sie eingebracht habe. Es ist anders gelesen worden. (Unruhe links. — Gem.-Rath **Gregorig**: Das sind wir schon gewohnt! — Gem.-Rath **Weitmann**: Interpellationen müssen verlesen werden!)

Bürgermeister: Ich habe verfügt, dass zwei Passus' aus dieser Interpellation nicht vorgelesen werden. (Rufe links: Warum?) Aus dem einfachen Grunde, weil der Inhalt dieser beiden Passus' ein solcher ist, dass möglicherweise daraus eine strafrechtliche Verantwortung entstehen kann und ich mir selbst eine solche Verantwortung nicht auferlegen will und auch dazu nicht verpflichtet bin.

Was nun das Meritum der Sache betrifft, so habe ich Folgendes zu bemerken:

Ich bedauere, dass dieser Bericht, auf den in der Interpellation Bezug genommen wird, erschienen ist. Der Bericht enthält Vorgänge aus einer Versammlung, in welcher außer mir nur beeidete Beamte anwesend waren. Alle diese Anwesenden waren zur Beobachtung des Amtsgeheimnisses verpflichtet. Durch die Veröffentlichung dieses Berichtes ist leider der Verdacht entstanden, als ob einer dieser Beamten sein Gelöbnis verletzt hätte. Davon abgesehen, ist der Bericht unvollständig und er enthält viele Ungenauigkeiten ...... (Gem.-Rath Hawranek: Da dürfen Sie den Szeps nicht zulassen!) Darf ich bitten, mich nicht zu unterbrechen! ... Ungenauigkeiten, welche geeignet sind, ein unrichtiges Urtheil über die dort gepflogene Verhandlung herbeizuführen, die auch weiter geeignet sind, die eine oder andere Persönlichkeit, oder die eine oder andere Äußerung gehässig zu machen.

Was die einzelnen Behauptungen betrifft, so ist es mir nicht möglich, auf dieselben einzugehen, weil sie in einer vertraulichen Sitzung gemacht worden sind. Das eine aber kann ich den Herren versichern, dass ich bemüht bin, dafür zu sorgen, dass alle Äußerungen, welche von Seite der Gemeindeorgane gemacht werden, thatsächlich richtig sind und dass ich, insoweit von einzelnen Persönlichkeiten einseitige oder individuelle Meinungen abgegeben, beziehungsweise Conclusionen aus Thatsachen gezogen werden, ich dafür gesorgt habe und auch in Zukunft dafür sorgen werde, dass auch andere Meinungen dagegen vorgeführt werden. So ist das Marktcommissariat nicht durch einen Beamten, sondern durch drei Beamte vertreten, welche jeder nach ihrer Überzeugung aussagen, so dass es ganz und gar ausgeschlossen ist, dass lediglich eine individuelle Meinung zum Ausdrucke gebracht werde, und daraus vielleicht unrichtige Consequenzen gezogen werden. Ich würde auch nicht zugeben, dass irgendwelche beleidigende Äußerung gegen eine Genossenschaft oder gegen einen anderen bürgerlichen Stand vorgebracht werde, wenn dieselbe unrichtig ist, ohne dagegen aufzutreten und für eine entsprechende Berichtigung zu sorgen. Ich glaube, dass damit die Interpellation beantwortet ist. (Gem.-Rath Gregorig: Wasch' mir den Pelz und mach' mir ihn nicht nass!)

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

20. Interpellation des **Gem.-Rathes Schuh:**

Herrn Bürgermeister Dr. Raimund Grübl!

Hochwohlgeboren, Hier.

Der Wiener Gemeinderath hat in seiner Sitzung vom 10. Juli d. J. auf Grund des ihm vom Stadtbauamte vorgelegten Planes über die Regulierung der Nagler- und Bognergasse im I. Bezirke einen Beschluss gefasst, jedoch wurde hiebei merkwürdigerweise keine Debatte gepflogen, was mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Gegenstandes sehr merkwürdig erscheint.

Der betreffende Beschluss hat denn auch vermöge seines eigenthümlichen Inhaltes in allen Kreisen der Bevölkerung, welche sich für eine einer Großstadt entsprechenden Entwicklung unserer Stadt interessieren, die lebhafteste Bewegung und Unruhe hervorgerufen.

Es hat dieser Beschluss auch, wie bekannt, die dabei zunächst und unmittelbar betheiligten Interessenten veranlasst, eine Beschwerde an die höhere competente Behörde wegen Annullierung dieses Beschlusses zu richten.

Es hat sich in diesem Beschlusse des Wiener Gemeinderathes vom 10. Juli d. J. neuerdings gezeigt, wie reformbedürftig die bestehende Bauordnung ist, um die Bauentwicklung in einer einer Großstadt würdigen Weise zu gestalten. Es sollte dies eine neue Anregung sein, die Schaffung einer neuen, schon so oft urgierten zweckentsprechenden Bauordnung zu beschleunigen, dann wird es auch nicht mehr so leicht möglich sein, Beschlüsse ins Leben zu rufen, welche geeignet sind, die ästhetischen und einem entsprechenden Verkehre dienenden Anforderungen zu verletzen, ohne dass es möglich wäre, dagegen im Recurswege Abhilfe zu schaffen.

Überhaupt hätte mit einer Baulinienbestimmung im vorliegenden Falle dermalen gar nicht vorgegangen werden sollen, weil doch die Gemeinde Wien im Begriffe steht, den in der Bauordnung vorgeschriebenen General-Regulierungsplan zu realisieren, dessen Vollendung bei einigem größeren Eifer doch schon in kurzer Frist gewärtigt werden könnte.

Vor Feststellung des General-Regulierungsplanes soll aber der Gemeinderath nicht mit Baulinienbestimmungen vorgehen, welche geeignet erscheinen, die Verwirklichung eines den ästhetischen Anforderungen und Verkehrsbedürfnissen einer Großstadt entsprechenden General-Regulierungsplanes späterhin zu erschweren.

Nachdem der Beschluss des Wiener Gemeinderathes vom 10. Juli d. J., betreffend die Baulinienbestimmung der Bogner- und Naglergasse, somit als ein Fehler bezeichnet werden muss, und wir nicht den Fluch auf uns laden sollen, unsere Stadt auf ganze Generationen hin geschädigt zu haben, nachdem somit eine Abänderung dieses Beschlusses dringend geboten erscheint, und auch nicht vollständig klar zu sein scheint, welche Bedeutung und Rückwirkung der diesfalls getroffenen Entscheidung der Baudeputation gegenüber dem Beschlusse des Wiener Gemeinderathes beizumessen ist, so sehe ich mich, indem ich ausdrücklich bemerke, dass ich in diesem Falle, ebensowenig wie in früheren Fällen, wie man mir stets mit Unrecht zumuthete, irgendein privates Interesse, sondern nur das allgemeine Interesse unserer Stadt im Auge habe, veranlasst, an den Herrn Bürgermeister folgende Anfrage zu stellen:

1. Welches sind die Resultate des von den Interessenten der Naglergasse wider die Baulinienbestimmung des Wiener Gemeinderathes vom 10. Juli 1894 eingebrachten Recurses?

2. Ist diese Baulinienbestimmung der betreffenden Partei hinausgegeben worden, und wann?

3. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, gleichviel, ob diese Baulinienbestimmung bereits hinausgegeben wurde oder nicht, diese Baulinienbestimmung im Hinblicke auf die bisher bloß in den Journalen mitgetheilte, jedoch dem Gemeinderathe bisher merkwürdigerweise officiell noch nicht bekanntgegebene Entscheidung der Baudeputation zu sistieren und zu veranlassen, dass diese Baulinienbestimmung dem Gemeinderathe neuerlich zur Beschlussfassung vorgelegt wird?

4. Welche Bedeutung und präjudicielle Wirkung hat diese Entscheidung der Baudeputation für die weitere Beschlussfassung des Gemeinderathes?

5. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, um derartige Unzukömmlichkeiten fürderhin zu vermeiden, auf die Beschleunigung des General-Regulierungsplanes und der projectierten neuen Bauordnung hinzuwirken?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten, möchte aber schon heute bemerken, dass ja seit der Fällung dieser Entscheidung eine Gemeinderaths-Sitzung nicht stattgefunden hat und es mir selbstverständlich nicht möglich war, diese Entscheidung früher mitzutheilen als heute. Heute ist die erste Sitzung, seitdem diese Entscheidung erflossen ist.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

21. Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner:**

Da in dem Bezirkstheile Unter-Döbling gegenwärtig großer Wassermangel herrscht, die Rohre der Hochquellenleitung zwar bereits gelegt sind, aber die Einleitung des Wassers noch nicht gesichert erscheint, stelle ich die Anfrage:

ob der Herr Bürgermeister in dem Falle, als die Versorgung des benannten Bezirkstheiles mit Wasser nicht in nächster Zukunft stattfinden könnte, geneigt wäre, zu veranlassen, dass Unter-Döbling ähnlich wie andere Theile des Bezirkes durch Zufuhr von Hochquellenwasser von der bestehenden Wassercalamität befreit werde?

Bürgermeister: Ich werde diese Anregung in Erwägung ziehen und nach Möglichkeit Abhilfe treffen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

22. Antrag des **Gem.-Rathes Steiner:**

Die Beleuchtung der Döblinger Hauptstraße zwischen der ehemaligen Nussdorferlinie und der Billrothstraße ist, ungeachtet dass vor zwei Jahren eine Vermehrung der Gaslaternen stattgefunden hat, noch immer eine sehr schlechte, sowie auch die ganze Hauptstraße äußerst mangelhaft beleuchtet ist.

Da diese Straße die Hauptverkehrsstraße des XIX. Bezirkes ist, so erscheint eine ausgiebige Vermehrung und Verbesserung der Beleuchtung auf der ganzen Hauptstraße dringend geboten.

Der gleiche Übelstand besteht an dem Kreuzungspunkte der Billrothstraße und der Sieveringerstraße im XIX. Bezirke, wo gleichfalls im Interesse des Verkehres, namentlich aber um eine bessere Orientierung für die den Bezirk besuchenden Ortsfremden zu ermöglichen, es dringend geboten erscheint, eine intensivere Beleuchtung, etwa durch Anbringung besserer Gasbrenner, zu schaffen.

Demzufolge beantrage ich:

Der Magistrat werde beauftragt, im Sinne der berührten Vorschläge das Nöthige mit thunlichster Beschleunigung zu verfügen.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

23. Antrag des **Gem.-Rathes Steiner:**

Es ist der Wunsch eines großen Theiles der Bevölkerung, dass die gegenwärtig sich in sehr schlechtem Zustande befindlichen Fahrstraßen und Gehwege auf dem Leopoldsberge ordentlich hergestellt werden.

Insbesondere ist der sogenannte „Touristenweg" an manchen Stellen so vernachlässigt und schlecht, dass dessen Begehung geradezu lebensgefährlich erscheint.

Die Fahrstraße, namentlich bei der Einfahrt zur Restauration, bedarf gleichfalls einer gründlichen Restaurierung.

Ich stelle daher den Antrag:

Es sei die städtische Bauamtsabtheilung des XIX. Bezirkes zu beauftragen, ehestens wegen Instandsetzung der bezeichneten Wege, beziehungsweise Straßen das Geeignete zu veranlassen.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

24. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Gegenwärtig wird im XVII. Bezirke die Weinhauserstraße in der Strecke zwischen der Karlsgasse und der Leopoldigasse gepflastert.

Einer vollständigen Regulierung dieses wichtigen Straßenzuges steht aber die Realität des Herrn Franz Albertini, Weinhauserstraße 1 bis 7, hinderlich im Wege. Dieselbe ist wohl zum Theile bereits parcelliert, an der Ecke ist sogar schon ein Neubau aufgeführt, die Planke in der Weinhauserstraße steht aber noch immer auf ihrem alten Platze, obwohl der Straßengrund bereits grundbücherlich abgeschrieben ist.

Ich stelle daher den Antrag:

Es sei mit dem Eigenthümer dieser Realität ein Übereinkommen dahin anzubahnen, dass die Zurückrückung der Planke in die Baulinie noch im Verlaufe des heurigen Jahres durchgeführt werde, und dieser Straßentheil, der heute ein trauriges Bild der Verwahrlosung darbietet, entsprechend zu regulieren, um die Pflasterung dieses Theiles der Weinhauserstraße noch im Verlaufe des Jahres 1895 durchführen zu können.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

25. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Dem Vernehmen nach wird beabsichtigt, das zum Betriebe der am Exelberge aufzustellenden Schotterbrechmaschinen erforderliche Wasser mit Wägen zuzuführen.

Nachdem eine solche Art der Wasserbeschaffung bedeutende Kosten verursachen würde, so beantrage ich im Anhange zu meinem Antrage in der Sitzung vom 29. März 1894, Amtsblatt Nr. 27 vom 3. April:

Es sei zum Zwecke der Wasserbeschaffung für den maschinellen Betrieb der Schottererzeugung am Exelberge an einer geeigneten Stelle ein entsprechend großes Grundstück zu pachten und daselbst ein entsprechend dimensionierter Brunnen herzustellen und erforderlichenfalls für den maschinellen Betrieb einzurichten.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

26. Antrag des **Gem.-Rathes Purschk:**

Unter Hinweis auf meinen vor einiger Zeit eingebrachten Antrag bezüglich der Reform im Licitationsverfahren bei steuerexecutierten Pfandobjecten erinnere ich in erster Linie auf die von mir beantragten Projecte, die noch immer ihrer Erledigung harren. Es wird fortwährend der alte Schlendrian angewendet, durch welchen nicht nur die armen Steuerträger, denen man oft ihr letztes Hab und Gut weggenommen, hart bedrückt werden, sondern auch nicht selten die Commune durch den Erlös der Gegenstände nicht einmal die Transportkosten hereinbringt. Es liegt der Grund hauptsächlich darin, dass die Kundmachung bezüglich dieser Licitationen zu wenig bekanntgegeben wird, daher das Publicum auch meist nur aus jüdischen, sogenannten Licitationshyänen besteht. Es bilden sich bei dieser Gelegenheit kleine Compagnien, die den Preis der Gegenstände tief herabdrücken, so zwar, dass es vorkommt, dass kaum der hundertste Theil des wahren Wertes geboten wird und bei der geringen Theilnahme des allgemeinen Publicums sehr oft um solche Schundpreise hintangegeben wird.

Nachdem diese Zustände nicht länger geduldet werden können, stelle ich hiemit nachfolgende Anträge:

1. Es sei eine Berathung zu pflegen; bei derselben seien der Leiter Dr. Kosak, Beamter im magistratischen Bezirksamte I. Bezirk, Herr Arthur Steininger, Steuercommissär der Stadt Wien, und Herr Obrist, k. k. Schätzmeister, als Experten einzuladen, um die endliche Regelung dieser Missstände durchzuführen.

2. Soll die Bekanntmachung der Licitationen durch Placate sowie durch Kundmachung in allen christlichen Journalen geschehen.

Bürgermeister: Wird dem Stadtrathe zur Vorberathung zugewiesen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

27. Antrag des **Gem.-Rathes Herold:**

In der am Sonntag den 28. October im Florasaale des Schwender'schen Etablissements abgehaltenen Versammlung der Fleischhauer wurde bittere Beschwerde darüber geführt, dass selbe bei der bestehenden schleppenden Verzehrungssteuer-Manipulation am Viehmarkte ungemein viel Zeit verlieren und außerdem ihre Geschäfte durch das Zuwarten — herbeigeführt durch das reihenweise Anstellen, welches oft stundenlang dauert — große Störung erleiden. Diesem Übelstande würde durch die Vermehrung der Beamten des Verzehrungssteueramtes abgeholfen.

Ich stelle hiemit den Antrag:

Der Herr Bürgermeister werde ersucht, sich mit den betreffenden Behörden ins Einvernehmen zu setzen und thunlichst bald Abhilfe zu schaffen.

Bürgermeister: Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

28. Ich habe noch mitzutheilen, dass bei der Wahl in die Gewerbeschul-Commission 51 Stimmzettel abgegeben wurden. Gewählt erscheinen die Herren Gem.-Räthe Schenzl, Tagleicht, Wessely Ignaz Franz und Gausch.

29. Bei der Wahl in die Franz Josef-Jugendasyl-Commission wurden 51 Stimmzettel abgegeben. Gewählt wurden die Gem.-Räthe Erndt, Simon, Dr. Vogler, Villicus, Wünsch und Koch.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Der von mir in der letzten Sitzung gestellte Antrag auf Vertagung der Wahlen ist mit 36 gegen 33 Stimmen abgelehnt worden. Nach der Abstimmung über diesen Antrag hat die Opposition den Gemeinderathssaal verlassen. Die 36, welche für den Antrag votiert haben, und fünf, welche mit uns gestimmt haben, sind zurückgeblieben. Das sind 41 Gemeinderäthe. Der Gemeinderath war also nicht mehr beschlussfähig. Nichtsdestoweniger ist die Sitzung fortgesetzt worden und wurden die Beschlüsse Nr. 40, 41 und 42 gefasst. Auch wurden in der vertraulichen Sitzung Beschlüsse gefasst, und zwar sub Nr. 1, 2, 3 und 4. Ich erkläre die Beschlüsse für ungiltig, weil sie in einer nicht beschlussfähigen Sitzung gefasst worden sind. Ich mache überdies aufmerksam, dass der in der ver-

traulichen Sitzung sub Nr. 2 gefasste Beschluss ein geradezu gesetzwidriger ist, nachdem er nämlich den § 52 c des Statutes in eclatanter Weise verletzt. (Zustimmung links.) Es werden hiedurch zwei Bezirksvorsteher-Stellvertretern, darunter Kahlig, Functionsgebüren zuerkannt, trotzdem nach dem Gesetze ausdrücklich nur dem Bezirksvorsteher Functionszulagen zuerkannt werden dürfen und können. (Beifall links.) Ich erkläre dies hiemit öffentlich für eine eclatante Verletzung des Gesetzes und überlasse es dem Statthalter, ohne dass ich mich an ihn besonders wenden werde, von dem ihm nicht bloß zustehenden Rechte, sondern von der ihm obliegenden Pflicht, das Gesetz zu wahren, endlich einmal Gebrauch zu machen. (Lebhafter Beifall links.)

Bürgermeister: Dagegen habe ich Folgendes zu bemerken: Es wurde sofort, nachdem ein Theil der Herren Mitglieder während der letzten Sitzung die Versammlung verlassen hatte, ausgezählt und constatiert, dass die Versammlung beschlussfähig ist. (Rufe links: Von wem?) Es wurde das vom Vorsitzenden constatiert, und ich kann bestätigen, dass von den Herren Schriftführern ausgezählt und constatiert wurde, dass mehr als 46 Mitglieder anwesend waren. (Gem.-Rath Gregorig: Nach der bekannten Geometrie!) Nach Schluss der öffentlichen und Eröffnung der vertraulichen Sitzung wurde über meinen speciellen Wunsch von den Schriftführern und von den Beamten ausgezählt (Rufe links: O je!) und constatiert, dass mehr als 46 Mitglieder anwesend waren; auch bei Schluss der vertraulichen Sitzung waren mehr wie 46 Mitglieder anwesend. (Gem.-Rath Jedlička: Nach Adam Riese oder liberal?) Soll das ein Witz sein? Es geht doch nicht an, solche Bemerkungen in die Versammlung hineinzuschreien. Was die andere Bemerkung betrifft, dass ein oder zwei Beschlüsse angeblich gegen das Gesetz verstoßen, so bitte ich den Herrn Gemeinderath, die nach dem Gesetze zulässigen Mittel zu ergreifen. Wenn der Herr Gemeinderath hier einen derartigen Protest anmeldet, so bin ich bereit, die Vorlage an den Herrn Statthalter gelangen zu lassen und demselben die Beurtheilung zu überlassen, ob die Beschlüsse dem Gesetze entsprechend sind oder nicht.

Gem.-Rath Dr. Rechansky (zur Geschäftsordnung): Ich will die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass heute das Resultat der Wahlen verlesen worden ist und sich aus der Ziffer der Wahl ergibt, dass eine beschlussfähige Anzahl anwesend war. (Lebhafter Widerspruch links und Zwischenruf seitens des Gem.-Rathes Dr. Geßmann.)

Bürgermeister: Herr Dr. Geßmann, ich bitte Sie, schreien Sie nicht!

Gem.-Rath Dr. Rechansky (fortfahrend): Es wurden die Namen der einzelnen Gemeinderathsmitglieder verlesen und dabei die Stimmzettel abgegeben. Es dürfte wohl niemandem, auch von der Opposition, einfallen, vielleicht einem Mitgliede zu imputieren, dass er mehrere Stimmzettel abgegeben hat. (Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Aber fortgegangen sind viele!)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Grünbeck, Sie haben nicht das Wort! Ich habe übrigens erklärt: es ist ausgezählt worden, die Versammlung war beschlussfähig. Wenn Sie an der Richtigkeit dieser Mittheilung zweifeln, so bitte ich, ein anderesmal hier zu bleiben. (Lebhafte Heiterkeit.)

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Geehrter Herr Bürgermeister! Es ist zu wiederholtenmalen vorgekommen, dass an den von einzelnen Mitgliedern des Gemeinderathes gestellten Interpellationen — und wenn ich nicht irre — auch schon einmal an einem von einem Gemeinderathsmitgliede gestellten Antrage eine sogenannte Censur ausgeübt worden. (Zustimmung links.) Die Censur hat, wenn ich mich recht erinnere, nur vor dem Jahre 1848 unter dem Drucke des Absolutismus zur Zeit der größten Reaction bestanden. Heutzutage besteht eine Censur nicht mehr, und es ist Sache eines jeden einzelnen Mitgliedes des Gemeinderathes, die Verantwortung für das zu übernehmen, was er schreibt. (Zustimmung links.) Es ist nach meiner innigsten Überzeugung durchaus unzulässig, dass eine solche Correctur von Seite des hohen Präsidiums vorgenommen wird. Ich würde bitten, dass dies in Hinkunft nicht mehr geschehe. Wenn die Herren von der Majorität sich das gefallen lassen, so bekunden sie damit, dass es nothwendig ist, ihre Aufsätze einer Correctur zu unterziehen (Sehr gut! links); wir von der Minorität werden es uns nie und nimmermehr gefallen lassen, dass eine solche vorgenommen wird. (Lebhafter Beifall links.)

Bürgermeister: Demgegenüber muss ich Folgendes bemerken: Eine solche Censur vorzunehmen, ist für den Vorsitzenden außerordentlich peinlich. Aber der Vorsitzende ist, wie jeder andere, dem Strafgesetze unterworfen und muss sich an die Bestimmungen des Strafgesetzes halten. (Zustimmung rechts.) Und wenn er findet, dass in einem Schriftstücke, das zur Verlesung gelangen soll, eine Beleidigung liegt, so macht er sich mitschuldig, wenn er zu dieser Verlesung beiträgt und mitwirkt. (Widerspruch links.) Meine Herren! Das ist meine juristische Ansicht; und nach dieser Ansicht muss ich vorgehen. Die Herren wissen ja, dass ich nicht als letzte Instanz entscheide.

Wenn jemand sich durch die Entscheidung des Vorsitzenden verletzt erachtet, so steht ihm nach dem Gesetze ein Rechtsmittel zu. Ich aber muss nach meiner Ansicht und Überzeugung vorgehen. Es ist möglich, dass ein Mitglied der Versammlung einer anderen Ansicht ist; dafür ist die obere Instanz da, welche in solchen streitigen Fällen entscheidet. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Ich constatiere vor allem anderen, dass hier die Geschäftsordnung nach zwei Richtungen gehandhabt wird — eine für die Majorität und eine für die Minorität. Ich, der Minorität angehörig, bin verwiesen worden, dann zu sprechen, wenn die Verlesungen vorüber sind; einem Mitgliede der Majorität ist es früher gestattet worden, zu sprechen. Nun ist meine Ansicht die, dass die Geschäftsordnung zu dem Zwecke da ist, um gewahrt zu werden. Wenn nun zu irgendeiner Zeit etwas geschieht, wodurch die Geschäftsordnung nicht richtig gehandhabt wird, so steht es jedem einzelnen Gemeinderathsmitgliede frei, sofort das Wort zur Geschäftsordnung zu ergreifen und das richtigzustellen. Dieser Fall hat sich heute zugetragen. Ich habe in der letzten Sitzung den Herrn Bürgermeister interpelliert, was es mit der Petition bezüglich der Warenhäuser für ein Bewandtnis hat, wann diese auf die Tagesordnung kommt. Der Herr Bürgermeister hat gesagt, er wird sich informieren, er hätte infolge dessen heute antworten müssen. Er hat aber geschwiegen. Ich bitte dies nachzuholen und meine Interpellation heute zu beantworten, wie es im Gesetze vorgeschrieben ist.

Bürgermeister: Sie haben meines Wissens und Erinnerns angefragt, ob dieser Gegenstand schon zur Berichterstattung reif ist; ich habe geantwortet, ich werde den Gegenstand urgieren, und ich habe ihn auch urgiert. Was soll ich weiter? (Widerspruch links.)

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Der Herr Bürgermeister hat meine letzte Interpellation nur dahin beantwortet: ich werde mich informieren. (Bürgermeister: Ich habe gesagt, ich werde urgieren!) Oder urgieren, alleseins, ein Fremdwort war es unter allen Umständen, wir sind aber im deutschen Gemeinderathe. Nachdem aber der Gegenstand im Stadtrathe berathen wurde, so müssen Herr Bürgermeister nach dem Gesetze mir heute antworten. Ich habe gefragt, wann Sie ihn auf die Tagesordnung stellen werden und warum Sie ihn nicht auf die Tagesordnung gestellt haben. Ich bitte, heute darauf zu antworten.

Bürgermeister: Ich bin heute noch nicht informiert; ich werde also dem Herrn Gemeinderathe in der nächsten Sitzung Auskunft darüber geben, in welchem Stadium sich die Behandlung dieses Gegenstandes befindet. (Unruhe links.)

Gem.-Rath Gregorig: Ich bedauere lebhaft, dass der Herr Bürgermeister die Geschäftsordnung und die Gesetze nicht kennt.

Bürgermeister: Aber, ich kann doch nicht über jeden Gegenstand sofort informiert sein. (Erneuerte Unruhe links.)

Gem.-Rath Gregorig: Das ist Ihre Pflicht, Herr Bürgermeister, dafür werden Sie bezahlt, dafür bekommen Sie 24.000 fl., das müssen Sie machen! (Rufe links: Wir haben das Gesetz nicht gemacht!)

Gem.-Rath Jedlička: Der Herr Bürgermeister hat soeben erklärt, dass er bei der Censur nur die verletzenden Stellen eliminiert hat. Nun habe ich in der vorletzten Sitzung eine Interpellation wegen Beschädigung eines Wirtes durch die Gasgesellschaft eingebracht und habe in dieser Interpellation mehrere Anfragen gestellt, darunter eine beiläufig dahin, ob der Herr Bürgermeister geneigt ist, die Interessen der Steuerzahler gegenüber der Gasgesellschaft zu vertreten. Das hat der Herr Bürgermeister jedenfalls auch eliminiert, weil im Protokolle nichts davon vorkommt. (Widerspruch rechts.) Ich bitte, so ist es, ich lüge nicht, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister: Ich kann dem Herrn Gemeinderathe nur erklären, dass ich in dieser Interpellation nicht die geringste Änderung vorgenommen habe.

Gem.-Rath Jedlička: Diese Anfrage ist eliminiert worden, denn im Protokolle ist sie nicht zu finden!

Bürgermeister: Ich werde über den Gegenstand Erhebungen pflegen und dann darüber berichten. (Rufe links: Da herrscht die Willkür, das sind zweierlei Geschäftsordnungen!)

Wir schreiten zur Tagesordnung und ich ersuche den Herrn Gem.-Rath Müller zum Referate.

30. (8575.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Beilage 262. Dieses Referat behandelt ein Project für die Erbauung eines Reservoirs zur Wasserversorgung der hoch gelegenen Theile des XVIII. und XIX. Bezirkes, und zwar auf dem sogenannten kleinen Schafberge in Dornbach im XVII. Bezirke. Die bezüglichen, vorzüglich gearbeiteten Pläne liegen hier zur Einsicht der Herren Gemeinderäthe auf und ich bitte, dieselben hier anzusehen.

Den Herren ist bekannt, dass das ganze Territorium Wiens behufs der Wasserversorgung in drei Zonen getheilt ist, und zwar in die sogenannte Niederdruck-, Mitteldruck- und Hochdruckzone.

Die Niederdruckzone wird durch den natürlichen Druck aus dem Reservoir am Rosenhügel versorgt und es ist infolge der Vergrößerung des zu versorgenden Territoriums auch hier eine Erweiterung geplant und bereits vom Gemeinderathe genehmigt. Die Versorgung der Niederdruckzone ist also bereits gesichert. Die Mitteldruckzone ist jene, welche sich zwischen der Niederdruck- und Hochdruckzone erstreckt, jene Zone, welche die dichter bevölkerten Theile der ehemaligen Vororte umfasst. Diese Mitteldruckzone soll durch zwei Reservoirs versorgt werden, und zwar ein Reservoir auf der Realität der sogenannten Windmühle, welches bereits vom Gemeinderathe genehmigt und im Baue begriffen ist.

Das zweite Reservoir ist jenes, über welches ich heute zu referieren habe. Es ist dies das Reservoir auf dem sogenannten kleinen Schafberge, die Herren, welche die Gegend von Gersthof kennen, werden auch die Gegend, wo sich der Gersthofer Friedhof befindet, kennen, in unmittelbarer Nähe dieses Friedhofes, an dem östlichen Theile, wo bereits der Abhang gegen Hernals hinunter führt, ist seitens des Gemeinderathes beschlossen worden, eine Realität zum Zwecke der Erbauung dieses Reservoirs anzukaufen. Nun kommt die Vorlage des Reservoirs selbst. Dasselbe hat die Aufgabe, einen größeren District mit Wasser zu versehen, und zwar insbesondere das höher gelegene Währing, Weinhaus, Pötzleinsdorf, Gersthof, Sievering und Grinzing. Die Druckverhältnisse sind, wie gesagt, solche, dass die dichtest bevölkerten Theile dieser Vorortegemeinden mit Wasser versorgt werden können.

Die Situation ist eine derartige, dass die Entfernung dieses Reservoirs von dem Reservoir auf der Windmühlrealität 3400 m beträgt, und wird die Zuführung von diesem Reservoir mit einer Rohrleitung, welche eine Dimension von 685 mm, das sind 26″, hat, besorgt. Die Geschwindigkeit, mit welcher das Wasser in dieses Reservoir zufließt, ist ziemlich groß. Es sind 0·9 m pro Secunde. Infolge dieser Geschwindigkeit und des Querschnittes der Rohrleitung, welche die Zuführung in dieses Reservoir ermöglicht, wird eine Quantität von circa 0·3 m^3 genau 0·3317 m^3 pro Secunde befördert, das gibt eine Quantität von 28.658·88 m^3, respective 504.396 Eimer pro Tag. Es wird die Zuführung des Wassers in dieses Reservoir auf zweierlei Wegen geschehen, und zwar erstens direct aus der Pumpstation an der Hütteldorferstraße bei der Gummifabrik, andererseits auch direct aus dem Reservoir der Windmühle. Nachdem die Pumpstation das Reservoir auf der Windmühlrealität und dieses Reservoir zu versorgen hat, müssen die Maschinen unter gleichem Drucke arbeiten. Nachdem die Entfernung zu diesem Reservoir eine größere ist, muss auch auf den sogenannten Druckverlust Rücksicht genommen werden. Derselbe beträgt 6·36 m, daher rund 6½ m. Daraus ergibt sich die Höhenlage dieses Reservoirs gegenüber der Höhe des Wasserspiegels in der Windmühlrealität. Die letztere hat einen Wasserspiegel in der Höhe von 274 m über dem adriatischen Meere oder, auf den Pegel von Wien an der Ferdinandsbrücke bezogen, von 117·183 m. Da nun der Druckverlust 6½ m beträgt, so muss, um die Maschinen gleichmäßig in der Pumpstation zu belasten, der Wasserspiegel um so viel niedriger sein, daher eine Höhe von 267 m haben. Das ist immerhin eine Höhe des Wasserspiegels, welche für die Versorgung der dicht bevölkerten Ortschaften hinreicht. Der Ausfluss des Rohres von dem Reservoir auf der Windmühle geschieht, wie die Herren hier sehen, von dem Wasserspiegel in einer Tiefe von 4·1 m. Es kann daher das Wasser direct durch die eigene Schwere von dem Reservoir des Rosenhügels in dieses Reservoir hineinfließen. Der Fassungsraum dieses Reservoirs beträgt — wenn man die Höhe des Wasserstandes von 5 m mit dem Flächeninhalte multipliciert — 18.232 m^3 oder 322.183 Eimer.

Wenn wir zu diesem Fassungsraume noch die anderen Reservoirs dazu nehmen, und zwar das Rosenhügel-Reservoir mit 120.087 m³, das Wienerberger Reservoir mit 36.046 m³, das Schmelzer Reservoir mit 36.850 m³, das Laaerberg-Reservoir mit 2370 m³, das Windmühl-Reservoir mit 28.808 m³, daher die ganze Magazinierung in den sämmtlichen Reservoirs 263.093 m³ beträgt oder, auf Eimer umgerechnet, 4,649.193 Eimer. Das ist ein Quantum, welches hinreicht, um für einige Tage auf eine nicht sehr lange Zeit, wenn irgendwo ein Gebrechen entsteht, die Versorgung der Stadt Wien nicht vollkommen zu unterbrechen.

Bezüglich des Projectes selbst möchte ich mir Folgendes zu bemerken erlauben: Wie die Herren aus dem Querprofile auf Blatt I ersehen, liegt das ganze Reservoir tief in der Erde drin, so dass der Wasserspiegel noch immer und in allen seinen Theilen unter dem natürlichen Terrain gelegen ist, daher auch die Bedingung des Frischhaltens dadurch erfüllt ist. Das Äußere dieses Reservoirs ist, wie die Ansicht hier zeigt, ganz conform gehalten mit dem Wasserbauten, welche die Gemeinde Wien bereits ausgeführt hat, und es ist gleich an dem Charakter derselben zu ersehen, dass das ein Bauwerk ist, welches zur Wasserversorgung von Wien errichtet ist.

Die innere Einrichtung soll ebenfalls nach dem Muster der bestehenden Reservoirs, welche sich auch bei den bisherigen Ausführungen immer bewährt hat, hergestellt werden. Aus dem Grundriss auf Blatt II werden Sie ersehen, dass das Reservoir durch die hier gelb bezeichnete Mauer in zwei Theile getheilt ist Es soll dieses Reservoir zwei Theile erhalten, damit die Reinigung vor sich gehen kann, ohne dass das ganze Reservoir von Wasser entblößt ist. Dann sehen ferner die Herren auch Quermauern gezogen, so dass das Wasser, welches hier hineingeführt wird, einen gewissen circulierenden Weg beschreiben muss, daher immer in Bewegung erhalten bleibt, was unbedingt nothwendig ist, um das Wasser in frischem Zustande zu erhalten. Auch sind hier, wie aus dem Längenprofile zu ersehen ist, sogenannte Entlüftungsschächte angebracht, wo die Luft circuliert und herausgetrieben wird, um eine gleichmäßige, kalte Temperatur zu erzielen. Außerdem ist zur Beleuchtung der Schächte in den Gewölben ein Raum ausgelassen, welcher mit Glas überdeckt ist, um den Innenraum ausgiebig zu beleuchten. Die Pfeiler, welche hier vorkommen und in den Plänen mit blauer Farbe lasiert erscheinen, sollen aus sehr hartem Stein ausgeführt werden; es ist angenommen worden, dass es aus Gmündner Granitsteinen oder aus einem diesem gleichwertigen Stein geschehen soll.

Um die constante Beaufsichtigung des Zuflusses des Wassers zu ersparen, sind beim Einflusse sogenannte „Schwimmer" angebracht. Sie sehen sie an dem Plane dort, „selbstthätige Schwimmer", welche, wenn ein gewisser Wasserstand erzielt ist, das Zuflussrohr zusperren, daher kein Ausfluss mehr erfolgen kann. Wenn der Wasserspiegel infolge der Abgabe von Wasser sinkt, sinkt auch gleichzeitig der sogenannte Schwimmer, öffnet das Rohr und der Zufluss kann ungehindert stattfinden. Diese mechanische Einrichtung ist deshalb, um nicht continuierlich Kräfte zur Beaufsichtigung zu benöthigen. Gleichzeitig ist auch vorgesorgt für den Fall, als irgendein Gebrechen in der Rohrleitung entstehen sollte, dass nicht eventuell eine beträchtliche Quantität Wasser aus dem Reservoir zurückfließt und an dem Orte des Gebrechens herausfließt; es sind sogenannte Sperrklappen angebracht, welche, falls ein Gebrechen entsteht, durch die Schwere des Wassers im Reservoir geschlossen werden, so dass ein Abfluss des Wassers in die Rohrleitung zurück nicht stattfinden kann.

Dann sind auch sogenannte Auslässe geplant, welche dazu dienen, die Reinigung vorzunehmen. Wenn einer von diesen zwei Theilen gereinigt werden soll, werden diese Auslässe geöffnet und es wird das Wasser aus diesem Theile des Reservoirs entfernt. Auch sind Auslässe deshalb angeordnet, dass, falls die Schwimmer undicht werden, d. h., falls wenn der Wasserspiegel schon in der Maximalhöhe sich vorfindet, die Sperrung nicht erfolgt, doch immer ein Ausfluss stattfindet. Damit am Ende nicht eine Überschwemmung im Reservoir stattfindet, ist in gewisser Höhe ein Rohr angebracht, durch welches der Abfall wird ermöglicht werden. Sie sehen, dass für alle Eventualitäten Sorge getragen wurde.

Nun möchte ich noch erwähnen, dass, wie Sie auf einem dieser Pläne sehen, auch ein sogenanntes Aufsichts- oder Wächterhäuschen angebracht wird. Daselbe kostet 7500 fl. Es ist nothwendig, dass dieses Reservoir unter constanter Beaufsichtignng sich befindet, wie das überall ist. In dem Aufsichtshäuschen soll eine kleine Wohnung für den Aufseher und für einen Diener und die Telegraphenstation sich befinden. Wenn Sie auf dem Plane nachsehen, werden Sie es finden.

Die Kosten betragen für den Bau dieses Reservoirs 420.000 fl., für das Wächterhäuschen, wie ich bereits gesagt habe, 7500 fl., in Summa 427.500 fl. Dazu kommt ein Betrag von 2175 fl. für die Anschaffung von sogenannten Façonröhren, welche separat bestellt werden müssen, daher als Totalsumme der Betrag von 429.675 fl. herauskommt.

Dieselbe soll nun durch die Einsetzung eines Betrages für das Jahr 1895 gedeckt werden, nachdem jetzt erst die Arbeiten begonnen werden. Ich möchte noch eines bemerken. Es wird vielleicht interessant sein, zu wissen, wie sich die Preise für die einzelnen Reservoirs gegenseitig stellen. Für dieses Reservoir wird sich mit Berücksichtigung des erwarteten Nachlasses der Cubikmeter auf 18 fl. 40 kr. stellen. Der bezügliche Preis für das Rosenhügel-Reservoir hat sich mit 16 fl. 49 kr. herausgestellt, er ist also etwas geringer, weil dieses Reservoir viel größer ist. Je kleiner nämlich das Object ist, desto größer ist dann der Preis. In diesem Sinne weisen auch die anderen Reservoirs einen ziemlich gleichen Betrag aus, und zwar das Reservoir am Wienerberge 19 fl. 63 kr., das auf der Schmelz 18 fl. 10 kr., das am Laaerberge 16 fl. 51 kr., das Windmühl-Reservoir 16 fl. 52 kr. Sie sehen also, dass sich die Einheitsziffer für den Cubikmeter nahezu in einem gleichen Niveau bewegt. Die Fertigstellung dieses Reservoirs soll gleichzeitig mit dem Fertigstellungstermin des Reservoirs auf der Windmühlrealität geschehen; am 1. August 1896 soll auch dieses Reservoir fertig werden, und es sollen dann diese vorbesagten Districte mit Wasser versehen werden. Ich ersuche daher um die Annahme des den geehrten Herren vorliegenden Antrages. Derselbe lautet (liest):

„1. Es sei das Project nach den vorliegenden Plänen mit dem Kostenanschlage von 427.500 fl. für den Bau des Reservoirs und Wächterhauses und mit dem Erfordernisse von 2175 fl. für die gusseisernen Façonröhren, zusammen von 429.675 fl. zu genehmigen.

2. Die auflaufenden Kosten seien bei Gruppe VI, Rubrik XXVI 6 f „Reservoirbauten" zu verrechnen und sei die nach dem Bau-

programme pro 1895 entfallende Quote von 200.000 fl. im Präliminare pro 1895 einzustellen."

Gem.-Rath Wünsch: Es ist gewiss freudigst zu begrüßen, dass uns endlich einmal dieses Project vorliegt, welches, wenn es ausgeführt ist, was allerdings erst im Jahre 1896 stattfinden soll, einem großen Theile des XVIII. und XIX. Bezirkes, der heute noch der Wasserversorgung entbehrt, diesen Segen wird zukommen lassen können. Aber es ist ebenso bedauerlich, dass ein großer Theil dieser Bezirke, des XVIII. und XIX. Bezirkes, noch nicht in der Lage sein wird, von diesem Reservoir, welches Sie hier planen, gespeist zu werden. Insbesondere sind es die höher gelegenen Theile von Pötzleinsdorf, Neustift und Salmannsdorf, welche nach wie vor des Segens einer Wasserleitung entbehren werden. Ich will nur beispielsweise an den Zustand erinnern, welcher derzeit in der Julien- und Bergstraße in Pötzleinsdorf herrscht. Dort also, wo über den Sommer hunderte von Wienern ihre Erholung suchen, sind die Bewohner ausschließlich auf ihre Hausbrunnen angewiesen. Diese Hausbrunnen versiegen jedoch im Sommer zumeist wegen der großen Höhenlage. Die Leute in diesen beiden Straßen sind also nur auf den einzigen öffentlichen Auslaufbrunnen angewiesen. Dieser Auslaufbrunnen ist derart belagert, dass die Parteien sogar überwachen, damit nicht der eine oder der andere mehr Wasser entnimmt als zum unmittelbaren Trinkbedarfe nothwendig ist. Ebenso sind die Zustände in Neustift, wo nicht einmal das nöthige Wasser da ist, um das Vieh zu tränken. College Steiner wird mir die Richtigkeit des Gesagten bestätigen. Es ist also bekannt, dass zur Abhilfe gegen diese Missstände die Erbauung des Reservoirs für die dritte Zone unbedingt nothwendig ist. Sie sehen, dass wir, nachdem bereits die Pläne vorliegen, noch zwei Jahre warten müssen, ehe der Bau selbst vollendet ist. Ich glaube daher, es ist zeitgemäß, heute zu veranlassen, dass das löbliche Bauamt aufgefordert werde, unverzüglich die Pläne für die Erbauung jenes Reservoirs vorzulegen, welches für die dritte Zone nothwendig ist.

Ich erlaube mir demgemäß an die Herren die Bitte zu richten, Sie mögen nachstehenden Antrag annehmen: „Das Bauamt wird aufgefordert, die erforderlichen Vorarbeiten für die Erbauung des Reservoirs am Michaelerberge für die III. Zone unverzüglich in Angriff zu nehmen und die betreffenden Pläne mit thunlichster Beschleunigung dem löblichen Stadtrathe vorzulegen."

(Während vorstehender Rede hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

Gem.-Rath Rosenstingl: Fürchten Sie nicht, dass ich Sie mit meritorischen Ausführungen belästigen werde. Ich möchte nur eine Pflicht der Gerechtigkeit hier üben und aufmerksam machen, auf welche Art derartige Pläne, wie sie Ihnen hier vorliegen, entstehen.

Ich begreife, dass die Bewohner der Vororte eine ungeheure Ungeduld entwickeln, um endlich auch das Wasser zu bekommen, das ihnen gespendet wird, wie es möglich ist. Ich glaube, es wird nicht schaden, wenn die Herren Vertreter der äußeren Bezirke hier hören und ihren Mitbürgern draußen mittheilen, dass niemals — ich kann das behaupten — im Wiener Stadtbauamte so energisch gearbeitet worden ist, wie gerade in dieser Angelegenheit. Ich will nur ein paar Ziffern nennen. Zu Arbeiten in demselben Umfange wie jetzt, also zur Legung des Rohrnetzes, Errichtung von Pumpstationen und Reservoirs waren im Zeitraume von 1869 bis in die Siebzigerjahre, in welcher Zeit ich die Ehre hatte, Beamter dieser Abtheilung zu sein, über 20 Ingenieure thätig, und diese Ingenieure waren nicht faul; es ist sehr fleißig gearbeitet worden. Jetzt ist beinahe schon die Hälfte des Rohrnetzes, wie es im Jahre 1874 gelegt wurde, auch schon gelegt, im nächsten Jahre wird noch ein erheblicher Theil gelegt werden. Es ist auch eine Pumpstation zu bauen, die kein Vorbild hat, die Original ist, etwas, was nach den neuesten Erfahrungen gemacht wird, und in Dimensionen, wie man es nicht gewohnt ist, wo es sich darum handelt, eine Wasserleitung zu schaffen, die nicht mit natürlichem Drucke allein arbeitet, sondern wo der natürliche Druck und der künstliche Druck combiniert werden müssen. Das ist, wie jedem Techniker klar ist, eine außerordentliche Schwierigkeit. Denn es ist viel leichter, eine Wasserleitung zu bauen, entweder nur mit natürlichem Drucke oder nur mit Pumpen, als eine solche Combination, wie sie hier durch die Verhältnisse eben geboten war und auch gemacht worden ist. Auch die Projecte für diese Pumpstationen sind in diesem Bureau gemacht worden, ebenso jenes für das Reservoir. Meine Herren! Alle diese kolossalen Arbeiten, die Millionen kosten, sind gemacht worden von — sage — einem Oberingenieur und vier Diurnisten. Das war das ganze Personal. Ich kann Sie versichern, ich war wiederholt in diesem Bureau, habe diese Arbeiten fortwährend verfolgt und mit meinem Freunde und ehemaligen Collegen wiederholt darüber gesprochen.

Ich bin also genau unterrichtet, und der Herr Referent wird, glaube ich, bestätigen, was ich hier sage. Es ist in einer Weise gearbeitet worden, wie man es eigentlich nicht verlangen sollte. Es ist, wie der Wiener sagt, nicht mehr schön, was hier verlangt worden ist. Es ist gearbeitet worden mit Aufbietung aller Kräfte. Es ist Sonntag gearbeitet worden und in die Nacht hinein gearbeitet worden. Und ich glaube nun, Sie werden mir zustimmen, wenn ich einen recht bescheidenen Antrag stelle, nämlich denjenigen, welche diese Arbeit geleistet, die Anerkennung auszusprechen. Ich bitte Sie darum, es ist das allergeringste, was der Gemeinderath gegenüber einer solchen kolossalen Leistung aussprechen kann. Ich glaube, der Herr Referent und Sie alle werden meinem Antrage zustimmen und ihn annehmen.

Gem.-Rath Eigner: Ich begrüße dieses Project mit Freude, indem endlich darangegangen wird, die ehemaligen Vororte, die höher gelegenen äußeren Bezirke, mit Wasser zu versorgen. Ich will über das Project nichts Näheres sagen und nur über einen Gegenstand sprechen, nämlich über das Aufsichtsgebäude.

Dieses Aufsichtsgebäude kostet 7500 fl. und besteht aus zwei Küchen, zwei Zimmern, ein Cabinet, ein Telegraphenzimmer und ein Magazin. Es ist nicht ein Hochparterre, man kann es ein Halbhochparterre nennen; es ist nämlich von der Kellersohle bis zum Parterre-Fensterstock 2·80 m hoch; wenn man von den 2·80 m auf das Niveau 1·25 m abzieht, so bleiben 1·55 m. Dort ist das natürliche Niveau. Mithin ist die Kellersohle vom Niveau 1·55 m tief. Wenn Sie diese 1·55 m umrechnen, sind sie gleich 4′ 11″, das ist circa 5′. 5′ Tiefe vom Niveau hinunter nimmt man aber bei einem gewöhnlichen Baue als Fundament an. Hier bei diesen Plan sind nicht alle Räume unterkellert, sondern nur der mittlere Raum: Küche, Telegraphenzimmer und Cabinet. Ich beantrage nun, dass alle Räume dieses Gebäudes, die bewohnt werden, unterkellert werden, und zwar aus dem Grunde, weil dieses Gebäude allen Witterungseinflüssen ausgesetzt ist, indem es hoch und von allen Seiten frei liegt. Da soll nun noch die Erdfeuchtigkeit einwirken. Durch die Niederschläge wird das Erdmaterial sehr feucht sein, und

das Gebäude, das Mauerwerk wird von der Nässe durchdrungen; es wird also die Nässe über den Fußboden hinaufziehen und die bewohnten Räume werden mit der Zeit in sanitärer Beziehung schlecht sein.

Ich glaube, nachdem dieses Gebäude ohnehin 7500 fl. kostet, und die Erdaushebungen nur 1·55 m = 5′ betragen würden, so macht dies auch nicht viel aus, weil auch die Verführung des Erdreiches nicht nothwendig ist. Es kann dasselbe ganz in der Nähe planiert werden. Man soll doch, wenn man schon ein Gebäude errichtet, dies ordentlich bauen, damit der Wächter oder Telegraphist, der dort sein wird, eine gesunde Wohnung hat, und ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen, das Aufsichtsgebäude bei der Erbauung des Wasserreservoirs im XVIII. Bezirke ganz zu unterkellern, damit es trocken bleibt und den sanitären Anforderungen entspricht.

Ich glaube, diesem Antrage können Sie vollkommen zustimmen. Es liegt nichts daran, nachdem das Reservoir 430- bis 440.000 fl. kostet, wenn Sie noch 200 bis 300 fl. mehr für die Unterkellerung ausgeben. Dieser Mehrbetrag ist so gering, dass man gar nicht darüber zu sprechen braucht. Dafür haben Sie aber das Gebäude so erbaut, dass es nicht heute oder morgen heißen kann, das Gebäude kann nicht bewohnt werden, und Sie dann vielleicht einen Stock aufsetzen oder ein neues Gebäude hinbauen müssen. Ich glaube also, Sie sollten meinem Antrage zustimmen.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Selbstverständlich werde ich den Antrag des Herrn Collegen unterstützen; aber es wird hier gesagt, dass es eine Niederdruck-, Mitteldruck- und Hochdruckzone gibt; nun haben wir in unserem Bezirke zum großen Theile die Niederdruckzone, wir kriegen aber doch kein Wasser. Was nützen uns die wunderbaren Pläne, wenn die Unternehmung, welche die Anbohrungen hat, nicht ein bisschen schärfer ins Zeug geht? Bei uns in Hernals werden nur vier bis fünf Anbohrungen pro Tag gemacht. Wo kommen wir da hin? Das Reservoir wird vielleicht fertig sein und das Wasser ist nicht einmal in der Niederdruckzone eingeleitet. Es ist zu bedauern, dass die Anbohrungen in so laxer Weise gemacht werden.

Ich habe vor kurzem den Herrn Bürgermeister in einer Art Interpellation ersucht, es möge ein bisschen rascher vorgegangen werden, aber bis heute ist nichts geschehen. Ich weiß nicht, muss man vielleicht die Protection einiger Stadträthe dazu haben, damit man endlich die Anbohrung bekommt? So kann es nicht weiter fortgehen und ich ersuche daher den Herrn Bürgermeister, zu veranlassen, dass diese Actiengesellschaft mehr Leute aufnimmt. Andere müssen auch mehr Leute anstellen, und die Gesellschaft ist verpflichtet, mehr Leute aufzunehmen und nicht mit ein bis zwei Partien Arbeitern, wie der Wiener sagt, herumzuwursteln.

Ich möchte also den Herrn Vorsitzenden ersuchen, der Gesellschaft ein bisschen den Standpunkt klar zu machen, damit wir nicht weiter von ihr zum besten gehalten werden. Zeit ist Geld und auch die Commune verliert dabei, weil nach der Einleitung jeder bezahlen muss.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich möchte dem Herrn Redner bemerken, dass die Anbohrungen nach der Reihenfolge der Anmeldungen erfolgen und dass nach dem Berichte, der gestern vorgelegt wurde, 30 bis 40 Anbohrungen täglich stattfinden. (Gem.-Rath Grünbeck: Im ganzen Bezirke Hernals sind nur vier Anbohrungen!)

Gem.-Rath Stehlik: Meine Herren! Bei der Einverleibung der Vororte mit Wien hat man den Vororten versprochen, baldigst Wasser, Communicationen, Beleuchtung &c. zu schaffen. Nun bin ich nicht ganz einverstanden mit dem, was die Herren von jener Seite gesprochen haben, nämlich mit dem Lobe und Gott weiß was alles. Damit macht man gar nichts! Dieses Wasserreservoir hätte schon voriges Jahr begonnen werden können. Das sind keine Ausreden mit dem hohen und minderen Druck, dass heute erst unsere Ingenieure gescheit geworden sind. Wir haben viel anständigere und bessere Wasserleitungen in der Welt, wo Sie vielleicht lernen können, so dass sie heute nichts erfunden haben. Deshalb hätte man nicht so viele Jahre warten müssen und wäre es nicht nothwendig, dass die Vororte erst im Jahre 1896 das Wasser bekommen. Voriges Jahr ist der Grund bei der amerikanischen Windmühle gekauft worden; ich habe mich damals dafür sehr interessiert. Man hat ihn horrend theuer bezahlt. Und heuer im Sommer hat man erst mit dem Baue begonnen. Hätte man nicht früher beginnen können, für die Vororte zu sorgen? Sie haben es schon gewusst und auch der Herr Bürgermeister, dass diese Wasseralmquelle gefunden ist. Das ist ja keine Neuigkeit mehr. Wir haben gewusst, dass wir Wasser bekommen; und wenn wir es nicht bekommen hätten, hätten Sie die Donau anpumpen müssen, wie es der Herr Baudirector schon vor sechs Jahren wollte. Man hat also gewusst, dass man, wenn man die Donauleitung nicht braucht, eine Hochquellenleitung mit Pumpstationen bekommt. Es ist ja nichts daran an der ganzen Geschichte. Was man für die amerikanische Windmühle braucht, braucht man auch dafür. Es ist ein Unsinn, dass man heute hier eine Lobhudelei vornimmt. Verfault ist die Zeit, so sagen Sie lieber den Bewohnern! Voriges Jahr ist der Grund verkauft worden, stehen haben Sie ihn lassen und nichts gemacht! Braucht man zwei Jahre, um einen solchen Plan zu machen? Wenn die Ingenieure so lange brauchen, dann muss ich sagen, da protestiere ich ein anderesmal bei der Einverleibung der Vororte, wenn man wieder dieselben Ingenieure nimmt. Sie waren und sind es der Bevölkerung längst schuldig, ihr Wasser und Communicationen zu geben, und heute bringen die Herren von dieser Seite solche Dinge vor. Warum? Weil Sie es in den Wählerversammlungen brauchen. (Widerspruch rechts.) Das ist der ganze Witz, weiter gar nichts.

Gem.-Rath Steiner: Ich werde selbstverständlich bei diesem Referate über technische Ausarbeitung nicht sprechen, weil ich kein Techniker bin, verkenne aber durchaus nicht die großen Schwierigkeiten, mit denen das Bauamt mit Rücksicht auf die territorialen Verhältnisse in den ziemlich hoch gelegenen Vorortegemeinden zu kämpfen hat. Aber ich muss mir an den Herrn Referenten eine Frage zu stellen erlauben, wobei ich um bestimmte Antwort bitte.

Es werden nämlich bei uns draußen jetzt die Wasserleitungsrohre gelegt und heute steht auch auf dem Referate, dass die höher gelegenen Gebietstheile des XVIII. und XIX. Bezirkes durch Erbauung dieses Reservoirs mit Wasser versorgt werden sollen. Ich erinnere mich aber auch ganz gut, dass vor ungefähr anderthalb Jahren — wenn ich mich nicht irre — derselbe Herr Referent referiert hat, dass zuerst am Fuße des Kahlenberges ein Reservoir erbaut werden soll, bevor wir mit Wasser versorgt werden können. Ich würde mir daher an den Herrn Referenten die Bitte erlauben, mir zu sagen, ob durch die Erbauung dieses Reservoirs die höher gelegenen Gebietstheile in Währing und im XIX. Bezirke mit Wasser versorgt werden können, oder ob noch in diesem Jahrhundert das zweite Reservoir erbaut wird, damit wir endlich Wasser bekommen? Ich schließe mich aber vollständig den Aus-

führungen des Herrn Collegen Wünsch an. Bezüglich der Bemerkung des Collegen Grünbeck, dass die Actiengesellschaft langsam arbeitet, erkläre ich dem Herrn Collegen Grünbeck, dass die Actiengesellschaft noch cavaliermäßig arbeitet, gegenüber dem Contrahenten Sikora. Das, Herr Bürgermeister, spottet jeder Beschreibung. Unzählige Anzeigen von Seite des Magistrates, von Seite der Bezirksvertretung, und es ist keine Abhilfe getroffen worden. Es sind unzählige Pferde verunglückt und in die Cunetten und Gräben gestürzt, Straßen werden aufgerissen und des Nachts ist daselbst nicht beleuchtet, es muss durch Gemeindeorgane beleuchtet werden. Über alle diese Vorfälle wurden Anzeigen erstattet, ich weiß nicht, was mit denselben geschehen ist. Nun wird mir mitgetheilt, dass bereits derartige rücksichtslose Contrahenten von Seite eines magistratischen Bezirksamtes bestraft wurden, dass man aber im Stadtrathe immer die größtmögliche Milde walten lässt und die Strafe herabsetzt. Das sollte man, meine Herren, nicht thun gegenüber von Contrahenten, welche ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, sondern derjenige, welcher eine Verpflichtung übernimmt und derselben nicht nachkommt, soll rücksichtslos bestraft werden.

Nun bitte ich den Herrn Referenten, mir die Frage zu beantworten, ob meine Ansicht richtig ist oder nicht?

Referent: Bezüglich der Anfrage des Herrn Collegen Steiner antworte ich Folgendes: Es war nach dem ursprünglichen Generalprojecte bezüglich der Vertheilung des Wassers an die angegliederten Vororte, über welches ich referiert habe, ein Reservoir auf dem Kahlenberge geplant; es war auch die ganze Eintheilung eine etwas andere, als wie sie zur Durchführung gelangt ist. Es ist infolge dessen das Reservoir auf dem Kahlenberge nicht nothwendig, um die Wasserversorgung in den höher gelegenen Vororten zu ermöglichen. Die Herren wissen, dass im Stadtrathe der Antrag gestellt worden ist, das Wasser auch über die Mitteldruckzone so weit einzuführen, als es der Druck gestattet. Es wird daher heute von der Mitteldruckzone auch ein Territorium versehen, welches eigentlich in die Hochdruckzone gehört, und zwar so weit, als der Druck noch ausreicht. An der Grenze des Mitteldruckes ist noch eine Druckhöhe von drei Atmosphären, d. h. nachdem eine Atmosphäre bei dem Wasser gleich 10 m hoch ist, 30 m hoch; es steigt das Wasser an der Niederdruckzone noch 30 m in die Höhe, um die drei Stock hohen Häuser mit Wasser zu versehen, so dass also eine gewisse Ausnützung der Curve jetzt möglich ist. Diese Districte werden nach Herstellung dieses Reservoirs auch mit dem Wasser von dem Windmühl- und von dem Schafberg-Reservoir versehen. Die Mitteldruckzone reicht in Pötzleinsdorf etwa bis zur Kirche, d. h. von diesem Reservoir werden noch die Häuser, die in der Pötzleinsdorfer Hauptstraße gelegen sind, versehen.

Wenn Sie von der Pötzleinsdorfer Kirche eine Horizontale ziehen — denn die Straße ist ansteigend — so werden alle Häuser, welche an der Hauptstraße gelegen und auch höher gelegen sind, bis zur Höhe der Cote der Kirche mit Wasser versehen werden können.

Dasselbe ist der Fall in Sievering. In Sievering geht das Wasser von diesem Reservoir bis zur Kirche. Wenn Sie daher wieder eine Horizontale in der Höhe der Kirche ziehen, so werden alle unter dieser Horizontale gelegenen Häuser auch mit Wasser aus diesem Reservoir versehen werden können.

Die Rohrlegung, welche ich die Ehre hatte, hier zu referieren, wird bereits jetzt für alle Districte auch für Mitteldruck gemacht, so dass die Rohre bereits vorbereitet da liegen, und wenn dieses Reservoir fertig ist, sofort die Zuleitung in diese Rohre geschehen kann.

Bezüglich des Reservoirs auf dem Kahlenberge erwähne ich, dass es nicht auf das Terrain des Kahlenberges hinkommt, dass aber ein höher gelegenes Reservoir nothwendig ist, um die noch höher gelegenen Theile zu versehen. Das ist die sogenannte Hochdruckzone. Es wird von diesem Reservoir, an welchem eine Pumpstation angebracht ist, das Wasser noch eine Station höher hinaufgezogen, etwa bis zum Michaelerberg, und zwar in solche Höhe, wo noch diejenigen Theile versehen werden, die noch bewohnt sind, zwar nicht dicht bewohnt, die aber immerhin eine Berechtigung haben, das Wasser zu beziehen.

Diese Arbeiten — um auf den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Wünsch einzugehen, gegen den ich nichts einzuwenden habe — sind bereits in Vorbereitung begriffen und werden successive vorgelegt werden, und zwar wie mir versichert worden ist, in allernächster Zeit.

Gem.-Rath Steiner: Ich bitte, ich habe noch eine kleine Frage an den Herrn Referenten. Herr Referent geben die bestimmte Erklärung ab, dass mit 1. August 1896, so wie dieses Reservoir fertig wird, die höher gelegenen Gebietstheile mit Wasser versorgt werden können?

Referent: Soweit der Druck aus dieser Station möglich ist. (Gelächter links.)

Gem.-Rath Steiner: Sehen Sie, meine Herren, das ist ja das, was ich will.

Referent: Ich bitte, ich glaube, das ist klar geantwortet habe. Das Reservoir wird am 1. August 1896 fertig; damit ist der Moment eingetreten, wo die Wasserversorgung stattfinden kann; sie kann aber nur so weit eintreten, als der Druck von diesem Reservoir es ermöglicht, und das ist, wie ich gesagt habe, der Fall für eine horizontale Ebene in der Höhe der Pötzleinsdorfer und Sieveringer Kirche.

Bezüglich der höher gelegenen Vororte wird, wahrscheinlich schon in nächster Zeit, ein Project vorgelegt, und dasselbe wird auch in der nächsten Zeit durchgeführt werden.

Ich kann auch noch bemerken, dass diese Bauten wahrscheinlich etwas früher fertiggestellt werden, als im Jahre 1896. Es hat sich herausgestellt, dass bei der Windmühl-Realität die Arbeiten ziemlich rasch vor sich gehen. Also in dem Momente, da es möglich ist, wird die Wasserversorgung durchgeführt werden, und es wird gewiss nicht einen Tag gesäumt werden.

Gem.-Rath Steiner: Nachdem die Herren lächeln, will ich Ihnen sagen, dass ich den Herrn Referenten ganz gut verstanden habe, aber warum ich eine bestimmte Erklärung will, geht aus Folgendem hervor. Bei der Einverleibung hat man gesagt, das Wasser kommt sofort. Später, als wir zwei Jahre herinnen waren, hat es geheißen, der Druck reicht nicht aus. Ob nun die Vororte heute höher gelegen sind als bei der Einverleibung, werden die Herren selbst beurtheilen. Aber es wird immer gesprochen von „ehethunlichst" und „möglichst", das sind jene parlamentarischen Bezeichnungen, die man gebraucht, wenn man keine bestimmte Erklärung abgeben will; und darum war meine Frage gestellt, damit ich mich nach zwei Jahren darnach halten kann. Denn der Herr Stadtrath hat selbst in einer Versammlung gelegentlich der Wahl im ersten Wahlkörper in Ober-Döbling gesagt, im nächsten Jahre wird der ganze Bezirk bis hinaus (Gelächter links) mit Hochquellenwasser versorgt werden. Deshalb bin ich dem gegenwärtigen

Herrn Referenten gegenüber vorsichtig und wünsche bestimmte Daten zu haben, wann das Wasser hinauskommt, sonst wird man im nächsten Jahre wieder sagen: „Sie können nicht verlangen, dass Sie mit Wasser versorgt werden!" Um eine derartige bestimmte Antwort habe ich gebeten, damit ich nicht wieder auf einer so zweifelhaften Basis mich bewege.

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren! Ich glaube einmal wird das Wasser doch kommen; vor den Wahlen haben wir es überall gehabt, aber in den Häusern haben wir es noch heute nicht. Aber ich begrüße doch die Vorlage und werde ihr zustimmen. Auf eines erlaube ich mir jedoch aufmerksam zu machen. Es geht in dieser Richtung etwas vor, was der Bevölkerung nicht gleichgiltig sein kann und daher hier besprochen werden muss. Die Wasserabgabe an die Parteien erfolgt unter verschiedenen Modalitäten. Ich habe nun zu Hause das Circulare eines Hausadministrators, in welchem er von den Parteien eine 9·8percentige Erhöhung des Zinses mit der Begründung, dass sie das Wasser bekommen, verlangt. Damit die Leute diese Wohlthat, welche ihnen in dem Wasser zugute kommt, nicht zu Wasser werden sehen, möchte ich anregen, dass zu dem Zwecke, damit die Parteien wissen, was das Wasser factisch kostet, in jedem Hause angeschlagen wird: soviel kostet der Hektoliter Trinkwasser, soviel Liter werden per Person als Nutzwasser abgegeben u. s. w., damit aber die Leute wissen, was sie factisch für das Wasser zu zahlen haben und inwieweit eine Steigerung berechtigt ist. Ein anderer Hausherr, von dem ich die Schrift nicht in der Hand habe — in der Nähe der Anastasius Grüngasse — verlangt sogar 11 Percent vom Zinse. Dass solche Übergriffe fernerhin geschehen, dem kann nur derart abgeholfen werden, dass man den Leuten nicht nur im Amtsblatte bekanntgibt, was factisch das Wasser kostet, sondern auch in den Einfahrten durch Anschlag, dass ein Hektoliter Trinkwasser soundsoviel kostet und auf einen Kopf 25 l kommen. So können dann die Leute calculieren, was sie für das Wasser zahlen sollen und um wieviel sie gesteigert worden sind, denn bei den heutigen traurigen Verhältnissen werden sich wohl sehr wenige Parteien steigern lassen. Heute glauben sie, es ist für das Wasser, und lassen sich ein bisschen schrauben. (Rufe rechts: Ausziehen!) Ja, das werden sie thun, wenn sie es wissen werden. Sie wissen das aber heute noch nicht. Wenn sie aber lesen würden, der Hektoliter Wasser kostet per Person soundsoviel, dann würden sie wissen, was der Hausherr zahlen muss. Wenn der Hausherr das investierte Capital amortisieren will, so wird dem jeder zustimmen, er soll aber nicht horrende Beträge verlangen, damit den Leuten diese Wohlthat nicht verbittert wird.

Ich stelle also den positiven Antrag, dass an sämmtlichen Hausthoren durch Anschlag den Parteien bekanntgegeben wird, was der Hektoliter Trink- und Nutzwasser kostet und wieviel auf jede Person entfällt, damit die Leute wissen, was sie zahlen sollen.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich habe nicht die Absicht gehabt, ein zweitesmal zu sprechen, denn ich glaube, es ist genug über die Sache gesprochen worden und schließlich läst sich jetzt nichts mehr ändern. Ich muss jedoch dem Herrn Vice-Bürgermeister in Bezug auf die Anbohrungen erwidern. Der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter hat mit einem großen Pathos gesagt: 30 bis 40 Anbohrungen werden täglich vorgenommen. Ich weiß nicht, ob er sich darüber klar ist, wenn so fortgefahren wird, wie weit es dann kommt. Nehmen wir z. B. Hernals. Hernals hat 1200 Häuser, täglich werden vier Anbohrungen gemacht. Wenn wir von den 365 Tagen 70 Feiertage abrechnen und drei Wintermonate, so braucht man zu den Anbohrungen für alle Häuser mindestens 1 1/4 Jahre. Da muss doch der Glaube erweckt werden, dass man für die Bevölkerung nichts machen will. Der Herr Vice-Bürgermeister hat gesagt, es werde genug gemacht.

Das ist nicht wahr. 38 Anbohrungen täglich, das ist keine Arbeitsleistung für eine Actiengesellschaft. Es ist ein Fehler, dass man die Sache einer einzelnen Person übergeben hat; die Arbeiten hätten getheilt werden sollen. Wenn es aber nicht geschehen ist, soll der Unternehmer wenigstens seiner Pflicht nachkommen. In Hernals haben 600 Anmeldungen stattgefunden, aber kaum 100 Einleitungen respective Anbohrungen. Wenn das so lax betrieben wird, dann muss ich sagen, ich weiß nicht, wofür wir das Wasser haben. Ich bedauere, dass der Herr Vice-Bürgermeister sich nicht besser hat informieren lassen, das ist keine Arbeitsleistung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bin vollkommen genau informiert und weiß, was geleistet wird. Meine Kenntnisse basieren auf amtlichen Nachweisungen. Es sind bis 3. November des heurigen Jahres 2728 Einleitungen in die Häuser vorgenommen worden. (Gem.-Rath Grünbeck: Für sämmtliche Bezirke!)

Gem.-Rath Eigner: Ich kann die Ausführungen der beiden Vorredner durchaus bestätigen. Die Leute von der Gas- und Wasserleitungs-Gesellschaft, welche die Wasseranbohrungen von der Straße in die Häuser machen, sind vollkommen herrenlos, sie können machen, was sie wollen und schreiben den Hauseigenthümern auf, was sie wollen . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Wir sind ohnehin sehr pressiert in der Zeit. Diese Sache gehört ja nicht zum Referate. Es handelt sich um den Bau eines Reservoirs und nicht um die Einleitungen. (Gem.-Rath Gregorig: Mehr Sitzungen abhalten!)

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Ich werde eine genaue Darstellung der von mir beobachteten Verhältnisse schon bei einem anderen Referate dem Herrn Bürgermeister zur Kenntnis bringen und werde beweisen, wie es zugeht, welche Leute in Verwendung sind; diese Leute haben keinen Dunst von der Sache, es sind Taglöhner und auch Schinder dabei (Lebhafte Heiterkeit), welche die Anbohrungen machen. So geht es zu; nicht einmal gelernte Leute werden verwendet.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich muss in ein Reich hinübergreifen, das, strenge genommen, nicht hieher gehört. Ich könnte einige Daten widerlegen, aber ich fürchte, dass ich dann zu tief hineingreife. Ich möchte nur auf eines aufmerksam machen. Wenn der Herr College aus dem VII. Bezirke meint, die Herren hätten früher anfangen sollen, muss er als alter Gemeinderath wissen, dass das Bauamt nicht früher mit den Arbeiten anfangen kann, bevor es nicht den Auftrag bekommen hat. Es hat, wie der Auftrag gekommen, sofort zu arbeiten begonnen und es haben die Herren, wie nirgends auf der Welt, gearbeitet. Das muss zur Steuer der Wahrheit gesagt werden. Das ist keine Lobhudelei, das ist eine einfache Thatsache, die ich hier zur Kenntnis bringe, von der sich jeder überzeugen kann. Wenn sie sich die Mühe nehmen wollten, nicht nur diese Blätter anzuschauen, sondern sich nebenan ins zweite Zimmer zu begeben, um dort das Material: die Tabellen, Berechnungen, Zeichnungen rc. zu besehen, werden Sie einen Begriff von diesen Arbeiten bekommen, die hier geleistet worden sind. Wenn hier die Langsamkeit erwähnt worden ist, so möchte ich mir erlauben, noch auf Folgendes aufmerksam zu machen:

Im October 1861 hat der Gemeinderath von Wien beschlossen, eine Wasserleitung zu bauen. Im Jahre 1866 sind die fertigen Generalpläne unten im Augarten ausgestellt gewesen. Vom Jahre 1866 bis 1869 sind die Detailpläne und die Rohrberechnungen ausgearbeitet worden. Im November 1869 ist das erste Rohr am Hungelbrunn gelegt worden und am 24. October 1873 ist der Hochstrahlbrunnen in Thätigkeit gesetzt worden. Nun mache ich Sie darauf aufmerksam (Zwischenrufe) ....., ich bitte mich nicht zu unterbrechen, ich habe Sie auch nicht unterbrochen — auf diese Zeit, die dort bei einer höchst emsigen und fleißigen Arbeit verbraucht worden ist, und bitte jetzt nicht zu vergessen, dass im Jahre 1891 die Vereinigung Wiens mit den Vororten stattgefunden hat, und dass vor dem Jahre 1892 gar keine Rede davon sein konnte, dass der Gemeinderath dem Bauamte irgendeinen Auftrag geben konnte. Es sind also noch nicht einmal zwei Jahre verflossen, dass diese Arbeit thatsächlich begonnen hat. Wenn Sie diese thatsächlichen Ziffern, die ich genannt habe, mit den heutigen vergleichen, dann müssen Sie zugeben, dass man nicht rascher arbeiten konnte. Ich mache aufmerksam, dass die Wiener Bevölkerung seinerzeit außerordentlich ungerecht war gegen die Hochquellenleitung, indem sie sich über die Rohrbrüche moquiert hat. Ich kann Ihnen aus der Statistik aller Städte sagen: noch keine Stadt hat so wenig Rohrbrüche gehabt, wie Wien. Jede Stadt hat viel mehr Rohrbrüche gehabt, als Wien. Diese Stadt hat drei auf 1000, während es Städte gibt, welche sogar ein oder zwei Rohrbrüche auf 100 haben. Eine so vorzügliche Rohrlegung war das; dieselbe wie sie hier auch zum Princip gemacht wurde. Eine schnelle Arbeit ist selten gut, und speciell bei diesen Dingen, wo mit einem so kolossalen Drucke zu rechnen ist und kolossale Differenzen zu berücksichtigen sind, geht es nicht an, hudriwudri zu arbeiten; man muss sehr solid arbeiten, sonst kommen wieder Sie und sagen, man hätte sich Zeit lassen, man hätte ordentlich arbeiten sollen. Ich mache aufmerksam, dass im Jahre 1876 ......

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich muss den Herrn Redner bitten, sich an den Gegenstand zu halten, sonst werden wir überhaupt nicht fertig.

Gem.-Rath Rosenstingl (fortfahrend): Ich habe nur noch ein Wort zu sagen. Gewisse Behauptungen müssen doch richtiggestellt werden, sonst bleiben sie hängen. Ein Herr hat sich aufgehalten über die Langsamkeit der Anbohrungen; im Jahre 1876 haben wir in Wien 1100 Anbohrungen gehabt, nachdem die Wasserleitung bereits zwei Jahre thätig war, und hier haben wir schon über 2000. (Unterbrechungen links.) Ich bitte, nur gerecht zu sein; ich verlange nicht mehr. Ich begreife die Ungeduld, aber man muss nicht Unmögliches verlangen.

Nachdem der Herr Vorsitzende mit Recht aufmerksam gemacht, dass ich mich auf ein abseits liegendes Gebiet begeben habe, so will ich es verlassen; aber ich bitte es mir zu verzeihen, denn wenn solche Behauptungen aufgestellt werden und niemand dieselben widerlegt, so heißt es, sie sind wahr, und das ist nicht so!

Gem.-Rath Steßlik: Ich wollte nicht mehr erwidern, aber nach solchen Ausführungen, wie sie der Herr Ingenieur, der bei der Wasserleitung gewesen ist, gemacht hat, muss ich es thun. Er hat uns weiß Gott welche Weisheit mittheilen wollen und was hat er uns dann gesagt? Gar nichts. (Heiterkeit links.) Er sagte nur, dass die Bestellung der Pläne früher hätte gemacht werden sollen. Nun, das ist es ja, sie hätten eben früher bestellt werden sollen, und zwar von denen, die damit zu thun hatten. Das ist aber nicht geschehen, und da soll der Herr Gem.-Rath Rosenstingl, der einmal den Wasserschuber aufgemacht hat, um das Donauwasser in unsere Leitungen einzuführen, um zu probieren, ob die Leute dann an der Cholera sterben, uns mit seiner Weisheit in Ruhe lassen. (Beifall links.)

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren, ich möchte die Debatte nicht verzögern, sondern nur einiges richtigstellen. Herr Gem.-Rath Rosenstingl hat das Bauamt in Schutz genommen; nach meiner Ansicht hat niemand das Bauamt angegriffen, und Herr Gem.-Rath Rosenstingl, wenn Sie bemerken, dass bis zum Jahre 1876 nur 1100 Anbohrungen stattfanden, und jetzt in kurzer Zeit 2300, nun so will ich dies freundlichst zur Kenntnis nehmen. Denn Sie waren ja damals dem Bauamte zugetheilt und haben wahrscheinlich so schnell gearbeitet! (Heiterkeit links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Zunächst möchte ich auf den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Eigner eingehen. Er beantragt, dass das Aufseherhaus ganz unterkellert werde, projectiert ist, dass nur ein Theil unterkellert werde, und zwar nur jener Theil, welcher unbedingt nothwendig ist für den Gebrauch der Leute, die dort wohnen. Ich bin gewiss auch ein Anhänger davon, wo es nothwendig ist, die Unterkellerung ganz vorzunehmen, aber in diesem Falle ist es wirklich nicht nothwendig.

Wenn sich die Herren das Project ansehen, so finden Sie, dass der Fußboden 90 cm ober dem Terrain gelegen ist und dass, wie es bei solchen Bauten immer der Fall ist, unter dem Fußboden eine Isolierschichte gelegt wird, so dass die aufsteigende Feuchtigkeit keinen bedeutenden Einfluss ausübt. Die Herren, welche das dortige Terrain kennen, wissen ferner, dass es ziemlich abschüssig ist, so dass sich das Wasser dort nicht hält. Es wird wohl ein Plateau hergestellt werden, aber von dem Terrain selbst wird kein Wasser zufließen, weil die Gegend, wie gesagt, ziemlich abschüssig ist.

Dann ist das Terrain, wie mir persönlich bekannt ist, ein schotteriges Terrain, so dass sich schon deswegen das Wasser nicht hält, aus allen diesen Gründen halte ich die vollständige Unterkellerung für nicht nothwendig. Die Räume würden ganz unbenützt bleiben und reicht die theilweise Unterkellerung, wie sie geplant ist, vollständig aus.

Ich möchte noch etwas bezüglich des Fortganges dieser Arbeiten erwähnen. Ich stehe der ganzen Angelegenheit mindestens objectiv gegenüber, ich sage, „mindestens“ objectiv, weil ich doch als Vertreter der Vororte gewiß das höchste Interesse habe, dass diese Sache so rasch als möglich durchgeführt werde. Ich muss aber doch erwähnen, dass in der vorliegenden Angelegenheit bereits sehr viel geschehen ist. Nehmen Sie z. B. an, dass zuerst die ganzen Rohre bestellt werden mussten, wozu eine ganz ausreichende Vergebung an diverse Fabriken nothwendig war. Diese Rohre kosten über 1 Million. Ferner ist zur Vertheilung des Wassers in die Hochreservoirs und in die anderen Districte nothwendig gewesen, dass das Reservoir am Rosenhügel verbreitert wurde. Wie die Herren sich zu erinnern wissen, beträgt die Bausumme für diese Erweiterung ebenfalls eine Million. Den Herren ist hier das Project des Windmühl-Reservoirs mit den Pumpstationen vorgelegt worden, welches zum mindesten ebenfalls 1 Million erfordert. So sind das — so weit ich mich momentan erinnere — 3 bis 3½ Millionen Gulden, die hier bereits verausgabt worden sind. Um diese

zu verausgaben, müssen auch die nöthigen Vorarbeiten gemacht werden, es müssen die Einkäufe geschehen, die Rohre bestellt, die Pläne gemacht werden. Das Ganze nimmt also einen gewissen Zeitraum in Anspruch, und ich, der ich mindestens objectiv der Sache gegenüberstehe, weil ich ein Vertreter der Vororte bin, muss erklären, dass in der Wasserfrage wirklich sehr viel geschehen ist und die Sache auch in der nächsten Zeit ihren gedeihlichen Abschluss finden wird. Ich ersuche daher, die Anträge des Stadtrathes anzunehmen.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck (zur Berichtigung): Gegenüber dem geehrten Herrn Gem.-Rathe Rosenstingl berichtige ich, dass er wahrscheinlich nicht recht zugehört hat, denn ich habe das Bauamt nicht angegriffen, sondern lediglich die Actiengesellschaft, weil sie lax vorgeht. Was den Umstand betrifft, dass im Jahre 1876 nur 1100 Anbohrungen gemacht wurden, so muss ich das dahin berichtigen, dass leider damals von den Anbohrungen so wenig Gebrauch gemacht wurde, dass die Commune Wien bemüssigt war, die zwangsweise Einleitung durchzuführen. (So ist es! links.) Heute geschieht es nicht zwangsweise. Heute melden sich Hunderte von Hausbesitzern, und es ist nur berechtigt, wenn man verlangt, dass die Anbohrungen rascher geschehen. Ich habe nicht mehr verlangt und habe niemanden einen Vorwurf gemacht, außer der Actiengesellschaft; und der ist berechtigt, wie jeder zugeben wird, der die Sache kennt.

Gem.-Rath Eigner (zur Berichtigung): Der Herr Referent hat erwähnt, dass in dem Aufsichtsgebäude ohnehin Kellern vorhanden sind. Das bestätige ich. Die Kellern sind aber unter solchen Räumen angebracht, die nur zufällig bewohnt und bei Tag benützt werden; ein Cabinet, eine Küche und ein Telegraphenzimmer. Das sind keine Schlafräume. Die zwei Zimmer, die als Schlafräume dienen, sind nicht unterkellert. Wenn man schon einen Keller macht ...

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich muss sehr bitten, Herr Redner, es ist nothwendig, sich an die Berichtigung zu halten.

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Ich bitte, Herr Vice-Bürgermeister, ganz bestimmt. (Heiterkeit.) Ferner sagt der Herr Referent, dass das Gebäude ohnehin 90 cm herausgebaut ist. Das sind circa 2′ 10″. Das ist keine Höhe. Der Herr Referent sagt weiters, dass das Terrain abschüssig ist. Es ist abschüssig, aber weiter weg von dort, wo das Gebäude hinkommt. Ferner muss ich berichtigen, wenn der Herr Referent gesagt hat, dass dort Schottergrund ist. Ich berichtige durch meine Augen selbst (Lebhafte Heiterkeit), dass ich dabei gestanden bin, wie die Arbeiter von der Commune Wien Aufgrabungen bis zu 2 m tief und den Grund untersucht haben. Ich berichtige, dass der Grund nicht Schotter-, sondern Lettengrund ist. Und wenn der Herr Referent will, werde ich ihm morgen oder zur nächsten Sitzung eine Probe bringen. (Stürmische Heiterkeit.) Und wenn der Herr Referent es nicht glaubt, so lasse ich auf meine Kosten eine Bohrung vornehmen und constatieren, dass 1 m 55 cm, so tief als die Kellersohle ist und noch tiefer, Lettenboden hinuntergeht. Ferner berichtige ich, dass bei einem solchen Baue, wie das Wasserreservoir, welches 430.000 fl. kostet, gewisse Werkzeuge, die man braucht, irgendwo untergebracht werden müssen.

Ich will nicht sagen, was für Werkzeuge das sind, sie sind dort ganz gut untergebracht, wenn solche Kellerräumlichkeiten da sind; und ein Keller in einem Hause ist nie überflüssig, er wird immer gebraucht werden.

Ferner berichtige ich Folgendes: Der Herr Referent hat gesagt, dass Mehrkosten dadurch entstehen. Nun, er ist selbst Sachverständiger, Baumeister und Civilingenieur, er weiß, was das kostet; Fundamente muss man ja machen, die Erde muss man ja auch ausheben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, bleiben Sie bei der Berichtigung; das ist keine Berichtigung. (Rufe links: Er berichtigt ja doch!)

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Ich berichtige noch weiter (Lebhafte Heiterkeit), dass die Mehrkosten sehr gering sind, und ich ersuche sämmtliche Herren Collegen vom Gemeinderathe, die ein Gefühl haben (Lebhafte Heiterkeit), meinen Antrag anzunehmen, damit dieser Aufseher, der dort wohnt, ruhig dort wohnen kann und nicht krank werde. Bauen Sie nicht so, wie ein Bauspeculant, der vielleicht Ersparungen machen will.

Ich ersuche Sie, meinen Antrag — es handelt sich ja dabei nur um 200 fl. — anzunehmen.

Gem.-Rath Strobach (zur Berichtigung): Der Herr Referent hat erklärt, dass die Anschaffung der Rohre längere Zeit erfordert hat. Dem gegenüber erlaube ich mir thatsächlich zu berichtigen, dass der Herr Baudirector anlässlich einer Excursion des Hausherrenvereines erklärt hat, dass die sämmtlichen Rohre für die Wasserleitung seit einigen Jahren fertig sind. Ich erlaube mir daher die Anfrage, wer von den Herren sich geirrt hat.

Referent: Ich kann darauf nur erwidern, der Herr Vorredner möge die Protokolle aufschlagen, in welchen der im Gemeinderathe erstattete Bericht auf Bestellung von Rohrlieferungen enthalten ist; er wird darin finden, dass ich persönlich mindestens viermal den Antrag auf Bestellung von Röhren vertreten habe. Ich bitte, nur in den Protokollen nachzusehen, dort werden Sie finden, dass es nicht vor Jahren auf einmal geschehen ist, sondern successive, und zwar innerhalb zwei bis drei Jahren. Die letzte Bestellung war, wenn ich nicht irre, vor einem halben bis drei Vierteljahren. Bezüglich einer Bemerkung möchte ich noch erwidern, dass die Kundmachungen bezüglich des Preises und die Kundmachungen über den Bezug des Wassers in den Bezirksämtern affichiert sind. (Gem.-Rath Jedlička: Aber nicht in den Häusern!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung, Punkt 1. Der Referenten-Antrag geht dahin, es würde das Project nach den vorgelegten Plänen mit einem Kostenanschlage von 427.500 fl. für den Bau des Reservoirs und Wächterhauses und mit dem Erfordernisse von 2175 fl. für die gusseisernen Façonröhren, zusammen von 429.675 fl. genehmigt.

Bezüglich des Baues des Wächterhauses beantragt Herr Gem.-Rath Eigner, dass dasselbe vollständig zu unterkellern sei.

Ich werde diesen Antrag als Amendement zuerst zur Abstimmung bringen. Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage Eigner zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag Eigner auf vollständige Unterkellerung ist angenommen.

Der Referenten-Antrag 1 ist nicht angefochten. Ich erkläre ihn für angenommen.

Der Antrag 2 ist nicht angefochten. Ich erkläre denselben für angenommen.

Herr Gem.-Rath Jedlička beantragt, es sei durch Anschlag in den Häusern den Wohnparteien bekanntzugeben, wie viel die Kosten per Hektoliter Trinkwasser ausmachen, und wie viel Liter Wasser per Kopf entfallen.

Die Herren, welche der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Wünsch hat den Antrag gestellt:

„Das Bauamt werde aufgefordert, die erforderlichen Vorarbeiten für die Erbauung des Reservoirs auf dem Michaelerberge für die dritte Zone unverzüglich in Angriff zu nehmen, die betreffenden Pläne mit thunlichster Beschleunigung dem Stadtrathe vorzulegen."

Jene Herren, welche für die Zuweisung an den Stadtrath stimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Rosenstingl hat beantragt:

„Es sei dem Bauamte die Anerkennung für diese Arbeiten auszusprechen."

Ich bitte jene Herren, welche dem zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: 1. Das Project wird nach den vorliegenden Plänen mit dem Kostenanschlage von 427.500 fl. für den Bau des Reservoirs und Wächterhauses und mit dem Erforderniſſe von 2175 fl. für die gusseisernen Façonröhren, zusammen von 429.675 fl., genehmigt.

2. Die auflaufenden Kosten sind bei Gruppe VI, Rubrik XXVI 6 f „Reservoirbauten" zu verrechnen und die nach dem Bauprogramme pro 1895 entfallende Quote von 200.000 fl. im Präliminare pro 1895 einzustellen.

3. Das Wächterhaus ist vollständig zu unterkellern.

4. Dem Bauamte wird die Anerkennung ausgesprochen.

31. (8425.) **Referent Gem.-Rath Dr. Vogler:** Nr. 263 der Beilagen. Nachdem der Gemeinderath die Erbauung einer Schule auf dem Yppenplatze abgelehnt hat, hat sich die Nothwendigkeit ergeben, wegen eines anderen Schulbauplatzes Umschau zu halten.

Es hat nun der Ortsschulrath des XVI. Bezirkes mit den zwei Eigenthümern der Häuser Nr. 51 und 49 der Gaullachergasse unterhandelt, und es ist auch in dieser Richtung ein Antrag vom Herrn Gem.-Rathe Maresch hier gestellt worden, welcher gleichfalls beantragt hat, diese Häuser Nr. 51 und 49 Gaullachergasse ganz anzukaufen. Es sind dies jene Häuser, welche unmittelbar an das Gemeindehaus in der Neulerchenfelder Hauptstraße von rückwärts anstoßen. Durch den Ankauf dieser beiden Häuser ergibt sich auch eine entsprechende Arrondierung der Gemeinderealität. Die dort bestehende Schule ist sanitätswidrig und soll mit der Zeit aufgelassen werden, sobald der erforderliche Neubau auf der anderen Seite hergestellt wird. Dadurch wird auch das Gemeindehaus mehr Licht und Luft bekommen. Die Verhandlungen haben schließlich zum Resultate geführt, dass der Eigenthümer des Hauses Nr. 49 sich mit dem Preise von 17.000 fl. und derjenige des Hauses Nr. 51 mit dem Preise von 13.000 fl. einverstanden erklärt haben. Beide Preise sind nach dem Gutachten unseres sachverständigen Organes, des Stadtbauamtes, entsprechend, und es wird infolge dessen von Seite des Stadtrathes beantragt (liest):

„Ankauf des Hauses Nr. 49 Gaullachergasse, XVI. Bezirk, um den Preis von 17.000 fl. und des Hauses Nr. 51, ebenda, um den Preis von 13.000 fl. Diese Realitäten sind der Gemeinde Wien lastenfrei zu übergeben. Die Vertrags- und Übertragungsgebüren trägt die Gemeinde Wien."

Was die Bedeckung betrifft, so erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, dass im Budget für die Erbauung einer Schule auf dem Yppenplatze ein Betrag von 60.000 fl. eingestellt erscheint. Diese 60.000 fl. kommen infolge des Gemeinderathsbeschlusses nicht zur Verwendung, und es wird nun von Seiten des Stadtrathes weiter beantragt (liest:)

„Behufs Bedeckung dieser Auslage wird ein Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses bewilligt."

Ich bitte um die Genehmigung dieser Anträge.

Gem.-Rath Maresch: Ich begrüße diesen Antrag mit besonderer Freude und bitte die geehrten Herren, Sie mögen denselben gefälligst acceptieren.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es wünscht sonst niemand das Wort. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Ankauf des Hauses Nr. 49 Gaullachergasse, XVI. Bezirk, um den Preis von 17.000 fl. und des Hauses Nr. 51, ebenda, um den Preis von 13.000 fl.; diese Realitäten sind der Gemeinde Wien lastenfrei zu übergeben; die Vertrags- und Übertragungsgebüren trägt die Gemeinde Wien.

Behufs Bedeckung dieser Auslage wird ein Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses bewilligt.

32. (8852.) **Referent Gem.-Rath Schneiderhan:** Es handelt sich hier um die Umpflasterung der Wilhelmsstraße im XII. Bezirke, respective um den hiezu nothwendigen Zuschusscredit von 7057 fl. 34 kr. Nachdem es nicht möglich ist, die im Präliminare vorgesehenen Pflasterungen in der Nähe des Amtshauses heuer noch durchzuführen, da die Zeit für Holzstöckelpflasterungen, bei denen eine Beton-Unterlage nothwendig ist, zu weit vorgeschritten ist, so soll doch die zweite Pflasterung, welche für den XII. Bezirk bewilligt wurde, vom Gemeinderathe nicht verzögert werden. Nachdem nun die alten Steine nicht zur Verwendung kommen können, so wird vom Stadtrathe die Verwendung neuer beantragt, und ist, um dies rechnungsmäßig durchzuführen, ein Zuschusscredit von 7057 fl. 34 kr. erforderlich. Ich bitte die Herren, diesem Antrage ihre Zustimmung zu geben.

Gem.-Rath Eigner: Der Herr Referent wird mir wohl die Erklärung abgeben, dass diese 7057 fl. 34 kr. ein Nachtragscredit sind; die Arbeit ist nämlich noch nicht ausgeführt. Sie ist doch eine Granitwürfelpflasterung? (Refernt: Ja!) Denkt der Herr Referent, dass jetzt noch Zeit ist, diese Arbeit auszuführen? (Referent: Gewiss; es werden auch noch andere Pflasterungen ausgeführt!) Ich glaube nicht. Das ist übrigens die gewöhnliche Unsitte hier in Wien, dass die Pflasterungen im Spätherbste begonnen werden.

Jetzt haben wir den 9. November. Das ist keine Zeit, um zu pflastern. In der Budget-Debatte werden die Ausgaben für die Pflasterung in den einzelnen Bezirken festgestellt. Das geschieht also im Jänner oder Februar. Ich glaube nun, dass man doch bis Ende Juni mit den Voranschlägen und mit allem, was dazu gehört, fertig sein kann, so dass im Juli, August, September und October gepflastert werden kann. Geschieht das? Nein. Schauen Sie nur, wie viel Zuschusscredite wir in den vergangenen Sitzungen bewilligt haben. Ich habe es einmal in einer Sitzung zusammen-

gezählt, da haben wir 50.000 fl. Nachtragscredite bewilligt; also für Arbeiten, für die schon vielleicht 10.000, 20.000 oder 30.000 fl. eingestellt sind. Ich möchte also den Herrn Bürgermeister bitten, er möge dahin wirken, dass die Pflasterungen nur im Sommer gemacht werden. Nur der Sommer ist dafür günstig. Jetzt werden ja die Straßen auch sehr stark vom Fuhrwerke in Anspruch genommen. Überall fahren Holzwägen, Kohlenwägen, Futterwägen u. s. w., weil sich die Leute einwintern. Gerade jetzt werden aber die Straßen aufgerissen, im Sommer geschieht nichts. (Zwischenruf eines Gemeinderathes.) Sie wissen ja nichts, mein lieber Collega Beutnitz, weil Sie sich um gar nichts bekümmern. (Lebhafte Heiterkeit.) Gegenwärtig wird die Weinhauserstraße im XVII. Bezirke gepflastert. Die hätte auch im August oder September gepflastert werden können, nein, jetzt muss sie gepflastert werden.

Ich bin der Sache Schritt für Schritt nachgegangen, ich gieng von einem Amte ins andere, ich selbst habe die Acten genommen und habe sie den Referenten hingetragen (Heiterkeit), endlich wurde die Sache bewilligt; aber wann? Jetzt im November wird gepflastert. Ich bitte unseren Herrgott, er soll noch 14 Tage so schönes Wetter sein lassen, sonst ist's ein Unglück. Kein Mensch kann hinaus- und hineinfahren. Die Fiaker, Milchmeier, Futterhändler, Tischler und Rossfleischhacker und andere Geschäftsleute haben alle Wagen und Pferde; die Straßen sind nun abgegraben und die Trottoirs aufgerissen. Wenn es drei Tage regnet, muss jeder Canalräumerstiefel anziehen (Lebhafte Heiterkeit), sonst kann er nicht hinaus. Fragen Sie den Pflasterermeister, ob er jetzt mit Liebe arbeitet, nein, er muss jetzt, wo nur von 7 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags gearbeitet wird, so viel zahlen wie im Sommer, wo von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends gearbeitet wird, geleistet kann aber nichts werden. Das ist ein Unfug, und ich ersuche, dass das im künftigen Jahre anders gemacht wird. Der Bürgermeister hat zu sagen: „Ich wünsche, dass die Präliminarien für die Pflasterungen und Canalisierungen bis Ende Juni vorgelegt werden." Der Stadtrath und der Gemeinderath werden diese sohin bewilligen und die Arbeiten können im Juli beginnen; man soll das nicht Ende October und im November machen; das ist keine solide Arbeit. Jetzt werden auch die Betoncanäle in den Straßen gebaut; wenn wir einen Grad Kälte bekommen, können Sie den Beton mit dem Besen wegkehren. (Heiterkeit.) Es ist jetzt keine Jahreszeit, um solche Arbeiten durchzuführen; da wird das Geld beim Fenster hinausgeworfen, das ist eine Unwirtschaft.

Wenn ein Privatmann so etwas macht, sagt man, er ist unwirtschaftlich. Das bezahlen auch die Steuerträger, nicht der Magistrat oder jemand anderer. Man soll also nicht alle Straßen aufreißen, dass kein Mensch durchgehen kann. Jeder fürchtet sich, wenn es schneit. Eine solche Straße ist eine ganze Revolution (Heiterkeit), und das bleibt so bis zum Frühjahre. Man kann erschlagen werden, wenn man durchgeht. (Heiterkeit.) Wer an dieser Wirtschaft mit den Canalbauten und Pflasterungen schuld ist, das weiß ich nicht. Ich komme in ein Bureau und frage den Vorstand — ich will das Bureau nicht nennen, aber wenn die Herren es wissen wollen, kann ich es Ihnen sagen (Heiterkeit) — wo ist derjenige Beamte, der über diese Angelegenheit zu referieren hat? „Der ist am Lande." Also der ist vier Wochen auf Urlaub, und der Act bleibt vier Wochen liegen. Ich will nicht sagen, dass der Beamte nicht aufs Land gehen soll, aber man soll den Act jemand anderem zuweisen, dem Herrn N. oder Peter Zapfl oder wie er heißt (Große Heiterkeit), und der soll den Act erledigen. Aber nein, der Act bleibt liegen. Ich als Vorstand würde sagen: Sie gehen auf Urlaub, was haben Sie für Acten und Referate? Sind wichtige dabei? Solche müssen erledigt werden. Wenn ich die Macht hätte, da wollte ich eine Organisation schaffen (Heiterkeit), da würden Sie spitzen (erneuerte Heiterkeit), es müsste alles nach dem Schnürl gehen. Alles müsste erledigt werden. Ich bedauere nur, dass ich nicht General geworden bin. (Stürmische Heiterkeit.) Damit schließe ich und hoffe, dass nächstes Jahr mit den Pflasterungen und Canalisierungen ganz anders vorgegangen wird, nicht wie jetzt.

Ich ersuche, diese 7057 fl. 34 kr. zu bewilligen, mit dem Bemerken, dass erst nächstes Jahr gepflastert wird, heuer nicht mehr, heuer ist keine Zeit mehr.

Gem.-Rath Bärtl: Was der Herr Vorsprecher gesagt hat, ist Thatsache. Ich erinnere Sie an Straßen im XI. Bezirke, welche geradezu hässlich anzuschauen sind. Ich kann mich aber auch nicht mit dem Antrage des Referenten befreunden. Etwas anderes ist es, wenn die Summe präliminiert ist und man erst so spät fertig wird. Allein die Summe ist nicht einmal präliminiert. Es existiert ein Gemeinderaths-Beschluss — ich weiß nicht, ob derselbe heute noch im neugewählten Gemeinderathe Giltigkeit hat — dass nach dem 15. October weder eine Pflasterung noch eine Canalisierung ausgeführt werden darf. Das war Gemeinderaths-Beschluss. Heute ist man wieder in diese langweiligen Sachen hineingefallen und beantragt sogar anfangs November eine neue Pflasterung. Es ist nicht nothwendig, diesen Zuschusscredit zu bewilligen; wie der Herr Vorsprecher gesagt hat, kann man die Summe präliminieren und die Arbeit zeitlich im Frühjahre machen.

Ich werde dafür stimmen, dass diese Arbeit nicht ausgeführt wird. Schauen Sie die Straßen an, wo heute gepflastert und canalisiert wird. Und das geht so fort bis Ende December. Die Bewohner der betreffenden Straßen sind zu bedauern. Da dies doch nicht nothwendig ist, so üben Sie Rücksicht. Präliminieren Sie die Summe für das Jahr 1895 und lassen Sie die Arbeit im Frühjahre ausführen.

Referent: Es ist dies der Wunsch des Bezirksausschusses, die Arbeit ist wirklich dringend nothwendig. Ich habe schon erklärt, dass das keine neue Post ist, es sollten Steine von einer anderen Pflasterung verwendet werden. Es handelt sich um zwei Bermen, die rechts und links von der Fahrbahn der Breitenfurterstraße liegen.

Im Winter ist es dort ungeheuer gefährlich. Die Bermen sind sehr abschüssig und die Wagen rutschen leicht herunter. Die ganze Pflasterung kann ja in acht Tagen durchgeführt werden. Es ist ein sehr geringer Betrag. (Rufe links: So!) Ich bitte also um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Referent beantragt, einen Zuschusscredit behufs Umpflasterung der Wilhelmsgasse im XII. Bezirke zu bewilligen. Herr Gem.-Rath Eigner hat den Antrag gestellt, die Ausführung sei auf das nächste Jahr zu verschieben. Ich bitte jene Herren, die dem Referenten-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun bitte ich jene Herren, die für den Zusatz-Antrag des Herrn Gem.-Rathes Eigner stimmen, die Ausführung sei auf das nächste Jahr zu verschieben, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte, zu zählen. (Geschieht.) 29 Herren sind dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) 37 Herren sind dagegen. Der Antrag ist abgelehnt. Damit ist der Gegenstand erledigt.

Beschluss: Behufs Umpflasterung der Wilhelmstraße von Or.-Nr. 7 bis Or.-Nr. 29 im XII. Bezirke wird ein Zuschusscredit von 7057 fl. 34 kr. zur Rubrik XXII 1 c bewilligt.

33. Wir haben eine Wahl auf der Tagesordnung, nämlich die Wahl der vier Schriftführer für den Gemeinderath. Ich bitte, mit dem Namensaufrufe zu beginnen.

Gem.-Rath Vincenz Wessely (zur Geschäftsordnung): Nachdem die Opposition bei der heute vorzunehmenden Wahl abermals nicht berücksichtigt ist, beantrage ich, dass diese Wahl von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und für die nächste Sitzung anberaumt werde, um der Majorität Gelegenheit zu geben, vielleicht doch nachzudenken, ob wir zu berücksichtigen sind oder nicht.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte jene Herren, welche für die Vertagung stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es sind 34 Herren dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Es sind 37 Herren dagegen. Der Antrag ist abgelehnt. (Pfui-Rufe links.)

Gem.-Rath Vincenz Wessely (zur Geschäftsordnung): Nachdem uns nicht willfahrt wurde, erlaube ich mir, die Mandate sämmtlicher fünf Mitglieder der Approvisionierungs-Commission von dieser Seite (links) zuhanden des Herrn Bürgermeisters zurückzulegen. (Übergibt dem Herrn Vice-Bürgermeister die bezüglichen Documente. — Beifall und Händeklatschen links.)

(Über Namensaufruf des Schriftführers Gem.-Rath Dehm geben die Herren Gemeinderäthe die Stimmzettel ab.)

34. (8958.) **Referent Bürgermeister Dr. Grübl:** Ich habe die Ehre, im Namen des Stadtrathes über eine Vermehrung des Personales bei der städtischen Buchhaltung zu referieren. Der Oberbuchhalter äußert sich in einer sehr ausführlichen, eingehenden Eingabe darüber, dass der Zuwachs an Agenden bei der städtischen Buchhaltung ein ganz kolossaler ist. (Gem.-Rath Gregorig: Das haben wir schon lange gesagt!) Er weist darauf hin, dass vor der Vereinigung der Vororte mit Wien der gesammte Personalstand der städtischen Buchhaltung sich auf 124 Personen belaufen hat, und dass nach der Vereinigung die Zahl der Beamten successive auf 165 erhöht worden ist, d. i. also eine Vermehrung der Arbeitskräfte um 33%. Der Herr Oberbuchhalter führt nun Punkt für Punkt die einzelnen Rubriken des städtischen Budgets an und führt aus, dass bei den einzelnen Rubriken die Vermehrung der Geschäfte bis zu 100 und noch mehr Percent ausmacht, dass aber auch ganz neue Agenden zugewachsen sind. Er weist namentlich auf die Erweiterung der Hochquellenleitung hin, auf die große Anzahl neuer Conti, welche eine Abrechnung verursachen, auf das Steuerwesen, auf das Armenwesen, welche Rubriken einen rapiden Zuwachs von Geschäften ausweisen. Ich habe mich infolge dieser Eingabe selbst durch einen Besuch der einzelnen Departements von dem Stande der Dinge überzeugt und habe die feste Überzeugung gewonnen, dass es wirklich nicht möglich ist, mit dem gegenwärtigen Personale die Agenden, die, man kann fast sagen, von Tag zu Tag, von Woche zu Woche, von Monat zu Monat steigen, zu erledigen. Die Vermehrung der Bevölkerung, das Entstehen von neuen Gesetzen, von neuen Gemeinde-Aufgaben, der Neubau von so vielen Häusern, die dadurch entstehenden Steuerobjecte, das Zuwachsen von Steuerträgern, die stetige Vergrößerung der Administration, eine Vergrößerung, die, man kann wirklich sagen, sich in rapider Weise vollzieht, die Kranken- und Unfallversicherung mit einer Unzahl von Agenden, das Armenwesen mit einer Unzahl von Agenden, kurz, man kann sagen, die Arbeit, welche die städtische Buchhaltung durchzuführen hat, ist eine kolossale, sich stetig vergrößernde, und die seinerzeit systemisierte Anzahl von 165 Personen reicht derzeit nicht mehr aus, um diese Geschäfte durchzuführen. Infolge dessen hat sich auch bedauerlicherweise eine Anhäufung von Rückständen ergeben und es wird nothwendig sein, auch die Kräfte der Buchhaltung in außergewöhnlicher Weise in Anspruch zu nehmen, um nach der Vergrößerung des Status nach und nach wieder in das Laufende zu kommen.

Ich habe mir bei meinem Rundgange durch die einzelnen Departements die Überzeugung verschafft, dass das Ansuchen des Oberbuchhalters, eine Vermehrung des Status um 20 Praktikanten eintreten zu lassen, eine bescheidene und durch die Verhältnisse vollkommen begründete ist. Der Oberbuchhalter ist dann allerdings weiter gegangen; er weist bei der Stellung des Antrages, wie ich ihn eben angeführt habe, auch darauf hin, dass das Avancement in den einzelnen Partien des Status ein ungünstiges ist, und dass eine Vermehrung der besser dotierten Stellen eintreten soll. Ich schließe mich auch diesem Punkte des Oberbuchhalters voll und ganz an und bin der Überzeugung, dass gewisse Correcturen und Aufbesserungen in der Systemisierung des Buchhaltungsstatus werden eintreten müssen, ich bin aber nicht in der Lage, heute einen diesfälligen Antrag zu stellen.

Ich glaube, es muss jetzt vor allem anderen der Status vermehrt werden. Es müssen die 20 Praktikanten eingereiht werden. Es müssen auch die verschiedenen Arbeiten eingeleitet werden, wie z. B. die Durchführung der Conti für das Wasseranlehen; das ist noch im Zuge. Wenn diese Arbeiten durchgeführt sein werden, und wenn auch mit einem Aufwande von besonderer Kraft der wichtigste Theil der Rückstände erledigt sein wird, dann wird es möglich sein, zu beurtheilen, ob der Status genügt oder nicht.

Ich hoffe, dass das jedenfalls noch im Laufe dieses Jahres möglich sein wird. Dann wird es möglich sein, zu sehen, ob die Systemisierung, wie sie sich der Herr Oberbuchhalter vorstellt, eine richtige und ausreichende ist oder nicht; und in diesem Zeitpunkte wird es dann auch möglich sein, wegen der etwaigen Aufbesserung in den einzelnen Partien dieses Status Anträge zu stellen.

Ich halte es für meine Pflicht zu erklären, dass eine solche Aufbesserung nothwendig sein wird, weil die Buchhaltung bei der seinerzeitigen Systemisierung etwas stiefmütterlich behandelt, beziehungsweise etwas schlecht weggekommen ist. Ich halte mich aber verpflichtet, dafür einzutreten, dass die Vermehrung des Status um 20 Praktikanten sofort erfolge, weil diese Maßregel eine unaufschiebbare ist, weil der Herr Oberbuchhalter erklärt — so leid es ihm thut, eine solche Äußerung machen zu müssen — dass er die Verantwortung nicht übernehmen könnte, wenn nicht eine solche Vermehrung des Personales eintreten würde.

Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen, der löbliche Gemeinderath beschließe, es sei eine Vermehrung des Personales bei der städtischen Buchhaltung um 20 Praktikanten mit einem Adjutum von 500 fl., wie dasselbe systemisiert ist, zu bewilligen.

Ich bitte um Genehmigung dieses Antrages.

Gem.-Rath Hawranek: Meine Herren! Ich habe als früherer Contrahent Einblick bekommen in das, was die städtische Buchhaltung leisten kann, und schon damals waren sehr wenig Beamte, und jetzt, nachdem die Vororte dazugekommen sind, sind sie durch so viel neue Arbeiten viel mehr angestrengt, und ich weiß, dass die Beamten der Buchhaltung jetzt, zu dieser späten Stunde noch arbeiten. Wenn

Sie sich überzeugen wollen, werden Sie noch einige finden, die in ihren Bureaux sind und arbeiten. Nachdem jetzt die Verhältnisse derartige sind, dass schon die Arbeiter nur mehr acht Stunden arbeiten wollen, und wenn Sie sehen, dass die städtischen Buchhaltungsbeamten den ganzen Tag bis in die sinkende Nacht arbeiten und nachher noch sich Acten nach Hause nehmen müssen, so werden Sie einsehen, dass es auch nothwendig ist, dass man als Vertreter der Commune darauf schaut, dass auch den Beamten ihr Recht wird. Das ist nicht nur in der Buchhaltung allein. Was die Buchhaltung leistet, muss auch durch die Cassa gehen. Ich will da gar keinen Antrag stellen, ich glaube, Sie werden von selbst kommen. Es ist aber nicht nur wegen der Beamten. Es sind sehr viele Geschäftsleute; die machen Arbeiten und wollen ihr Geld haben; sie beklagen sich immerwährend, dass das Geld so langsam ausgefolgt wird.

Ich habe schon im alten Gemeinderathe den Antrag gestellt, dass das rascher sein soll. Einige, die viel zu bekommen haben, gehen zum Herrn Bürgermeister — der Herr Bürgermeister wird mir das Zeugnis abgeben — und sagen: „Herr Bürgermeister! ich brauche das Geld, ich muss das Geld haben!" Der Bürgermeister läßt sich den betreffenden Buchhaltungsbeamten kommen und gibt den Auftrag, dass er das geschwind machen soll, weil der Geschäftsmann sein Geld braucht. Es wird gemacht, aber dadurch bleiben wieder die anderen im Rückstande und bekommen umso länger nicht ihr Geld. Es ist auch im Interesse der Contrahenten, dass sie ihr Geld bekommen und im Interesse der Beamten, damit sie nicht so angestrengt werden wie Sclaven — sie werden ausgebeutet — der Herr Doctor von der Wieden —, ich weiß nicht (Rufe links: Hackenberg — lacht!), ich weiß nicht, warum er lacht; wahrscheinlich hat er keinen Begriff davon. (Heiterkeit.) Ich begrüße diesen Antrag sehr, Herr Bürgermeister, und ich glaube, dass die 20 Praktikanten uns nicht umbringen. Ich glaube übrigens, dass das auch noch nicht langen wird. Ich stimme für den Antrag. (Bravo! Bravo!)

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich bin selbstverständlich auch mit diesem Antrage einverstanden; ich will aber noch einige Bemerkungen machen und muss sagen, dass ich doch etwas anderes erwartet hätte, weil auch der Referent, der Herr Bürgermeister, bemerkt hat, dass die Buchhaltung bei der letzten Reorganisation etwas stiefmütterlich davongekommen ist. Ich beziehe dieses „stiefmütterlich" nicht darauf, dass vielleicht der eine oder der andere im Gehalte nicht soweit vorgerückt ist, wie in einer anderen Kategorie. Ich betrachte diese ganze Sache nicht von dem Standpunkte, dass wir bei Reorganisationen den Einzelnen etwas zuschanzen sollen oder sie in eine bessere Lage zu bringen haben, sondern ich nehme die Geschichte einfach kaufmännisch: Gut bezahlte Beamte und so wenige Beamte als möglich; denn mir sind wenige und gut bezahlte Beamte viel lieber als eine doppelte Anzahl weniger gut bezahlter Beamten, weil man viel schneller fertig wird und weil Alles rascher geht, was auch für die Contrahenten und die Commission besser ist. Von diesem Standpunkte aus habe ich seinerzeit, als die erste Reorganisation in Bewegung gebracht wurde, im Parteiverbande und hier den Anträgen des verstorbenen Herrn Bürgermeisters opponiert. Ich habe nämlich die Anträge, die der Herr Oberbuchhalter schon damals gestellt hat — ich möchte ihm fast den Vorwurf machen, dass er in seinen Forderungen etwas zu bescheiden ist — für sehr im Interesse des Amtes und der Commission gelegen gehalten, und ich hätte damals sehr gewünscht, dass diesen Anträgen Folge gegeben werde. Nun hat der Herr Bürgermeister heute wohl durchblicken lassen, dass er der Sache sympathisch gegenübersteht, dass er sobald als möglich auch in den anderen Kategorien etwas vorzusorgen gedenkt. Ich freue mich, wenn die Beamten sich sehr gut befinden, aber ich stehe nur auf dem Standpunkte der Geschäfte, der Organisation und ich möchte den Herrn Bürgermeister darauf hinweisen, weil eben er das Referat hat — ich werde keinen Antrag stellen, weil ich hoffe, dass der Herr Bürgermeister sich das merken wird — dass es beispielsweise ein einer großen Commune unwürdiger Zustand ist, dass von den bestehenden 14 Departements nur 12 mit Rechnungsräthen besetzt sind, während den beiden anderen Rechnungs-Revidenten vorstehen. Ich glaube, ein solcher Zustand darf nicht in Permanenz erklärt werden, er kann höchstens als ein Provisorium gelten. Wenn man vielleicht darauf hinweist, dass das auch beim Staate vorkommt, so ist das nicht richtig, denn dort sind die Stellen systemisiert. Ich habe schon seinerzeit verlangt, dass ebensoviele Rechnungsrathsstellen systemisiert werden, als Departements sind. Ich thue das nicht, um ein paar Rechnungsrevidenten zu einem Avancement zu verhelfen, sondern weil ich es logisch finde, dass ein Departement wie das andere behandelt wird. Sind diese beiden Departements überflüssig, so hätte man sie nicht creieren sollen. Wenn man sie aber creiert hat, so gehört nach meiner Auffassung an die Spitze dieser Departements ein Rechnungsrath. Ich möchte also den Herrn Bürgermeister bitten, dass diese zwei Departements mit Rechnungsräthen besetzt werden, wie es sonst der Fall ist. Ich möchte auch bitten, dass die von dem Herrn Oberbuchhalter seinerzeit vorgeschlagene Dreitheilung in allgemeine Wirtschafts-Departements — sieben Departements — in die technische Abtheilung vier Departements — und in die Departements, welche sich mit den Angelegenheiten des Bürgerspitalfondes befassen — drei Departements — vorgenommen werde und dass dann die Besetzung von Oberrechnungsrath- oder Buchhalterstellen erfolgen möge.

Ich glaube doch darauf hinweisen zu dürfen, dass ich einen Begriff habe von dem Organismus der Buchhaltung. Ich habe damals das Referat kennen gelernt und glaube, dass diese Dreitheilung eine sehr gute Gliederung ist, weil die drei Gruppen dann gemeinsam arbeiten. Es wird so eine bessere Übersicht geschaffen, und dann kann die Buchhaltung wirklich in die Lage kommen, was sie jetzt nicht kann, einen Initiativ-Antrag zu stellen. Heute ist die Buchhaltung thatsächlich so überlastet, dass sie froh sein muss, wenn sie alles aufarbeitet. Meines Erachtens ist aber gerade die Buchhaltung dazu berufen, dem Gemeinderathe gegenüber Initiativ-Anträge zu stellen, weil die Buchhaltung eigentlich das Geschäft ganz genau kennt. Aber das kann erst, wenn eine Übersicht eintritt und der Oberbuchhalter entlastet ist, geschehen.

Ich lege diese Sache dem Herrn Bürgermeister nahe und wünsche, dass diese organisatorischen Arbeiten, ganz unbekümmert um den Gefühlsstandpunkt, den ich hier nicht gelten lasse, nur im Interesse der Sache so bald als möglich insceniert werde.

Gem.-Rath Steiner: Ich stimme dem Antrage des Herrn Referenten aus dem Grunde zu, damit in Wien die Geschäfte auf gesetzlicher Basis und auf Grund des Gesetzes vom 19. December 1890 geführt werden. Zu wiederholtenmalen seit der Einverleibung der Vororte mit Wien wurde beim Rechnungsabschlusse, sowie beim Budget darauf hingewiesen, dass die gesetzliche Frist zur Überreichung des Rechnungsabschlusses und zur Erledigung desselben im Gemeinderathe nach § 51 des Statutes sechs Monate

nach Ablauf jedes Verwaltungsjahres ist. Herr Bürgermeister, wir befinden uns gegenwärtig abermals in einem gesetzwidrigen Zustande, weil der Rechnungsabschluss bis heute nicht erledigt ist. Nach § 50 des Gemeindestatutes hat das Budget zwei Monate vor Ablauf eines jeden Jahres dem Gemeinderathe vorgelegt zu werden. Meines Wissens ist das Budget noch gar nicht im Stadtrathe erledigt und es wundert mich nur, dass Se. Excellenz der Herr Statthalter von Niederösterreich diese Gesetzwidrigkeit noch nicht abgestellt hat.

Meine Herren, ich habe gelegentlich der Budgetberathung pro 1894 darauf hingewiesen, dass sich dieser gesetzwidrige Zustand wiederholen wird. Ich habe darauf hingewiesen, dass die Buchhaltung mit Arbeit überhäuft ist, dass die Leute nervös und krank werden. Ich habe mich überzeugt, dass die Herren in der Buchhaltung um 6, 7 Uhr noch arbeiten und dass es nicht möglich ist, die Arbeit in der gehörigen Frist zu erledigen. Aber wie soll Abhilfe geschaffen werden? Mit diesen zwanzig Herren werden Sie nicht auskommen, wenn Sie die Verwaltung nicht decentralisieren. Es muss eine Änderung des Statutes herbeigeführt, die Competenz der Bezirksausschüsse erweitert werden, es muss dem Bezirksvorsteher ein fester Betrag ausgeworfen werden, damit er nicht mit jeder Lappalie an die Buchhaltung herantreten muss. Herr Bürgermeister, das sind hunderte von Agenden, die die Buchhaltungsbeamten unnöthig beschäftigen.

Ich habe mir gedacht, dass man das in den Vororten so machen wird, wenn man schon einmal ein magistratisches Bezirksamt creiert, welches politische Behörde I. Instanz ist, dass man dort ein kleines Ökonomat errichtet, wo der betreffende Magistratsrath, wenn ihm ein Buchhaltungsbeamter zugewiesen wird, kleinliche wirtschaftliche Angelegenheiten im eigenen Wirkungskreise erledigen kann. Dass diese meine Ansicht richtig ist, geht aus Folgendem hervor: In der vorletzten Nummer des Amtsblattes ist zu lesen, dass in einer Sitzung des Stadtrathes — das Datum ist mir entfallen — Herr St.-R. Kreindl über den Verkauf von Nüssen referiert hat. Die Nüsse sind gepflückt und im August verkauft worden und im November referiert der Herr Stadtrath über Nüsse um 15 fl. (Heiterkeit links.) Das geht durch die Buchhaltung u. s. w. Kann das nicht draußen im magistratischen Bezirksamte selbst erledigt werden? Das ist doch zweifellos. Und so sind unzählige Agenden. Es ist bei uns im Bezirke so weit gekommen, dass, wenn ich eine Tafel oder sonst irgendetwas Ähnliches wünsche, ich es lieber dem Straßenaufseher sage, weil ich es da früher bekomme als vom Bezirksausschusse. Eine solche Angelegenheit wird durch den Straßenaufseher schneller erledigt. Hier muss eine rationelle Decentralisation eintreten. Es muss die Competenz des Bezirksvorstehers erweitert werden und derartige Lappalien müssen in die Competenz des Bezirksamtes fallen. Aus diesem Grunde stimme ich für die Vermehrung der Buchhaltungsbeamten und für das gegenwärtige Referat.

Ich bitte aber für die Zukunft — wenn es möglich sein sollte, vor Zusammentritt des Landtages — dass die im Gemeinderathe eingebrachten, die Organisation der Verwaltung betreffenden Anträge im Stadtrathe und Gemeinderathe zur Erledigung kommen, damit doch noch in der heurigen Session die Erledigung im Landtage stattfinden kann. (Beifall links.)

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich habe mir nicht das Wort erbeten, um gegen das Referat zu sprechen. Ich sehe ganz gut die Nothwendigkeit der Vermehrung des Buchhaltungspersonales ein, ja ich betone es ganz aufrichtig, dass ich es nicht für angebracht halte, bei der Vermehrung in den Ämtern immer so vorzugehen, dass man bei der allerletzten Stelle anhängt. Es wird heute mit Recht gegen die ungerechtfertigte Ausbeutung gesprochen, es ist aber eine traurige Thatsache, dass gerade die geistige Arbeit sowohl seitens des Staates als auch bei der Commune in ungehöriger Weise ausgebeutet und ausgenützt wird, indem man — und ich brauche nur das Elend bei unseren Magistrats- und Kanzleipraktikanten ins Auge zu fassen — die Leute jahrelang mit einer Entlohnung sitzen lässt, die ein menschenwürdiges Dasein nahezu ausschließt. Aber, meine Herren, etwas anderes ist die principielle Seite der Frage, die hier berührt werden muss.

Wir haben gesehen, dass die Buchhaltung nicht mit den neuen Agenden aufkommen kann. Dieselbe Erscheinung wird sich beim Marktamte, bei allen anderen Ämtern des Magistrates früher oder später geltend machen. Es werden die Kosten sich gerade aus diesem Verwaltungstitel außerordentlich steigern. Ich mache Sie aufmerksam, dass jetzt ein Heimatsgesetz vorbereitet wird, welches der Gemeinde Millionen von Gulden an Mehrlasten auferlegen wird. Wie der Herr Bürgermeister sehr richtig gesagt hat, ist eine der Hauptursachen, aus denen diese Vermehrung eingetreten ist, in der ungeheuren Erhöhung der Agenden seit der Einverleibung der Vororte gegeben. Diese Einverleibung stellt sich gerade auch aus dem Titel der Vermehrung des Personales von Jahr zu Jahr mehr als furchtbare Last der Gemeinde dar. Sie sind seinerzeit, wie die Einverleibung geplant war, wiederholt in der entschiedensten Weise aufmerksam gemacht worden, man möge nicht so blind einfach alle Kosten, die da erwachsen, auf sich nehmen, und es wurde seinerzeit vom Herrn Gem.-Rathe Dr. Lueger beantragt, man möge nicht ohneweiters vom Staate den ganzen politischen Dienst in den Vororten unentgeltlich übernehmen, man solle sich doch vor Augen halten, dass in dieser Richtung vom Staate eine Gegenleistung beansprucht werde. Alle diese Anträge und Anregungen sind einfach in den Wind gesprochen worden, weil die Herren nur bestrebt waren, ein neues Statut zu erlangen, damit sie auf diese Weise ihre Herrschaft aufrecht erhalten. (Sehr richtig! links.) Die Kosten, die jetzt kommen und die von Jahr zu Jahr steigen werden, soll die Bevölkerung Wiens zahlen; sie soll die Kosten Ihrer Parteiherrschaft tragen! (Richtig! links — Widerspruch rechts.) Hätten Sie nicht das neue Statut um jeden Preis, ohne jedes Entgelt erzwungen, man hätte damals für Wien etwas herausschlagen können; aber nein! Da ist sogar der sonst so bekämpfte Finanzminister Dunajewsky umschwärmt worden, nur damit das Gesetz durchgeht. Von uns (links) wurde darauf hingewiesen, man solle wenigstens aus dem Titel der Verzehrungssteuer für Wien etwas herausschlagen und die Überschüsse für Wien in Anspruch nehmen. Herr Gem.-Rath Dr. Lueger wurde aber damals verhöhnt und verlacht, und jetzt, meine Herren, kommen diese Dinge heraus! Von Jahr zu Jahr wächst die Last. Wir haben dies bei der früheren Wasserdebatte gehört und hören es jetzt aus dem Munde des Herrn Bürgermeisters selbst. Eine solche Wirtschaft muss geradezu als leichtfertig bezeichnet werden! Wir sind nicht dazu da, meine Herren, um die Kosten eines Parteiregimentes zu tragen.

Als damals der Antrag gestellt wurde, man möge wenigstens versuchen, die Überschüsse der Verzehrungssteuer zu erlangen, da wurde darauf hingewiesen, es komme ja gar nicht mehr herein, wir werden ja weniger einnehmen; diese Meinung hat sowohl der

damalige Bürgermeister als auch der Statthalter zum Ausdrucke gebracht.

Und nun hat sich gerade das Gegentheil davon gezeigt, der Staat steckt jetzt die Geschichte ein und wir tragen die gesammten Kosten.

Und, meine Herren, was ist es denn bei den steigenden Lasten mit der Steuerkraft der Bevölkerung? Gehen Sie gefälligst hinaus in die Vororte und schauen Sie nach, wie dort die Steuerkraft rapid sinkt, und es wird nicht lange mehr dauern, so wird sich das auch ziffermäßig ausdrücken!

Ich schließe, indem ich betone, dass ich für diese Vermehrung stimme und auch damit einverstanden bin, wenn eine gerechte Organisation des Status platzgreift, dass aber die Verantwortung für diese Mehrauslagen, die im Laufe der Jahre wahrscheinlich noch kolossal steigen werden, Sie (die Majorität) trifft, die einfach in blinder Parteiwuth und von unerhörter .... (Widerspruch und Lärm rechts; die nächsten Worte sind unverständlich). Da gibt es kein Dagegenreden, das ist so! (Lebhafter Beifall links — Widerspruch rechts.)

Meine Herren, es hat jemand drüben (rechts) gelacht, als College Steiner sagte, die Geschichte mit der verspäteten Vorlage des Rechnungs-Abschlusses und Budgets sei illegal; ja, meine Herren, wenn es Ihnen passt, dann ist es freilich ein legaler Zustand; in Reichenberg haben Sie gleich gewusst, was zu thun ist, und wenn heute ein anderer Bürgermeister aus unserer Partei oben sitzen würde, bin ich überzeugt, dass die Herren die ersten wären, die zu der Statthalterei rennen, dort eine Denunciation anbringen und begehren würden, dass eingegriffen werde! Der Vorwurf ist deshalb nicht lächerlich; entweder besteht das Gesetz, dann hat es auch durchgeführt zu werden, oder Sie hätten nicht dieses Statut geben sollen, wenn Sie wissen, dass Sie nicht imstande sein werden, es einzuhalten. Wenn Sie sich schon das Statut auf den Leib geschrieben haben, so hätten Sie damals wenigstens nicht solche Bestimmungen hineinnehmen sollen. Ich schließe, indem ich erkläre, für den Antrag zu stimmen, die Verantwortung für die stets steigenden Lasten jedoch der verehrlichen Majorität auferlege. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Herrdegen: Ich bin einigermaßen überrascht, dass sämmtliche Redner sich für den Antrag ausgesprochen haben. Ich bin nicht in derselben Lage. Schon bei einem früheren Anlasse habe ich die Meinung ausgesprochen, dass es doch um Gotteswillen nicht angeht, eine große Administration auf Praktikanten und Diurnisten zu stellen.

Wer Einblick in einen großen Verwaltungsapparat hat, wird bald zur Überzeugung kommen müssen, dass man ja mit fortwährend neuen und ungeschulten Kräften den Apparat nicht nur äußerst schwerfällig macht, sondern geradezu in gefährliche Functionen hineinbringt. Ich kann mein Lebtag nicht glauben, dass diese 20 Praktikanten eine Besserung in dem Buchhaltungsdienste herbeiführen werden, das ist entschieden ein Trugschluss. Ich bedauere, dass der Herr Oberbuchhalter nicht selbst hier ist, der die Auskünfte geben könnte. Aber er wird wahrscheinlich in einer Zwangslage sein und kann nichts anderes beantragen.

Ich glaube aber, dass man auf diesem Wege nicht reorganisieren kann. Die Verwaltung wird außerordentlich theuer werden und es wird an allen Ecken und Enden happern. Zu diesen zwanzig Praktikanten werden Sie vielleicht zehn alte Beamte dazustellen müssen, die sie abrichten und hinter ihnen stehen. Dann muss man sich noch etwas anderes vor Augen halten. Wir haben eine solche Unzahl von Praktikanten und eine so bedeutende Anzahl von Diurnisten. Von den letzteren will ich nicht sprechen. Aber die Praktikanten werden mit dem Anrechte aufgenommen, Beamte zu werden; welche Aussicht haben sie, Beamte zu werden, wenn der Stand der Praktikanten gegenüber den definitiv angestellten Beamten so hoch ist? Es wird nun zweifellos eine große Unzufriedenheit bei diesen Praktikanten nach einigen Jahren eintreten, weil die Avancementsverhältnisse unter jeder Kritik sind. Was wird dann geschehen? Es wird offenbar dazu kommen, dass dann Neusystemisierungen beantragt werden, welche der Commune neue, sehr empfindliche Lasten auferlegen werden. Es ist natürlich für den Gemeinderath sehr schwer, zu solchen Vorlagen Stellung zu nehmen und bestimmte Anträge zu stellen. Wir haben ja nicht den nöthigen Einblick. Aber darüber können wir klar sein, dass es doch außerordentlich wünschenswert und von größter Dringlichkeit ist, dass endlich in systematischer Weise derartige Anträge eingebracht werden, dass man anfängt zu reorganisieren. Die ganze Bevölkerung ist sich vollständig klar, dass ein so großer Verwaltungsapparat ungeheuer schwer functioniert und dass hier eine reorganisierende Thätigkeit eingreifen muss. So kann es auf die Dauer nicht gehen, denn die Verwaltungskosten werden ganz unverhältnismäßig hoch sein und werden sich nicht rechtfertigen lassen. Ich will mich kurz fassen. Nachdem ich aber einen positiven Antrag nicht stellen kann — wir sind ja nicht in der Lage, derartige Anträge hier ohne entsprechende weitere Information zu stellen — beschränke ich mich darauf, an den Herrn Bürgermeister das Ersuchen zu richten, er möge doch in Erwägung ziehen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, statt dieser zwanzig jungen Praktikanten, von denen jeder einzelne oder wenigstens zwei zusammen einen Abrichter brauchen, bereits geschulte Buchhalter in geringerer Anzahl zu engagieren. Es wird genug geschulte Buchhaltungskräfte geben, welche im Handelsfache oder in industriellen Zweigen ohne Altersversorgung angestellt sind. (Gem.-Rath Gregorig: Das sind dann gebogene Nasen! — Gem.-Rath Lang: Frechheit!)

Ich bemerke, dass es mir selbst vorschwebt, dass derartige Personen eine hinreichende Qualification bezüglich der Vorstudien und des Alters haben müssen, und ich meine, dass man mit einer geringeren Anzahl derartiger Kräfte gewiss einen größeren Effect erzielen wird, als mit den 20 jungen Leuten, die man — ich kann mir den Ausdruck nicht versagen — hinsichtlich ihrer Zukunft gewissermaßen täuscht. (Gem.-Rath Wünsch: Und die alten Praktikanten?)

Wenn wir etwa einen geschulten Buchhalter vom Herrn Wünsch oder einer industriellen Firma engagieren, so wird der Mann wohl solche Kenntnisse besitzen, um einen Buchhaltungsbeamtenposten bei uns vollständig auszufüllen. Aber bei einem 18jährigen jungen Manne wird das nicht in drei Jahren erreicht. (Gem.-Rath Wünsch: Aber die Alten haben keine Chancen!) Die Alten kommen nicht als Praktikanten, sie können sofort als Beamte angestellt werden. (Gem.-Rath Wünsch: Die jetzigen Praktikanten!) Ich weiß nicht, ob diese Zwischenrufe angezeigt sind. Ich kann nur das eine bemerken, dass wir vor allem anderen dafür zu sorgen haben, nicht nur Leute hereinzubringen, die von eins bis fünf oder zehn zählen, sondern die ihren Platz ausfüllen können, welche wirkliche Arbeitskräfte sind und die Eignung haben, die Schwierigkeiten der Buchhaltung zu bewältigen. Mit 20 Praktikanten

wird das nicht geschehen; ich werde daher für diesen Antrag nicht stimmen.

Gem.-Rath Gregorig: Ich habe mich früher zum Worte gemeldet, aber der Herr Schriftführer hat es nicht bemerkt. Nun habe ich nichts mehr zu reden und verzichte auf weitere Ausführungen.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich muss auf etwas aufmerksam machen. Der Herr Bürgermeister hat es zwar gestreift, aber man soll es lauter sagen, dass auch die Regierung sehr viel Schuld hat, und zwar deshalb, weil sie uns die Agenden des übertragenen Wirkungskreises aufgebürdet hat. Die Gemeinde hat damals alles in Bausch und Bogen auf sich genommen, aber gerade bei den Steuern ist es fühlbar, was uns das eigentlich kostet. Die Regierung hat heute den größten Nutzen; der ältere Theil von Wien gewinnt, aber wir draußen haben nichts davon, wir werden langsam verarmen. Die Regierung hat an der Verzehrungssteuer den Vortheil von mindestens 3 bis 4 Millionen jährlich. Ich weiß nicht, warum man nicht die Regierung angeht und sagt, wir haben immer Auslagen, gebt auch etwas vom Steuergulden her, zumal man uns bei der Verzehrungssteuer dupiert hat. (Unruhe.) Ich weiß, den Herren ist es viel zu lächerlich, sie haben schon den Nutzen daraus gezogen.

Eines möchte ich aber bitten, wenn man an die Regulierung und Aufbesserung der Beamtengehalte geht; so möge man nicht immer oben anfangen, indem man die wenigen Bessergestellten bevorzugt, sondern man berücksichtige die unteren Classen der Beamten, damit sie nicht immer das Nachsehen haben.

Bei dieser Gelegenheit habe ich noch einen anderen Wunsch. Der Herr Bürgermeister ruft allmonatlich die einzelnen Vorstände zusammen. Es würden viel Schreibereien erspart werden, wenn der Herr Bürgermeister auch die Bezirksvorsteher zu sich laden würde; es möchte ihm zu eigenem Nutzen sein und es würde viel Geld erspart. Seinerzeit hat der selige Bürgermeister Dr. Prix die Sache angeregt, aber er ist leider darüber gestorben. Vielleicht wird es unter dem jetzigen Bürgermeister geschehen. Es wird nur von Vortheil sein.

Gem.-Rath Lang: Ich beantrage Schluss der Debatte. (Gelächter links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte jene Herren, welche dafür stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. Vorgemerkt sind die Herren Gem.-Räthe Eigner, Dr. Prockſch, Hawranek, Gregorig.

Gem.-Rath Eigner: Ich erkläre, dass ich mit den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters vollständig einverstanden bin und auch für den Antrag stimmen werde, nur bitte ich den Herrn Bürgermeister, dass die Cassageschäfte nicht centralisiert, sondern decentralisiert werden. (Gem.-Rath Hawranek: Das hat schon Gem.-Rath Steiner gesagt!) Macht nichts, das kann auch ein zweiter sagen, und Gem.-Rath Hawranek hat schon öfter etwas gesagt, was schon sechsmal gesagt worden ist. (Heiterkeit. — Gem.-Rath Hawranek: Das gibt es nicht!) Wenn diese Cassengeschäfte decentralisiert sind, so wird das Verfahren ein leichteres sein. Wenn in jedem Bezirke, wo eine solche Hauptcassa ....

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, der Herr Redner möge entschuldigen, aber wir sprechen jetzt von der Buchhaltung.

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Ich bitte, darauf komme ich schon. (Heiterkeit.) Es sollen nämlich jeder Cassa in jedem Bezirke auch ein oder zwei Buchhaltungsbeamte beigegeben werden, so dass die Rechnungen auch für solche Arbeiten, die auf Anschaffung des Bezirksvorstehers oder des Bezirksingenieurs gemacht werden, im Bezirke selbst ausbezahlt werden. Heute muss sich ein Geschäftsmann wegen drei Fensterscheiben eine Bestätigung vom Bezirksvorsteher oder Bezirksingenieur geben lassen und muss in dieses Palais wandern. Da wandert er von einem Departement zum anderen, wird in 20 Büchern eingetragen u. s. w. Das könnte im einzelnen Bezirke viel einfacher geschehen. Der Bezirksvorsteher gibt die Bestätigung, der Betreffende geht zum Beamten der Buchhaltung, der das einträgt und revidiert, und die Cassa bezahlt ihm das Geld aus. Das ist ein kurzer Weg. Die Haupt-Centralcassa kann ja existieren, aber auch in den Bezirken können Cassen sein. So war es ja auch schon früher in den Vororten. Dort hat wohl der Bürgermeister kein Geld in der Hand gehabt, sondern er hat nur das Recht der Anschaffung bis zu einem gewissen Betrage gehabt, und für alles, was über diesen Betrag gieng, musste er vom Gemeinderathe einen Beschluss einholen; dann hat er die Cassa angewiesen und diese hat es ausgezahlt.

Der Herr College Steiner hat erwähnt, man möge das Recht der Bezirksvorsteher erweitern. Dem stimme ich auch zu, aber in einer Beziehung bin ich dagegen, und zwar insofern, dass die Geldgebarungen nicht dem Bezirksvorsteher, sondern der Hauptcassa in jedem Bezirke eingeräumt werden sollen, wie es früher bei den Vororte-Bürgermeistern selbst war.

Der Bürgermeister hat angewiesen, und die Cassa hat bezahlt. (Rufe links: Verlagsgelder!) Bitte, das waren nur kleine Gelder, von 200 bis 500 fl., Bettelgelder. Aber wenn die Geschäftsleute etwas gemacht haben, so hat der Bürgermeister nur seine Anweisung gegeben, respective bei höheren Beträgen den Gemeinderath befragt.

Nachdem eine Cassa in jedem Bezirke ohnedies ist, nur ein Buchhaltungsbeamter beigegeben werden müsste, welcher die Rechnungen revidiert und die Cassa anweist, so ist das ein einfaches Gebaren. (Schluss-Rufe links.) Ich bitte, Redefreiheit!

Die wöchentlichen Auszahlungen von Straßenkehrern und anderen Arbeitern, die 500 bis 800 fl. ausmachen, könnten so erfolgen, dass der Herr Partieführer oder Straßenübergeher seine Wochenliste schreibt, dieselbe am Samstag früh dem Bezirksvorsteher übergibt, und der Bezirksvorsteher dem Buchhaltungsbeamten überreicht, der sie revidiert.

Der Herr Bezirksvorsteher erhebt das Geld; so würde ich die Sache einführen, wenn ich Bürgermeister wäre. (Heiterkeit.) So ist eine richtige Controle gegeben, und die Geschäfte würden klappen; so ist die Sache am leichtesten durchführbar. Jeder, der eine Rechnung hat, müsste sie aus dieser Cassa bezahlt bekommen. Ein Geschäftsmann kann auch nicht drei Cassen haben, so dass er sagen sollte, von dort nehme ich für das Fleisch, von dort für das Gemüse und von dort für Wein und Bier. Das geht nicht, und ich empfehle dem Herrn Bürgermeister, es so durchzuführen, dass in jedem Bezirke eine Hauptcassa besteht und ein oder zwei Buchhaltungsbeamte angestellt werden.

Es sollen alle Beträge, die ausgezahlt werden, von den Bezirks-Hauptcassen zu beziehen sein und diese sollen von der Central-Hauptcassa dotiert werden. Ich glaube, die Herren werden da mit mir übereinstimmen.

Gem.-Rath Hawranek: Ich hätte nicht gesprochen, wenn nicht der Herr Gem.-Rath Herrdegen gesagt hätte, man soll geschulte Buchhalter aufnehmen. Man kann doch nicht 50jährige Buchhalter abgekrachter Firmen mit großen Nasen (Heiterkeit links) nehmen, damit sie dann von der Commune pensioniert werden.

Das geht nicht. Die jungen Leute müssen doch auch ihre Prüfung ablegen, bevor sie als Praktikanten aufgenommen werden. Auch der alte geschulte Buchhalter muss seine Arbeit dem Rechnungsrathe vorlegen, der revidiert sie. So geht sie durch drei und mehr Hände und es ist also keine Gefahr, dass Leute genommen werden müssen, die die jungen Praktikanten unterrichten. Ich kenne zufällig die Geschäftsgebarung bei der Buchhaltung sehr gut. Ich glaube also, man soll keine alten „Tager" aufnehmen (Heiterkeit), sondern junge Leute, die arbeiten können. Sie werden dann vorrücken und auch tüchtige Beamte werden.

Referent (zum Schlussworte): Meine Herren! Ich kann mit Genugthuung constatieren, dass sämmtliche Redner mit Ausnahme eines einzigen die Anträge des Stadtrathes befürwortet haben. Nur auf ein paar Bemerkungen muss ich jedoch antworten. Die Herren Gem.-Räthe Steiner und Eigner haben eine weitere Decentralisierung der communalen Verwaltung gewünscht, um die Buchhaltung zu entlasten. Das ist kein Weg, um die Buchhaltung zu entlasten. Über die Decentralisierung kann man sprechen. Der Gemeinderath kann sie auch beschließen. Darauf möchte ich den Herrn Gem.-Rath Steiner aufmerksam machen, denn im § 54 heißt es (liest): „Der Gemeinderath bestimmt, welche Gegenstände des selbständigen Wirkungskreises in den einzelnen Bezirken, abgesehen von den schon auf Grund dieses Gemeindestatutes dem Wirkungskreise der Bezirksausschüsse zugewiesenen Angelegenheiten, noch außerdem der Beschlussfassung der Bezirksausschüsse überlassen werden und kann auch fallweise einzelne Gegenstände einem Bezirksausschusse übertragen." Da braucht man keine Änderung des Statutes. Über die Decentralisierung lässt sich also, wie gesagt, sprechen, aber ob eine Post im Bezirke draußen gebucht wird oder hier, bleibt sich gleich. Jede Ausgabe wird gebucht werden müssen, eine Ersparung an buchhalterischen Kräften wird nicht erzielt. Herr Dr. Geßmann hat gemeint, es sei nicht recht, 20 neue Kräfte am Ende anzuhängen, und auch Gem.-Rath Herrdegen hat das erwähnt. Da muss man aber beachten, dass wir in der Buchhaltung Beamte aus Privatgeschäften nicht nehmen können, denn wir haben keine kaufmännische Buchhaltung, sondern eine cameralistische. Dann kann ich den Herrn Collegen Herrdegen, der, wie ich weiß, ein sehr warmfühlendes Herz für die Beamten hat, versichern, dass, wenn ich mit einem solchen Antrage kommen würde, ältere, geschulte Buchhaltungsbeamte anzustellen, die nicht am Ende angehängt, sondern weiter oben im Status eingereiht werden müssten, lebhafte Beschwerden laut werden würden. (Zustimmung.) Alle jüngeren Beamten, die durch die Eingeschobenen präteriert werden, würden sich beschwert erachten und bitten, man solle so etwas nicht thun.

Es ist bei der Buchhaltung die Zeit gekommen, in der, wie ich schon früher bemerkt habe, weitere Correcturen an einzelnen Stellen des Status nothwendig sind, und ich habe erklärt, dass ich noch in diesem Jahre darüber referieren werde. Jetzt, zur Zeit des Bedarfes, bleibt nichts anderes übrig, als junge Leute, die sehr intelligent sind, weil sie die Mittelschulen absolviert und die Maturitätsprüfung gemacht haben und sich infolge dessen sehr schnell abrichten lassen, aufzunehmen und anzuhängen, und wenn nach einer gewissen Zeit sich herausstellt, dass die Avancementsverhältnisse für einzelne Gruppen in diesem Status ungünstige sind, weil einzelne Leute zu lange warten müssen, dann muss man eine andere, den Verhältnissen entsprechende neue Systemisierung vornehmen. Das ergibt sich aus dem Bedürfnisse, die betreffenden Wünsche werden laut und der Gemeinderath ist jederzeit in der Lage, das entsprechende Nothwendige zu veranlassen. Erstaunt war ich, dass Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann den alten, bekannten Einverleibungs-Prachtschimmel noch immer nicht verlassen hat. (Zwischenruf. — Gem.-Rath Dr. Geßmann: Das ist kein Prachtschimmel, das kostet uns Millionen!) Ja gewiss! Kennen Sie aber eine städtische Verwaltung oder eine Landeshauptstadt, die nicht diese Lasten trägt, und haben wir diese Lasten früher nicht gehabt? Wir haben die Geschäfte von ein paar Bezirkshauptmannschaften übernommen und damit den übertragenen Wirkungskreis. Im übrigen haben wir die Agenden im eigenen Wirkungskreise. Aber, meine Herren, glauben Sie nicht, dass wir so gleichgiltig gegenüber den Interessen der Gemeinde waren und dass nicht in der energischesten Weise und immer wieder betont und von dem damaligen Finanzminister verlangt worden ist, dass er uns etwas leistet. Die Angelegenheit musste in Fluss kommen; denn der Staat hat erklärt, dass er ohne Rücksicht auf alles andere, ob jetzt die Einverleibung stattfindet oder nicht, die Verzehrungssteuer in den Vororten reformiert, weil er der Ansicht war, dass die dortigen Verzehrungssteuerverhältnisse so nicht länger bestehen können. Das ist officiell durch den Vertreter der Regierung bei der ersten Conferenz ausgesprochen worden. Diese Angelegenheit wäre in gar keinem Falle verschoben worden, damit bitte ich, zu rechnen.

Es war nur die Frage, soll diese Reform in den Vororten durchgeführt werden, ohne dass man sich um die Sache weiter kümmere, oder soll eine solche Reform durchgeführt werden, wie sie den alten und neuen Bezirken entspricht. Es war kein Zufall, keine Laune von uns, die Sache gerade damals zu machen, sie hat durch die bevorstehende Steuerreform den Impuls erhalten und ebenso durch ein Wort, welches, wie den Herren bekannt ist, von Allerhöchster Stelle ausgesprochen wurde. Aber, meine Herren, das Interesse der Gemeinde wurde vertreten und soweit als möglich gewahrt, und die Feststellung des Verzehrungssteuertarifes hat im Sinne eines Gemeinderaths-Beschlusses stattgefunden, im Sinne des Tarifes, der hier die Genehmigung erhalten hat und genau besprochen worden ist. Meine Herren, die ersten Eingänge von Verzehrungssteuern waren auch allerdings günstig, aber doch ungefähr so, wie man sie angenommen hat. Allerdings hat in den nächsten Jahren eine rapide Steigerung der Erträgnisse der Verzehrungssteuer stattgefunden — ein Beweis, dass die Steuerkraft und der Consum größer geworden sind, als man angenommen hat. Wenn Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann sagt, dass die Steuerkraft der Bevölkerung von Tag zu Tag sinkt .... (Gem.-Rath Dr. Geßmann: In den Vororten gewiss! — Rufe links: Steuerschraube!) .... ich sehe, dass in den Vororten riesig viel gebaut wird, die Häuser werden doch auch bewohnt und bezogen (Lebhafte Unterbrechungen und Zwischenrufe links) .....

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, in dieser Weise lässt sich eine Discussion nicht führen; wenn jemand von Ihnen spricht, wird er ruhig und geduldig angehört; jeder Referent kann verlangen, dass man ihn ausreden lässt; wer etwas zu bemerken hat, möge sich melden, Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann ist schon zu einer Berichtigung vorgemerkt.

Referent (fortfahrend): Grund und Boden sind überall gestiegen, nicht bloß in den Händen von Speculanten, sondern auch in den Händen solcher, welche Grund und Boden seit 50 und noch mehr Jahren besitzen. Es ist ja viel Noth und Elend, aber man muss die Sache nicht noch schlechter machen, als sie ist. (Gem.-

Rath Gregorig: Das ist gut!) Ich möchte daher bitten, das Argument, dass die Vereinigung mit den Vororten und das neue Gemeindestatut nur gemacht worden sind, um die liberale Parteiherrschaft zu retten, fallen zu lassen. Das ist nicht richtig.

Das frühere Statut war genau so. In den ganzen Parteiverhältnissen hat sich nicht das Geringste geändert. (Widerspruch links.) Schauen Sie sich den alten Gemeinderath an, und Sie werden finden, dass kein wesentlicher Unterschied gegen jetzt ist. (Rufe links: Wahlgeometrie!) Das sind nur so geflügelte Worte, die man in die Bevölkerung hineinschleudert. So oft über die Vermehrung des Beamtenpersonales referiert wird, kommen die Einwendungen. (Gem.-Rath Gregorig: Natürlich, immer wieder!) Aber Ihre Gründe passen nicht zu diesem Antrage. (Gem.-Rath Gregorig: Ihnen passen sie nicht!) Es ist selbstverständlich, dass in einem lebenskräftigen, gesunden Gemeinwesen auch die Agenden zunehmen, und es wäre traurig, wenn das Entgegengesetzte der Fall wäre. In jeder aufstrebenden, wachsenden Stadt äußert sich dies, aber ebenso auch in der Zunahme der Steuern und Umlagen. Dass die Agenden sich mehren, ist ja selbstverständlich und wünschenswert und demzufolge muss auch eine entsprechende Vermehrung der Beamten eintreten. Es ist dies eine ganz natürliche Erscheinung; gegen diese soll und kann man sich nicht aufhalten. (Gem.-Rath Gregorig: Wir wehren uns auch nicht dagegen!)

Gem.-Rath Dr. Geßmann (zur Berichtigung): Ich berichtige thatsächlich, dass es nicht richtig ist, wie der Herr Bürgermeister sagte, es sei ein Rückgang in der Steuerkraft nicht zu verzeichnen. Die Herren wissen sehr wohl, dass vor kurzem erst der bekannte Plener'sche Erlass gekommen ist, in welchem die Steueradministrationen aufgefordert werden, nachdem, glaube ich, die Hälfte der gesammten Erwerbsteuern im Rückstande ist, eine strengere Durchführung der Eintreibung eintreten zu lassen. Es ist ebenso nicht richtig, wenn der sehr verehrte Herr Bürgermeister behauptet, es sei nicht ein bedeutender Rückgang der Wohlhabenheit im ganzen Standard of life in den Vororten wahrzunehmen.

Ich constatiere dem gegenüber thatsächlich, dass die Wirte, Fleischhauer und Fleischselcher, überhaupt alle Approvisionierungsgewerbe einen auffälligen Rückgang aufweisen und ich lade den Herrn Bürgermeister ein, er möge um den ganzen Gürtel mit mir herumgehen und sich von den dortigen Geschäftsleuten über den Geschäftsgang Auskunft geben lassen! (Rufe rechts: Ja natürlich, am Gürtel!) Ja, das ist nicht nur am Gürtel, sondern durchwegs in den gesammten Vororten; verkehren Sie doch mit den Leuten; aber Sie trauen sich ja in keine Versammlung mehr zu gehen und der Bevölkerung gegenüberzutreten.

Ich berichtige ferner, dass es nicht richtig ist, wie der sehr verehrte Herr Bürgermeister gesagt hat, dass die Einverleibung zu diesem Zeitpunkte und unter diesen Bedingungen unvermeidlich gewesen wäre; es ist auch nicht richtig, dass die Parteiverhältnisse im Gemeinderathe vor der Einverleibung dieselben waren wie jetzt, das ist absolut unrichtig; nur infolge der neuen künstlichen Wahlkörpereintheilung war es überhaupt für Sie möglich, die Majorität zu bekommen, denn ziffermäßig konnte man bei jeder Ergänzungswahl den Augenblick vorherbestimmen, wo die Majorität für Sie verloren gegangen wäre und nur dadurch erhalten wurde, dass Sie eine sehr weitgehende Verschiebung in den Wählerclassen vornahmen, z. B. den gesammten kleinen bürgerlichen Hausbesitz aus dem II. Wahlkörper hinausgeworfen und gewisse Leute dafür hineingenommen haben. Nur so war es möglich für Sie, die Mehrheit zu behaupten!

Es ist aber, meine Herren, und dies sei vor allem betont, unrichtig, wenn der sehr verehrte Herr Bürgermeister behauptet, es hätte damals keinen anderen Ausweg gegeben, als die Vereinigung der Vororte mit Wien, weil, wenn dieselbe nicht eingetreten wäre, die Verzehrungssteuergrenze trotzdem hinausgerückt worden wäre.

Ich berichtige dem gegenüber thatsächlich, dass Herr Dr. Lueger Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter den Vorschlag gemacht hat, er möge die Verzehrungssteuer hinausrücken, ohne „dieses" Statut durchzuführen, und Se. Excellenz hat erklärt, darauf lasse sich die Regierung unter gar keiner Bedingung ein; es werde die Verzehrungssteuer nur dann hinausgerückt, wenn die Vereinigung der Vororte mit Wien zustande komme.

Das ist die Wahrheit, meine Herren, und daraus ergibt sich am besten der Beweis, dass Sie einfach aus Partei-Egoismus diese Zustände herbeigeführt und sohin auch die volle Verantwortung für die Folgen, die sich von Jahr zu Jahr steigern werden, zu tragen haben. (Beifall links.)

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck (zur Berichtigung): Ich berichtige thatsächlich, dass die Einbeziehung nicht ein Muss war, sondern durch lange Jahre von der Commune angestrebt war, um sich in ihrer Finanzlage zu bessern, und dass diese Einbeziehung nichts als eine rein fiskalische Maßnahme war.

Ich berichtige, dass es in den Vororten bald keine Fünf-Gulden-Männer mehr geben wird, weil dieselben alle bedeutend höher besteuert werden.

Ich berichtige thatsächlich, dass zwar Häuser gebaut werden, aber leider von Bauspeculanten, und dass sie nicht bezogen werden.

Ich berichtige schließlich noch thatsächlich, dass jede mindeste Arbeiterfamilie seit dieser großen Einbeziehung der Vororte in Wien wenigstens um 60 fl. theuerer lebt. Es ist also selbstredend, meine Herren, dass das rein nur eine Einbeziehung war, um die Finanzen der Commune zu bessern (Lebhafte Heiterkeit rechts) und uns ins Unglück zu stürzen.

Referent: Gegenüber der Berichtigung des Herrn Gem.-Rathes Dr. Geßmann halte ich alle meine Behauptungen aufrecht. (Gelächter links.) Das ist mir ganz gleichgiltig, ich lasse mich nicht irre machen.

Gem.-Rath Steiner: Die jüdischen Journalisten glauben Ihnen das, Herr Bürgermeister!

Referent: Wie, bitte?

Gem.-Rath Steiner: Die Journalisten da oben glauben Ihnen das, Herr Bürgermeister!

Referent: Das freut mich außerordentlich!

Gem.-Rath Steiner: Mich nicht, und die Bevölkerung auch nicht!

Referent: Also lassen Sie es bleiben! — Gegenüber dem Herrn Gem.-Rathe Dr. Geßmann möchte ich auf § 6 des Gesetzes vom 10. Mai 1890, betreffend die Reform der Verzehrungssteuer, hinweisen, welcher lautet: „Dieses Gesetz tritt ein Jahr nach jenem Zeitpunkte in Wirksamkeit, mit welchem die Regelung hinsichtlich der Gemeindezuschläge zur Linienverzehrungssteuer in dem kraft § 1 geschlossenen Verzehrungssteuergebiete giltig festgestellt sein wird."

Am 10. Mai 1890 ist dieses Gesetz, betreffend die Reform der Verzehrungssteuer, zustande gekommen und sanctioniert worden.

Zu jener Zeit war es eine vollkommen offene Frage, ob die Einverleibung stattfindet oder nicht (Beifall rechts), es war festgesetzt, dass dieses Gesetz erst dann in Kraft treten soll, wenn die Zuschläge geregelt sein werden. Es hat sich dann um die Regelung der Zuschläge gehandelt und bei dieser Gelegenheit haben die Vertreter der Vororte erklärt: wenn wir bereits mit der gleichen Verzehrungssteuer belastet sind wie die alten Bezirke, dann haben wir natürlich auch nichts mehr gegen die Vereinigung, dann sollen wir eine Stadt sein. Daraus ist erst das neue Statut und die Vereinigung der gewesenen Vororte mit Wien entstanden.

Gem.-Rath Dr. Geßmann (zur Berichtigung): Ich berichtige gegenüber den letzten Ausführungen des sehr verehrten Herrn Bürgermeisters, dass die ganze Welt sehr genau weiß, dass mit den Herren Vororte-Bürgermeistern, sowie mit dem damaligen Präsidium die Geschichte von A bis Z abgemacht war. (Zustimmung links.) Freilich hat man den Gemeinderath nicht gefragt. Und dann, meine Herren, Sie kennen ja die famose Geschichte, welche dann abzuleugnen versucht wurde, von dem Statut, welches bereits in 2000 Exemplaren gedruckt war. (Hört! Hört! links.) Das alles wissen wir recht gut. Wir wissen trotz dieser Anführung der Daten bezüglich der Gesetzesvorlagen, dass in der That die ganze Action auch bezüglich der Hinausschiebung der Verzehrungssteuerlinie erst dann zur That geworden ist, nachdem die ganze Geschichte auf dem Wege ganz merkwürdiger Vorgänge mit der Gemeinde Wien und den Vororte-Bürgermeistern abgemacht war (Beifall links), hinter dem Rücken der Bevölkerung, ja, hinter dem Rücken des Gemeinderathes. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche jene Herren, welche die Referenten-Anträge annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Dieselben sind angenommen.

Beschluss: Die Aufnahme von 20 Praktikanten mit dem systemisierten Adjutum von jährlich 500 fl. für die Stadtbuchhaltung wird genehmigt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 8 Uhr 35 Minuten.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **6. November 1894.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm, Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Entschuldigt: St.-R. R. v. Götz.

Experte: Oberingenieur Borkowitz.

Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

St.-R. v. Götz entschuldigt sein Ausbleiben. (Zur Kenntnis.)

Der Vorsitzende verliest den Geschäftsausweis des Wiener Stadtrathes pro October 1894, wonach:

Einlauf im Monate October	967	Acten
von diesen Acten erledigte der Stadtrath	510	„
wurden dem Magistrate zugewiesen	120	„
befanden sich noch am Schlusse des Monates in Berathung	337	„
Weiters erledigte der Stadtrath aus den Vormonaten	198	Acten
hiezu obige	510	„
daher insgesammt im Monate October	708	Acten
Gesammteinlauf vom 1. Jänner bis 31. October 1894	8810	Acten

Recapitulation aus dem Monate September 1894:

Einlauf im Monate September	776	Acten
von diesen Acten erledigte der Stadtrath	403	„
wurden dem Magistrate zugewiesen	78	„
befanden sich noch in Berathung	295	„
Außerdem erledigte der Stadtrath aus den Vormonaten	192	Acten
hiezu obige	403	„
daher insgesammt im Monate September	595	Acten

In Berathung befinden sich noch aus dem Monate:

Jänner	18	Acten
Februar	16	„
März	26	„
April	21	„
Mai	30	„
Juni	31	„
Juli	40	„
August	39	„
September	35	„

Gesammtrückstand 593 Acten.

Ferner wird vom Vorsitzenden der Ausweis über die Commissionen 2c., bei welchen Mitglieder des Stadtrathes interveniert haben, bekanntgegeben. (Zur Kenntnis.)

(8768.) **St.-R. Kreindl** referiert über die Anschaffung von Schotter zur Neuherstellung der Macadamisierung von Straßenflächen im III. Bezirke und beantragt, die Anschaffung von 400 m³ Gebirgsschlägelschotter und 200 m³ Gebirgsrieselschotter zur Neuherstellung der Macadamisierung einzelner Straßenflächen im III. Bezirke mit dem bedeckten Kostenbetrage von 2400 fl. zu genehmigen und die Lieferung dieser Schotterquantitäten zum Preise von 4 fl. per Cubikmeter zum Gesammtpreise von 2400 fl. dem Karl Meißgeier und Josef Hödl in Atzgersdorf zu übertragen. (Angenommen.)

(8694.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Georg Fischer um käufliche Überlassung von altem Eisenblech aus der Schule VII., Neustiftgasse 100, und beantragt die käufliche Überlassung des in obiger Schule erliegenden alten verzinkten Eisenbleches per circa 70 kg an den Genannten um den Pauschalbetrag von 4 fl., wobei jedoch die Abfuhr des Materiales auf Kosten des Offerenten zu erfolgen hat; desgleichen hat derselbe den Vertragsstempel zu bestreiten.

(Angenommen.)

(8625.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem XIX. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung an:

Liebezeit Josef, Schneider;

Eipeldauer Josef, Brunnenmacher und Kohlen-Verschleißer;

Kastner Anton, Tischler. (Angenommen.)

(8409.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wollstein Leopold, Börsegeschäfts-Inhabers aus dem XIX. Bezirke, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(8376.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Schag Jakob, Pfaidlers, und Götz Johann, Stallmeisters, aus dem XVI. Bezirke, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(8179.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit aus dem XVIII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung an:

Moser Georg, Hausdiener;

Reichl Karl, Selchwaren-Verschleißer

Krbetz Josef, Glasbläser;

Kainrath Anna, Dienstmagd;

Böklinger Josef, Hausbesorger;

Capek Josef, Schlosser;

Irlwek Franz, Tischlergehilfe. (Angenommen.)

(8182.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Gemeindeverband aus dem XVII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Schriefl Michael, Einspänner-Eigenthümer;

Szith Katharina, Bedienerin;

Schafranek Adolf, Hilfsbeamter;

Sumreich Johann, Kleiderhändler;

Goldberger Ignaz, Pfeifenbeschläger. (Angenommen.)

(8707.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Gemeindeumlage per 4 fl. 20 kr. pro 1891 nach Lotti Kanitzer und beantragt die Nachsicht dieser Gemeindeumlage.

(Angenommen.)

(8381.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Hundesteuerbeträgen nach 22 Parteien aus dem IX. Bezirke per 125 fl. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(8739, 8740, 8488, 8623, 8741.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Hundesteuerbeträgen, respective -Strafen von Parteien aus dem V., XI. und XIV. Bezirke per 216 fl. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(8572.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Einbringlichmachung eines Schadenersatzanspruches für zertrümmerte Fenster am Schulhause XIV., Kröllgasse 20, und beantragt die Kenntnisnahme.

Weiters sei von der Einbringlichmachung des Ersatzanspruches per 45 fl. im Civilrechtswege mit Rücksicht auf das vorliegende Armutszeugnis abzusehen.

Es wird beschlossen, den Stadtanwalt zu beauftragen, die Klage zu überreichen, vorher jedoch einen Vergleichsversuch zu machen und hierüber zu berichten.

(8648.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Magistrats-Concipisten Wilhelm Ritt. v. Damaschka um Urlaubsverlängerung und beantragt, dem Bittsteller noch zum letztenmale den Urlaub zu verlängern und demselben vom 1. October d. J. einen neuerlichen Urlaub in der Dauer von drei Monaten zu bewilligen.

Nach Ablauf des Urlaubes ist, falls die Berufsfähigkeit des Bittstellers nicht eingetreten sein sollte, das Verfahren nach § 107, eventuell §§ 120, 121 und 122 der Dienstpragmatik einzuleiten.

(Angenommen.)

(8803.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Leopold Tremmel, thierärztlichen Praktikanten, um Belassung des halben Adjutums während der Militärdienstleistung und beantragt, demselben für die Dauer der Militärdienstleistung die Hälfte des Adjutums per 500 fl. zu belassen. (Angenommen.)

(8760.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des städtischen Arztes Dr. Heinrich Adler um Urlaubsverlängerung und beantragt, den erbetenen zweimonatlichen Erholungsurlaub in der Dauer vom 1. November bis 31. December 1894 zu ertheilen, beziehungsweise die Fortdauer der bisherigen Supplierung des Gesuchstellers im Sanitätsdienste durch den praktischen Arzt Dr. Hans Koritschan gegen Bezug des gewöhnlichen Honorars von monatlich 50 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

(8869.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Steiner um Zusicherung einer Provision für die von ihm bekanntgegebenen Depots im landesgerichtlichen Depositenamte zur Geltendmachung von Ersatzansprüchen seitens der Gemeinde und beantragt, demselben hiefür die vom Magistrate beantragten Provisionen zu bewilligen.

(Angenommen.)

(8680.) **St.-R. Matthies** referiert über die Eingabe des Vorstehers des III. und XI. Bezirkes um Parcellierung der dem Wiener Bürgerspitalsfonde gehörigen Lagerplätze im III. und XI. Bezirke, rechts außerhalb der St. Marxerlinie und beantragt, die Parcellierung der dem Wiener Bürgerspitalsfonde gehörigen Lagerplätze im III. und XI. Bezirke, rechts außerhalb der St. Marxerlinie, wird im Principe genehmigt und wird das Stadtbauamt beauftragt, sofort nach definitiver Genehmigung der diese Pachtgründe durchschneidenden Gürtelstraße das Project für die Parcellierung vorzulegen; rücksichtlich der im III. Bezirke gelegenen Gründe ist die Parcellierung sofort durchzuführen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die ganze Parcellierung durchzuführen.

Es wird beschlossen, den Magistrat zu beauftragen, die Vorarbeiten für die Parcellierung vorzunehmen und als Grundlage die Linien anzunehmen, welche der Stadtrath mit dem Referate Zahl 1359, Beilage Nr. 124, in Vorschlag gebracht hat.

(8831.) **Derselbe** referiert über die Überschreitung des Arbeitstermines für den Canalumbau in der Apostelgasse im III. Bezirke und beantragt, den mit 18 Arbeitstagen bestimmten Arbeitstermin für obigen Canalumbau um sechs Arbeitstage zu verlängern.

(Angenommen.)

(8653, 8706, 8794.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Gemeindeverband aus dem III. Bezirke und beantragt die Zusicherung der Aufnahme in den Gemeindeverband an:

Deutsch Josef, Diurnist;

Kollek Gustav, Hausbesorger;

Stamer Elisabeth, Wirtschafterin;

Jung Eleonore, Private;

Geidner Albert, Schlossergehilfe;

die Verleihung der Zuständigkeit an:

Skudrna Wenzel, Fleischselchergehilfe;

Kantner Edmund, Privatbeamter;

Redl Franz, Gemischtwaren-Verschleißer;

Kregsamer Franz, Flaschenbier-Händler;

Horak Adolf, fürstlich Schwarzenberg'scher Silberputzer;
Krizan Theresia, Bedienerin;
Welischek Johann, Goldarbeiter;
Maresch Marie, Bedienerin;
Vaclawek Franz, Diener;
Lunacek Johann, Schlossergehilfe;
Richter Karl, Sicherheitswachmann;
Fleischer Franz, Gastwirt;
Pömerl Matthias, Gemischtwaren-Verschleißer;
Molik Josef, Tischlergehilfe;
Balzarek Karl, Gastwirt;
Zeyda Marie, Bedienerin;
Obenaus Franz, Gastwirt;
Prasky Adalbert, Schuhmacher;
Weinwurm Josef, Taglöhner;
Standl Agnes, Wäscherin. (Angenommen.)

(8672.) **St.-R. Müller** referiert über das Ansuchen der Leopoldine Freiin v. Bertrand um Grundentschädigung XVII., Hernalser Hauptstraße 15, und beantragt, die Schadloshaltung für den vom Hause Nr. 15 Hernalser Hauptstraße Conscr.-Nr. 6, Grundb.-Einl.-Z. 27, abzutretenden Grund per 116·83 m² mit 20 fl. per Quadratmeter, das ist mit 2336 fl. 60 kr., zu bestimmen. (Angenommen.)

(8671.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Heinrich und der Karoline Sattler um Erhöhung des Schadloshaltungsbetrages für die Grundabtretung XVII., Hernalser Hauptstraße 9, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(8681.) **Derselbe** referiert über die Zurückziehung des Offertes Berthold Mannheimer in Betreff Ankauf der Baustelle 84 der Schlosspark-Realität in Baumgarten und beantragt die Kenntnisnahme und Ausfolgung des Vadiums per 80 fl. aus Billigkeitsrücksichten. (Angenommen.)

(8587.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma Dehm & Olbricht um Bewilligung zur Umparcellierung der sechs Baustellen Grundb.-Einl. Nr. 1847 bis 1849 und 2261 bis 2263 im Prater, II. Bezirk, und beantragt die Genehmigung der Umparcellierung. (Angenommen.)

(8280.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Emanuel und Eduard Schweinburg um Grundentschädigung für den über die Hälfte der Strohgasse abzutretenden Grund Einl.-Z. 1698 im III. Bezirke, Ungargasse 54, Grundb.-Einl.-Z. 1698, per 430·91 m², und beantragt, die Schadloshaltung des in das freie Eigenthum der Gemeinde Wien abzutretenden Grundes mit 16 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(8673.) **Derselbe** referiert über den Antrag des St.-R. v. Götz wegen Ausdehnung der Wasserleitungs-Rohrlegungsarbeiten für das I. Baulos auch auf Hütteldorf und beantragt, den bezüglichen Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(8695.) **Derselbe** referiert über die Sicherstellung der Zimmermannsarbeiten zur Erhaltung der städtischen Brücken vom 1. Jänner 1895 auf drei Jahre und beantragt, es seien die Zimmermannsarbeiten und Lieferungen zur Erhaltung der städtischen Donau-, Donaucanal- und Wienflussbrücken vom 1. Jänner 1895 an auf die Dauer von drei Jahren auf Grundlage der vorliegenden Bedingnisse und des städtischen Preistarifes Nr. 5 für Zimmermannsarbeiten im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung sicherzustellen. (Angenommen.)

(5990.) **Derselbe** referiert über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Eigenthümern des Hauses XII., Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 57, und Lainzerstraße 48, behufs Durchführung der Stiegergasse, und beantragt die Ablehnung der Offerte wegen zu hoher Forderungen. (Angenommen.)

(8767.) **Derselbe** referiert über die Durchführung der Breitenfeldergasse von der Bennogasse bis zum Hernalser Gürtel im VIII. Bezirke und beantragt:

1. die Durchführung der Breitenfelderga e von der Bennogasse bis zum Hernalser Gürtel im VIII. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 2000 fl. zu genehmigen, und

2. zur Bedeckung des Erfordernisses einen Zuschusscredit in der gleichen Höhe zur Rubrik XXII 1 a beim Gemeinderathe zu erwirken.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8708.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Sebastian Grünbeck wegen Entfernung der Dornbacher Spodiumfabrik und beantragt die Einsetzung eines Comités aus drei Mitgliedern des Stadtrathes zur Verhandlung mit dem Eigenthümer.

Vice-Bürgermeister Matzenauer beantragt, dass auch Verhandlungen mit dem Adjacenten behufs Beitragsleistung gepflogen werden.

Referenten-Antrag und der Antrag des Vice-Bürgermeisters Matzenauer angenommen.

(8287.) **Derselbe** referiert über den Alternativ-Antrag des Julius Pastrée wegen Parcellierung der Realität Einl.-Z. 1367 in Simmering und beantragt die Genehmigung des sub M.-Z. 162790 eingebrachten Alternativ-Antrages, d. h. auf Abänderung, respective Beschränkung der Parcellierungsbewilligung ddto. 15. August 1894, M.-Z. 162218 ex 1893, auf die Baustellen 1 bis 4 im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(8575.) **Derselbe** referiert über das Project für die Erbauung eines Reservoirs nebst Aufsichtsgebäude zur Wasserversorgung der hochgelegenen Theile des XVIII. und XIX. Bezirkes auf dem kleinen Schafberge in Dornbach, XVII. Bezirk, und beantragt:

1. das Project nach den vorliegenden Plänen mit dem Kostenbetrage von 427.500 fl. für den Bau des Reservoirs und Wächterhauses und mit dem Erfordernisse von 2175 fl. für die gusseisernen Façonröhren, zusammen von 429.675 fl. zu genehmigen;

2. die sämmtlichen Arbeiten und Lieferungen (mit Ausnahme der Beistellung der sonst noch erforderlichen im städtischen Vorrathe befindlichen und diesem Vorrathe zu entnehmenden Gusseisenröhren und Maschinenbestandtheile) sind auf Grund der vorliegenden Bedingnisse und Vorschriften im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung durch Bestellung eines Generalunternehmers sicherzustellen und ist das Ergebnis dieser Offertverhandlung dem Stadtrathe zur Genehmigung vorzulegen;

3. die auflaufenden Kosten sind bei Gruppe VI, Rubr. XXII 6 f, „Reservoirbauten", zu verrechnen und ist die nach dem Bauprogramme pro 1895 entfallende Quote von 200.000 fl. im Präliminare pro 1895 einzustellen.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, die Steinmetzarbeiten separat zu vergeben.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die Frage wegen Errichtung offener Reservoirs zu studieren, und die Ausschreibung der Offertverhandlung für Generalunternehmer und Specialofferenten.

Der Referenten-Antrag wird mit der Modification angenommen, dass die Offertverhandlung für einen Generalunternehmer und ein Theiloffert für die Steinlieferung zur Herstellung der Pfeiler, und zwar auf Gmündner Granit oder ein demselben gleichwertiges Steinmaterial auszuschreiben ist.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

4

(8733.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Ansuchen des Josef Rieck um Bewilligung zur Wasserentnahme aus dem Schöpfwerke in Altmannsdorf behufs Eisgewinnung und beantragt, das vorliegende Offert abzulehnen. (Angenommen.)

(8852.) **Derselbe** referiert über den von ihm gestellten Antrag wegen Umpflasterung der Wilhelmstraße im XII. Bezirke und beantragt:

1. die durch die Beistellung neuer Würfel zur Umpflasterung der Wilhelmstraße von Or.-Nr. 7 bis Or.-Nr. 29 im XII. Bezirke gegenüber dem Stadtraths-Beschlusse vom 21. August 1894, Z. 6696, genehmigten Kostenerfordernisse von 6291 fl. 99 kr. erwachsenden Mehrkosten von 7057 fl. 34 kr. zu genehmigen, und

2. zur Bedeckung dieses Mehrerfordernisses einen Zuschusscredit in der gleichen Höhe zur Rubrik XXII 1 c beim Gemeinderathe zu erwirken. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8687.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Gewährung einer Unterstützung an die Stollenarbeiters-Witwe Marie Kimbink und beantragt, derselben eine Unterstützung aus den Baugeldern im Betrage von 45 fl. zu gewähren.

St.-R. Dr. Lueger beantragt 50 fl.

Der Referent accommodiert sich.

Der modificierte Referenten-Antrag angenommen.

(8505.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Moriz Spitzer um Grundentschädigung VI., Gumpendorferstraße 16, und Bienengasse 2, und beantragt, den bereits gefassten Stadtraths-Beschluss vom 17. Mai 1894, Z. 3646, aufrechtzuerhalten und daher die Vorstellung bezüglich einer Erhöhung der Grundentschädigung abzulehnen. (Angenommen.)

(8321.) **Derselbe** referiert über den neuerlichen Bericht bezüglich des Ankaufes der Parcellen Nr. 205, 206, 213, 214 und 219 in Köttlach behufs Arrondierung der Pottschacher Werksanlage und beantragt behufs Durchführung dieser Grundkäufe die Bewilligung des Maximalbetrages von 6300 fl. (Angenommen.)

(8370.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wilhelm Beez um Wasserabgabe für die Bedürfnisanstalt in Penzing nächst der Brücke und beantragt die Bewilligung des angesuchten Revirements bezüglich des Wasserbezuges. (Angenommen.)

(8555.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Verleihung der Zuständigkeit aus dem VI. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Lippold Johann, Geschäftsleiter;
Aspelsberger Johann, Kutscher;
Schönberg Franz, Gürtlergehilfe;
Ehrlich Moses, Privatbeamter;
Bauer Johann, Hutmachergehilfe;
Pallan Alois, Kellner;
Ertelthaler Josef, Privatbeamter;
Charvat Wenzel Karl, Taschnergehilfe;
Bednar Franz, Hausbesorger;
Wipler Johann, Schuhmacher;
Taul Ferdinand, Tischlergehilfe;
Groß Alois, Gemischtwaren-Verschleißer;
Kotek Josef, Schuhmacher;
Reiner Jakob, Drechsler;
Prokesch Johann, Rauchfangkehrergehilfe;
Dreyer Gustav, Buchhalter;
Dlouhy Peter, Drechsler;
Huber Eusebius, Schuhmacher;
Raab August Ad., Tischlergehilfe;
Hochmann Philipp, Pfaidler;
Hochberger Wenzel, Goldarbeitergehilfe;
Waschler Franz, Hausdiener;
Voith Josef, Schneider;
Swoboda Josef, Schlosser;
Stiegler Rudolf, Comptoirist;
Stiegler Hugo, Bauzeichner. (Angenommen.)

(8726.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über die Eingabe des Lagerhausdirectors, betreffend den Beitritt des Lagerhauses zum Giroverkehre der Österreichisch-ungarischen Bank, und beantragt zu genehmigen:

1. dass das Lagerhaus der Stadt Wien dem Giroverkehre der Österreichisch-ungarischen Bank beitrete und zu diesem Behufe einen Mindestbetrag von 1000 fl. ständig unverwendet bei der Bank zu halten, und

2. die Lagerhausverwaltung zur Durchführung der zu dem gedachten Zwecke erforderlichen Schritte zu ermächtigen. (Angenommen.)

(8628.) **Derselbe** referiert über den Bericht des Scriptors an der Stadtbibliothek Dr. Wilhelm Englmann über seine Theilnahme als Delegierter der Gemeinde Wien an dem kunsthistorischen Congresse zu Köln und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8509.) **Derselbe** referiert über die Josef Schwarzinger'sche Stiftung zur Betheilung eines armen Knaben aus der Schule in der Schwarzingergasse im II. Bezirke mit Winterkleidern und beantragt die Übernahme dieser Stiftung in die Verwaltung der Gemeinde Wien und Genehmigung des vorliegenden Stiftbrief-Entwurfes. (Angenommen.)

(8514.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Comités zur Errichtung eines Gutenberg-Denkmales um einen Beitrag und beantragt, hiezu einen Beitrag von 1000 fl. zu bewilligen, welcher jedoch erst nach dem 1. Jänner 1895 flüssig zu machen ist. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8216.) **Derselbe** referiert über die Geltendmachung einer Pfründen-Rückersatzforderung des Bürgerspitalfondes per 36 fl. 90 kr. gegen Franz und Leopoldine Pischinger und beantragt, diese Forderung durch den Stadtanwalt im Klagewege geltend zu machen. (Angenommen.)

(7677.) **Derselbe** referiert über den Roh-Rechnungsabschluss des städtischen Lagerhauses für die erste Hälfte des Jahres 1894 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8907.) **Derselbe** referiert über die Einsetzung einer Gartenüberwachungs-Commission und beantragt, es ist eine Commission zur Prüfung der Geschäftsführung in Garten-Angelegenheiten, bestehend aus fünf Mitgliedern, nach § 47 des Gemeindestatutes zu wählen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8788.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Flüssigmachung der communalen Ergänzungszulagen und Rückvergütung der Diensttaxen für die Professoren an der verstaatlichten Wiedener Communal-Oberrealschule und beantragt, den Professoren an obiger Anstalt Anton Keller, Franz Daurer, Karl Hoch, Johann Steyrer, Friedrich Haßlwander, Franz Schromm, Karl Beiling und Ignaz Pölzl die im vorliegenden Ausweise A der städtischen Buchhaltung im einzelnen berechneten Ergänzungszulagen vom 1. September 1894 an flüssig zu machen und die städtische Hauptcassa anzuweisen, die pro 1894 an berechneten Zulagen im Gesammtbetrage von 245 fl. 22 kr. ab 1. September 1894 in vier gleichen anticipativen Monatsraten unter sofortiger Erfolglassung der bereits fälligen Raten für die Monate September, October und November 1894 auszubezahlen, vom

1. Jänner 1895 an oder bis zu einer allfälligen Änderung die mit dem dermaligen Jahresbetrage von 1980 fl. ermittelte Ergänzungszulage den Bezugsberechtigten nach Maßgabe des im Ausweise A für jeden einzelnen ermittelten Betrages in 12 monatlichen Anticipativraten flüssig zu machen.

Es seien die dem Director Richard Trampler und den vorgenannten Professoren beim Rechnungs-Departement der k. k. n.-ö. Statthalterei zur Zahlung vorgeschriebenen Diensttaxen im Gesammtbetrage von 4766 fl. 68 kr. denselben rückzuvergüten und sei die städtische Hauptcassa anzuweisen, die erste Monatsrate im Gesammtbetrage von 397 fl. 19 kr., sowie die zweite und dritte Monatsrate im Gesammtbetrage von je 397 fl. 19 kr. sofort, die weiteren Raten per zusammen je 397 fl. 19 kr. jedoch vom 1. December 1894 angefangen durch acht Monate anticipando den Bezugsberechtigten zu erfolgen.

Zur Bedeckung der hiedurch sich ergebenden Auslage pro 1894 per 1589 fl. 16 kr. zur Rubrik XLII 12 sei ein Zuschusscredit in dieser Höhe zu bewilligen. (Angenommen.)

(8690.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Professoren an dem Leopoldstädter Communal-Realgymnasium und Obergymnasium um Flüssigmachung von Quinquennalzulagen und beantragt die Zuerkennung und Flüssigmachung der fünften, beziehungsweise vierten, dritten und ersten Quinquennalzulage an die Professoren Dr. Kürschner v. Renner, E. Friedl, Prix und Dr. Washietl im Sinne der Äußerung des Magistrates.

(Angenommen.)

(8609.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wilhelm Kuttig, Religionslehrer an der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule um Genehmigung der supplitorischen Ertheilung des katholischen Religionsunterrichtes am k. k. Staatsgymnasium im VI. Bezirke und beantragt, diesem Ansuchen gegen dem gewährende Folge zu geben, dass keine Collision bezüglich der Lehrverpflichtung an der Gumpendorfer Oberrealschule eintritt. (Angenommen.)

(8753, 8816.) **Derselbe** referiert über die Note des Bezirksschulrathes Z. 6653 in Betreff des Landesschulraths-Erlasses vom 29. September 1894, Z. 9368, bezüglich der Parallelclassen-Eröffnung und Classentrennung an Schulen des XVII. Bezirkes und wegen Systemisierung des Lehrstatus und beantragt, gegen die Art der Systemisierung der Lehrstellen an der Mädchenschule XVII., Schulgasse, den Recurs zu ergreifen. (Angenommen.)

(8846.) **Derselbe** referiert über die Eröffnung der vierten Parallelclasse zur I. Classe an der Mädchen-Bürgerschule XIV., Braunhirschengasse, und beantragt, die Zustimmung zur Eröffnung dieser Parallelclasse zu ertheilen. (Angenommen.)

(8576.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Männer-Turnvereines in Hernals um Benützung des Turnsaales in der Volksschule im XVII. Bezirke, Dornbach, Gemeindegasse 6, und beantragt die Ertheilung der Bewilligung zur unentgeltlichen Benützung des Turnsaales im obgenannten städtischen Schulgebäude an zwei Tagen der Woche von 7 bis 9 Uhr abends an den genannten Turnverein gegen Bezahlung der Beheizungs- und Beleuchtungskosten.

(Angenommen.)

(8571.) **Derselbe** referiert über die Anweisung der Witwenpension für die Bürgerschuldirectors-Witwe Franciska Czatschkowitsch und beantragt, derselben, da ihr Gatte Andreas am 17. September 1894 gestorben ist, vom 1. October d. J. angefangen die normalmäßige Witwenpension jährlicher 666 fl. 66 kr. auf die Dauer der Witwenschaft aus der Wiener Lehrerpensionscassa gegen seinerzeitige entsprechende Abrechnung mit der n.-ö. Landes-Lehrerpensionscassa an die Quartiergeldsquote für das Quartal vom 1. November 1894 bis Ende Jänner 1895 per 125 fl. mit dem Fälligkeitstermine 1. November 1894 aus den eigenen Geldern zuzuerkennen. (Angenommen.)

(8579.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Bürgerschullehrerswitwe Marie Hiendler, wiederverehelichte Oswald, um Vorbehalt der Witwenpension für den Fall eines abermaligen Witwenstandes und um Concretalpension für ihre zwei Söhne aus erster Ehe und beantragt, derselben nach Einstellung ihrer Witwenpension und die Erziehungsbeiträge für ihre beiden Söhne Leopold und Heinrich per je 80 fl. jährlich unter Anerkennung des Wiederauflebens der Pension, respective der Erziehungsbeiträge für den Fall eines abermaligen Witwenstandes eine Concretalpension jährlicher 216 fl. 66 kr. für die vorbezeichneten zwei Kinder vom 1. September 1894 an bis zum vollendeten zwanzigsten Lebensjahre derselben oder bis zum Tage einer etwa früher erlangten Versorgung zuzuerkennen.

(Angenommen.)

(8823, 8608, 8595, 8607.) **Derselbe** referiert über die Parallelclasseneröffnung, respective Auflassung an der allgemeinen Volksschule für Knaben I. Bezirk, Werderthorgasse 6, und an der allgemeinen Volksschule für Mädchen I. Bezirk, Werderthorgasse 6; über die Parallelclasseneröffnung an der Knaben-Bürgerschule XVIII. Bezirk, Währing, Cottagegasse 17, und der Mädchen-Bürgerschule Währing, Josefigasse 21, über die Eröffnung, respective Auflassung von Parallelclassen an Schulen des XII., XIII. und XIV. Bezirkes, beziehungsweise Trennung von Classen an Schulen des XIII. Bezirkes nach Geschlechtern; über die Parallelclasseneröffnung an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen, II. Bezirk, Pöchlarngasse, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8765.) **St.-R. Stiaßny** referiert über das Project für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters vor dem Gebäude der k. k. Normalaichungs-Commission in der Trunnerstraße im II. Bezirke, und beantragt:

1. das vorliegende Project für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters vor dem Gebäude der k. k. Normalaichungs-Commission in der Trunnerstraße im II. Bezirke mit dem die Gemeinde treffenden Kostenerfordernisse von 4172 fl. 29 kr. unter der Bedingung zu genehmigen, dass das k. k. Ärar als Eigenthümer des Gebäudes das Trottoir vor demselben in der Länge des herzustellenden Holzstöckelpflasters auf eigene Kosten mit 0·316 m hohen und 0·237 m breiten Granitsteinen auf einer Untermauerung von drei Ziegelscharen versieht;

2. die Auszahlung eines Zehrungsbeitrages von 1 fl. pro Tag an den Bauinspicienten im Sinne des provisorischen Normales zu bewilligen;

3. Einsetzung eines Betrages von 4200 fl. in das Präliminare pro 1895. (Angenommen.)

(8651.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Eigenthümer der Realität II. Bezirk, Taborstraße 82, um käufliche Überlassung des zur Arrondierung dieser Realität erforderlichen Grundes und beantragt die Einsetzung eines Verhandlungscomités. (Angenommen.)

(7912.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Schmalzbauer um Baubewilligung auf der Bürgerspitalfondsparcelle 284 in Unter-Meidling, Rudolfsgasse 42, und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung gegen Widerruf. (Angenommen.)

(7916.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Samuel Glaser um Consens zum Baue einer Schupfe auf der Bürgerspitalfondsparcelle 285/1 in der Steinbauergasse im XII. Bezirke und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung gegen Widerruf.

(Angenommen.)

(8905.) **St.-R. Wurm** referiert in Betreff der Ertheilung des Bauconsenses für den Schulhausbau in der Knöllgasse im X. Bezirke und beantragt:

1. Die Gemeinde Wien findet sich nicht bestimmt, von der Erbauung eines Schulhauses auf den bereits zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 17. November 1893 angekauften Gründen in der Knöllgasse nächst dem Wienerberger Wasserleitungsreservoir aus Anlass der bei der Baucommission am 3. November 1894 seitens der Vertreter des Wiener k. k. Krankenanstaltenfondes und der Direction des k. k. Kaiser Franz Josef-Spitales vorgebrachten Bedenken abzugehen, und es wird daher die mit Gemeinderaths-Beschluss vom 19. October 1894, Z. 8309, ertheilte Baubewilligung aufrecht erhalten.

2. Das magistratische Bezirksamt für den X. Bezirk wird angewiesen, bei der Ausfertigung des Bauconsenses sowohl der k. k. n.-ö. Statthalterei noe. des Wiener k. k. Krankenanstaltenfondes und als Oberleitung und Oberverwaltung der Wiener k. k. Krankenanstalten als auch der Direction des k. k. Franz Josef-Spitales bekanntzugeben, dass die Stadtgemeinde Wien sich im Falle der Erweiterung, beziehungsweise Verlegung des Baracken-Infectionsspitales vorbehalten muss, ihre Einwendungen mit Rücksicht auf den Bestand des Wienerberger Wasserleitungsreservoirs, sowie mit Rücksicht auf den allgemeinen Verkehr an der sehr frequenten Triester Reichsstraße auf Grund der bestehenden Gesetze rechtzeitig zu erheben und dass sie sich daher erlaubt, die hohe k. k. n.-ö. Statthalterei schon derzeit zu ersuchen, bei Verfassung des diesbezüglichen Detailprojectes auf die benachbarte Lage des Wienerberger Hochquellen-Wasserleitungsreservoirs, welches für die öffentlichen sanitären Verhältnisse Wiens von hoher Wichtigkeit ist, entsprechend Rücksicht nehmen zu wollen, beziehungsweise alles zu vermeiden, wodurch für die Bevölkerung Wiens eine wirkliche Gefahr oder eine Beunruhigung der Bevölkerung in Bezug auf eine auch nur mögliche Gefahr hervorgerufen werden könnte. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

10. November 1894.

In der abgelaufenen Woche waren bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen 1422 Arbeiter verwendet; hievon waren 626 an der Gürtel- und Vororteline der Stadtbahn, 460 am Baue des Schleusencanales nächst Nussdorf, 336 beim Baue der Sammelcanäle beiderseits des Wienflusses beschäftigt; außerdem standen in Verwendung: beim Bahnbaue 31 Fuhrwerke und eine Dampfmaschine, beim Schleusencanale vier Dampfmaschinen, beim Canalbaue 44 Fuhrwerke.

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Rudolfsheim.

October 1894.

Eingelegt 540.769 fl. 58 kr. von 2326 Parteien (auf Sparcassa-Bücheln).

Rückgezahlt 621.542 fl. 79 kr. an 1972 Parteien.

Stand vom 31. October 1894:

Gesammteinlagen auf 20.747 Conti	11,338.995 fl. 54 kr.
Hypothekar-Darlehen	8,646.042 „ 80 „

Personal-Angelegenheiten.

(Ernennungen.) Zufolge Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 12. October d. J., Z. 79763, wurde Baurath Josef Schiebek zum Mitgliede der Commission für die Prüfung der Praktikanten des Wiener Stadtbauamtes für den Staatsbaudienst, und Baurath Adolf Wilhelm zu dessen Stellvertreter ernannt.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 4. November bis 10. November 1894.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	283.418 kg	(Davon aus Nieder-Österreich — 205.460; aus Ober-Österreich — 2140; aus Tirol — 10; aus Mähren — 6447; aus Galizien — 63.736; aus Ungarn — 4690; aus der Bukowina — 534; aus Croatien — 151; aus Australien — 250 kg)
Kalbfleisch	8.500 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 3672; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren 81; aus Galizien — 4645; aus Ungarn — 15; aus der Bukowina — 87 kg)
Schaffleisch	25.880 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 1366; aus Mähren — 22; aus Galizien — 16.216; aus Ungarn 145; aus der Bukowina — 8131 kg)
Schweinfleisch	77.957 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 43.570; aus Ober-Österreich — 86; aus Böhmen — 727; aus Croatien — 183; aus Mähren 1537; aus Galizien 25.088; aus Ungarn — 6558; aus Steiermark — 208 kg)
Kälber	1.257 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 151; aus Ober-Österreich 15; aus Mähren — 46; aus Galizien — 1017; aus Ungarn — 7; aus der Bukowina — 4; aus Tirol — 6; aus Croatien — 11 St.)
Schafe	510 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 405; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren 4; aus Galizien — 29; aus der Bukowina — 72 St.)
Schweine	1.390 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 187; aus Mähren — 15; aus Galizien — 1177; aus Ungarn — 11; aus der Bukowina — — St.)
Lämmer	7 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 6; aus Galizien — 1 St.)

Die Zufuhren für den Approvisionierungsverein sind bereits in den obigen Summen enthalten.

2. Preisbewegung:

		von	bis	
Rindfleisch	Siedfleisch	20	74	kr. per Kg.
Rindfleisch	Rostbraten u. Rieden	50	90	„ „ „
„	Australisches: vorderes		40	„ „ „
„	„ hinteres		50	„ „ „
Kalbfleisch		40	80	„ „ „
Schaffleisch		26	48	„ „ „
Schweinfleisch		40	68	„ „ „
Kälber		44	70	„ „ „
Schafe		25	42	„ „ „
Schweine		52	58	„ „ „

Infolge bedeutend stärkerer Zufuhren als in der Vorwoche konnten sich trotz lebhafter Nachfrage die anfangs der Woche erzielten besseren Preise nicht behaupten und mussten am Wochenschlusse für vorderes Rindfleisch, Kalbfleisch, Schaffleisch, Schweinfleisch, Kälber und Schweine Preisnachlässe von 2 bis 6 kr. per Kilogramm gewährt werden. Die übrigen Fleischwaren behaupteten die vorwöchentlichen Preise. — Ein großer Theil der samstägigen Zufuhr blieb unverkauft.

* * *

Pferdemarkt vom 9. November 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 549 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde	80—400 fl.	per Stück.
„ „ Schlachtpferde	18—85	„ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 12. November 1894.

1. Auftrieb.

Mastvieh 2611, Weidevieh 934, Beinlvieh 1535.

Summa . 5080.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere	2297
Galizische „	755
Deutsche „	1692
Büffel „	336

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3918
Stiere	452
Kühe	710

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht **mit** Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von	49	bis	69	fl.
(extrem	„	—	„	—	„)
Galiz. Schlachtthiere	„	52	„	65	„
(extrem	„	—	„	—	„)
Deutsche Schlachtthiere	„	54	„	68	„
(extrem	„	69	„	70	„)
Weidevieh	„	49	„	58	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte $34^1/_2$ bis 46 %) welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht **ohne** Percentabzug:

Ochsen	von	22	bis	$35^1/_2$	fl.
Stiere	„	25	„	37	„
Kühe	„	24	„	32 (—)	„
Büffel	„	18	„	25	„
Beinlvieh	„	14	„	22	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . . von 26 bis 60 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen	248 Stück
Beinlvieh	123 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 635 Stück Schlachtthiere weniger aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des zum größten Theile nur in Beinlvieh verringerten Auftriebes ruhig und haben die Preise der Vorwoche keine Änderung erfahren.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 10. November 1894.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 78—82 kg)	von	6 fl.	60 kr.	bis	7 fl.	35 kr.
Roggen („ „ „ „ 71—78 „)	„	5 „	50 „	„	5 „	95 „
Gerste	„	5 „	— „	„	9 „	10 „
Mais	„	6 „	85 „	„	7 „	10 „
Hafer	„	5 „	95 „	„	6 „	80 „

b) Mahlproducte.

Grieß	von	11 fl.	20 kr.	bis	12 fl.	50 kr.
Weizenmehl	„	5 „	— „	„	12 „	50 „
Roggenmehl	„	6 „	— „	„	10 „	30 „
Weizenkleie	„	3 „	60 „	„	4 „	10 „
Roggenkleie	„	3 „	80 „	„	4 „	— „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 1. November bis 8. November 1894.

Waren eingelagert	60.350	Meter-Centner
„ ausgelagert	40.083	„

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 16.739 Meter-Centner.

Lagerstand vom 8. November 1894: 391.218 Meter-Centner, und zwar:

88.753	Meter-Centner	Weizen,	85.828	Meter-Centner	Roggen,
87.708	„	Gerste,	34.014	„	Hafer,
12.146	„	Mais,	34.902	„	Ölsaaten,
19.004	„	Mehl u. Kleie,	1.732	„	Wein,
1.498	„	Zucker,	—	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,360.260 fl. öst. Währ.

Militär-Angelegenheiten.

Nachcontrole der Urlauber, Reservemänner und Ersatzreservisten des Heeres (Kriegsmarine), sowie der Angehörigen der Seewehr und der königl. ungar. Landwehr (Honvéd) für das Jahr 1894.

Die Nachcontrole der Urlauber, Reservemänner, Ersatzreservisten, sowie der Angehörigen der Seewehr und der königl. ungar. Landwehr (Honvéd) wird für das Jahr 1894 vom 21. bis incl. 26. November in Drehers Saallocalitäten, III., Hauptstraße Nr. 97, I. Stock, vorgenommen und beginnt dieselbe am 21., 22., 23., 24. und 26. November um 8 Uhr früh, am 25. November um 10 Uhr vormittags.

Der Nachcontrole haben alle jene Urlauber, Reservemänner und Ersatzreservisten des Heeres (Kriegsmarine), sowie die Angehörigen der Seewehr und königl. ungar. Landwehr (Honvéd) beizuwohnen, welche ihrer Verpflichtung, bei der Hauptcontrole zu erscheinen, nicht nachkommen konnten.

Die Reihenfolge, in welcher dieselben bei der Nachcontrole sich einzufinden haben, ist die nachstehende:

Am 21. November die Controlpflichtigen, deren Namen mit dem Buchstaben A, B, C, D, E, F beginnen,

am 22. November die Controlpflichtigen, deren Namen mit dem Buchstaben G, H, J beginnen,

am 23. November die Controlpflichtigen, deren Namen mit dem Buchstaben K, L, M beginnen,

am 24. November die Controlpflichtigen, deren Namen mit dem Buchstaben N, O, P, Q, R, T, U, V beginnen,

am 25. November die Controlpflichtigen, deren Namen mit dem Buchstaben W, X, Y, Z beginnen, und

am 26. November die Controlpflichtigen, deren Namen mit dem Buchstaben S, Sch, St beginnen.

Es werden sonach diese Controlversammlungen am 26. November gänzlich geschlossen.

Gegen die auch von der Nachcontrole ungerechtfertigt weggebliebene Mannschaft wird nach den Strafvorschriften unnachsichtlich vorgegangen werden. (Kundmachung des Magistrates vom 12. November 1894, M.-Z. 138274.)

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 8. bis 12. November 1894:

Für Neubauten:

IX. Bezirk: Haus, Sobieski- und Sechsschimmelgasse, Grundb.-Einl. 1515, von Auguste Tischler, Bauführer Josef Tischler (8215).
X. Bezirk: Van der Nüllgasse, Einl.-Z. 1789, von Paula Weiser, Bauführer ? (37806).
„ „ Gellertgasse, Einl.-Z. 2516, von Paula Weiser, Bauführer ? (37807).
XVII. Bezirk: Haus, Hernals, Hauptstraße 17, von Alfred Wünsch, II., Praterstraße 49, Bauführer Josef Wägler (36708).

Für Zubauten:

VII. Bezirk: Fabrikszubau, Schottenfeldgasse 60, von Karoline Tobisch, Bauführer M. und J. Sturany (8274).
„ „ Fabrikszubau, Neustiftgasse 119, von Louis Rößler, Kaiserstraße 80, Bauführer M. Kaiser (8275).
X. Bezirk: Erlachplatz 3, von Anton Freißler, Bauführer Holzmann (38355).
XVI. Bezirk: Seitentract, Ottakring, Wilhelminenstraße 143, von Peter Rogan, XVI., Eisnerstraße 22, Bauführer Franz Gräf (49627).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Ebendorferstraße 3, von Rosa Wirth, Bauführer Karl Zeller (8192).
„ „ Schwangasse 2, von Stanislaus Hanusch, Baumeister (8222).
„ „ Freyung 1, von Moriz v., Wilh. und Karl Kuffner, XVI., Hauptstraße 71, Bauführer Franz Bock (8240).
„ „ Giselastraße 6, von Dr. Friedrich Rechen, Bauführer M. Göb (8252).
„ „ Gonzagagasse 19, von Moriz und Josef Sturany, Baumeister (8253).
III. Bezirk: Hauptstraße 117, von Anton Schnabls Erben, Bauführer Jos. Leitner (8213).
„ „ Fasangasse 29, von Ignaz und Josef Kölbl, Bauführer Jos. Gruber (8246).
V. Bezirk: Griesgasse 14, von Mausch & Buchwald, Bauführer ? (8211).
VII. Bezirk: Schottenfeldgasse 85, von Franz Descovich, Bauführer ? (8198).
„ „ Apollogasse 3, von Moriz und Josef Sturany, Baumeister (8245).
VIII. Bezirk: Alserstraße 67, von Karl Hörandner, VII., Seidengasse 44, Bauführer W. Schulz (8249).
X. Bezirk: Leebgasse 18, von Anton Freißler, Bauführer Holzmann (38356).
XV. Bezirk: Fünfhaus, Goldschlagstraße 22, von Magdalena Kreipl, ebenda, Bauführer Joh. Lackner, Maurermeister (26561).
XVI. Bezirk: Ottakring, Brestlgasse 4, von Rupert Weikart, Brestlgasse 6, Bauführer Wilhelm Maißer & Franz Roth (43626).
„ „ Neulerchenfeld, Hauptstraße 27, von Laurenz und Theresia Pollak, ebenda, Bauführer Franz Haslinger (50001).
XVII. Bezirk: Dornbach, Hauptstraße 103, von Anton Trimmel, ebenda, Bauführer Johann Steinmetz (36497).
„ „ Hernals, Weinhauserstraße 38, von Martin Pischler, ebenda, Bauführer Wenzel Gabauer (36530).
XVII. Bezirk: Hernals, Hauptstraße 123, von Emanuel Winter, ebenda, Bauführer Karl Haas (36566).
„ „ Hernals, Kirchengasse 85, von Hans Peschl, ebenda, Bauführer Wenzel Voit (36651).
XIX. Bezirk: Sievering, Hauptstraße 253, von Franz Waas, Billrothstraße 24, Bauführer Leopold Rettinger (20256).
„ „ Döbling, Hohe Warte 23, von Wilhelm Meindl, I., Gonzagagasse 7, Bauführer Schlaf & Peratlik (20400).
„ „ Döbling, Hauptstraße 62, von M. Haymann, ebenda, Bauführer A. Micheroli (20403).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Warenaufzug, Nestroygasse 9, von Flach & Keil, Bauführer ? (8241).
III. Bezirk: Hütte, Untere Weißgärberstraße 9, von Ferd. Nyitrai und Josef Krause, Bauführer M. Neubauer (8230).
V. Bezirk: Gewächshaus, Siebenbrunnengasse 15, von Amalia Eckstein, Bauführer M. Kaiser (8185).
IX. Bezirk: Gartenhaus, Kapellengasse 3, von Alexander Müller, Waisenhausgasse 10, Bauführer ? (8212).
XI. Bezirk: Senkgrube, Simmering, 4. Landengasse, Conscr.-Nr. 127, von Moriz Giller, Bauführer Anton Haindl (14995).
„ „ Simmering, Feldgasse 51, von der I. österr. Seifensieder-Gewerks-Gesellschaft „Apollo“, Bauführer Johann Schneider (14900).
XIV. Bezirk: Herstellung eines Rohrcanales, Rudolfsheim, Buchgasse 39, von Gottfried Alber, ebenda, Bauführer derselbe (30003).
XVII. Bezirk: Hauscanal, Dornbach, Hauptstraße 117, von Ferdinand Paschings Witwe, ebenda, Bauführer Heinr. Sikora (36463).
„ „ Hauscanal, Dornbach, Hauptstraße 123, von Anton und Theresia Schatzinger, ebenda, Bauführer Heinr. Sikora (36464).
XIX. Bezirk: Steinzeug-Rohrcanalisierung, Döbling, Hohe Warte 9, von Theodor Schultz, ebenda, Bauführer Franz Feigl (19870).
„ „ Stützmauer, Döbling, Hofzeile 33, von Bernhard Salzer, ebenda, Bauführer Adolf Micheroli (19967).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

II. Bezirk: Gießmanngasse 18, von Franz Strasser, Wallensteinstraße 80 (8220).
IV. Bezirk: Favoritenstraße 36, von Holzmann & Comp., Weyringergasse 40, für Raimunde Anders (8223).
VI. Bezirk: Laimgrubengasse 17, von Karl Stigler, VII., Bernardgasse 22 (8232).
VII. Bezirk: Zieglergasse 75, von Holzmann & Comp., Weyringergasse 40, für Franz und Ferd. Katzer (8224).
IX. Bezirk: Porzellangasse 45, von Emil Schnizer v. Lindenstamm, für Anton und Marie Rother, Berggasse 10 (8217).
XV. Bezirk: Fünfhaus, Cat.-Parc. 227/9—228/7, Einl.-Z. 359 und 806, Pelzgasse Conscr.-Nr. 709, von Jakob und Theresia Blamm, XVI., Burggasse 10 (26740).
XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Billrothstraße 24, von Franz Waas (20257).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

I. Bezirk: Riemergasse 12, von Julius Mraczek und Marie Lentsch, III., Gärtnergasse 4 (8186).
VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 20, von H. F. Lederer & Al. Schweinburg, Gumpendorferstraße 40 (8236).
VIII. Bezirk: Langegasse 2, von Ch. M. Cabos & Al. Schweinburg, VI., Gumpendorferstraße 40 (8235).
XI. Bezirk: Simmering, Dorfgasse 7, Conscr.-Nr. 80, von Jos. Schmelzer, Demolierender Ferd. Kaindl (14993).

Gewerbeanmeldungen vom 5. November 1894.

(Fortsetzung.)

Bruckmann Ignaz — Provisionsagentie — V., Anzengrubergasse 30.

Wieser Edler v. Brunecken Hannibal — Provisionsagent — V., Siebenbrunnengasse 28.

Eckelhart Elisabeth — Rauchrequisiten- und Toilettegegenstände-Verschleiß — III., Hörnesgasse 16.

Neumann Aloisia — Schlittschuh-Verschleiß — V., Ziegelofengasse 12.

Baran Johann — Schuhmacher — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse 53.

Müller Lorenz — Selchwaren-Verschleiß — IV., Hauptstraße 2, 3. Hof.

Stiel Karl — Selchwaren-Verschleiß — IV., Schikanedergasse 4.

Weikmann Franz — Selchwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse, Markt.

Bolis Anna — Verschleiß von färbiger Seide — VII., Kandlgasse 23.

Modern Adolfine — Verschleiß von neuen Herrenkleidern — VII., Burggasse 81.

Wagner Julius Edmund — Verschleiß von Rohrwaren und Korbmachermaterialien — VII., Kaiserstraße 98.

Hartl Marie — Victualienhandel — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 35.
Gamsjäger Marie — Victualien-Verschleiß — III., Reisnerstraße 1.
Stehlik Katharina — Weißnäherin — VII., Myrthengasse 7.
Eckelhart Elisabeth — Zeitungs-Verschleiß — III., Hörnesgasse 16.
Ramharter Johann — Ziergärtner — XI., Simmering, Schußlinie Nr. 373.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 6. November 1894.

Poglies Edmund — Commissionswaaren-Verschleiß — I., Stubenbastei 4.
Birke Anton — Einspänner — VI., Magdalenenstraße.
Schäfer Josefine, Stefanowski Felix — Erzeugung von Cigarettenhülsen und Papierspitzen — I., Schulerstraße 18.
Tipel Marie — Erzeugung von plastischen Figuren — VIII., Lerchenfelderstraße 44.
Klinger Emma — Feinputzerei — IX., Glasergasse 16.
Pessel Siegmund — Friseur — VIII., Josefstädterstraße 16.
Heilinger Adolf — Futterartikelhandel — X., Vordere Südbahnstraße nächst der Matzleinsdorferlinie.
Boček Ottilie — Gastwirtin — X., Buchengasse 64.
Höbarth Georg — Gastwirt — XVII., Hernals, Blumengasse 17.
Kamptner Johann — Gastwirt — XIV., Rudolfsheim, Morizgasse 10.
Link Agnes — Gastwirtin — V., Einsiedlerplatz 11.
Böhm Therese — Gastwirtin — XIV., Rudolfsheim, Siegmundsgasse 9.
Punitzer Julius, Singer Lazarus — Gemischtwarenhandel — I., Jasomirgottstraße.
Haslinger Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Reindorfgasse 10.
Krispin Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Alserstraße 32.
Schreiber Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Liechtensteinstr. 62.
Stockinger Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Gymnasiumstraße (Feldgasse) 27.
Tiefenbacher Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unt.-Meidling, Rauchgasse 30.
Tinkel Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Hietzing, Eskelesg. 4.
Worel Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Alserstraße 30.
Suttner Richard, Freiherr von — Handel mit Grabmonumenten und Grabsteinen — XI., Kaiser-Ebersdorf, an der Pressburger Reichsstraße, Parcelle 710/2.
Klein Regine — Haus- und Küchengeräthe-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Hauptstraße 43.
Gißwein Franz — Holz- und Kohlen-Verschleiß — IX., Fechtergasse 15.
Kiß Julius — Holz- und Kohlen-Verschleiß — X., Leibnitzgasse 36.
Losert Josef — Holz- und Kohlen-Verschleiß — X., Laxenburgerstr. 99.
Nefzger Georg — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XVII., Dornbach, Kainzgasse 9.
Schober Magdalena — Holz- und Kohlen-Verschleiß — X., Himbergerstraße 147.
Brabetz Charlotte — Käse-, Salami-, Delicatessen- und Wein-Verschleiß — XVIII., Währing, Theresiengasse 33.
Reger Ursula — Kaffeeschank — XIV., Rudolfsheim, Märzstraße 55.
Sedlařik Ladislaus — Kleidermacher — VIII., Alserstraße 55.
Eckhart Anna — Marktfierantie — X., Laxenburgerstraße 11.
Seefischer Michael — Marktfierant — XII., Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 36.
Pattis Anna — Milch-, Gebäck- und Obst-Verschleiß — XVIII., Währing, Schulgasse 10.
Vavra Alois — Mineralwasser-Verschleiß — V., Arbeitergasse 14.
Kokesch Beile — Pfaidlerin — VIII., Skodagasse 8.
Lux Julius — Pfaidler — V., Wolfganggasse 33.
Schmidt Anna — Pfaidlerin — XIV., Rudolfsheim, Herklotzgasse 43.
Winter Karoline — Pfaidlerin — XVIII., Währing, Schulgasse 10.
Losert Josef — Pferdefleisch-Verschleiß — X., Richardgasse 13.
Horvath Johann — Photograph — III., Rennweg 57.
Budinsky Franz — Schuhmacher — V., Krongasse 9.
Wertheim Pankratz — Schuhmacher — XIV., Rudolfsheim, Sechshauser Hauptstraße 50.
Tabischetzky Eduard — Selchfleisch-Verschleiß — I., Volksgartenstraße 5.
Spitzer Jakob — Verabreichung von koscheren Speisen — X., Himbergerstraße 48.
Schüller Franz — Verschleiß von Reliefbildern, Juxkarten und Wunschbüchern — XIV., Rudolfsheim, Hauptstraße 63.
Brandl Leopoldine — Victualienhandel — III., Custozzagasse 3.
Jakubovics Apollonia — Victualienhandel — IX., Nussdorferstraße 68.
Prokisch Marianne — Victualienhandel — III., Hörnesgasse 24.
Humann Marie — Victualien-Verschleiß — XVII., Hernals, Palffygasse 13.
Lackner Johann — Victualien-Verschleiß — I., Stadiongasse, Markthalle.
Winter Josef — Wäscherei — III., Fasangasse 29.
Matauschek Hermine — Zeitungs-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstraße 28.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 7. November 1894.

Böck Franz — Bauunternehmer — V., Wienstraße 20.
Hermann Michael — Feilbieten von Gebäck, Butterbrot und Würstel im Umherziehen — I., Judengasse 10.
Schrank Johann — Gastwirt — XVII., Hernals, Syringgasse 11.
Gaschnitz Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Vor dem Linienamtsgebäude in Inzersdorf.
Pagler Laurenz — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Hietzing, Nisselgasse 16.
Perzi Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Quellengasse 59.
Redl Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Meidling, Quelleng. 17.
Anton Rudolf — Geschäftsbesorgung — I., Fleischmarkt 3.
Lochay-Buresch Emanuel — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Österr.-ung. Holz-Interessent" — X., Raaberbahngasse 10.
Springer Ignaz, Goldberger Jacques — Kunstblumen-Erzeugung — I., Sterngasse 8.
Roskosz Victor — Kunstblumen-Erzeugung — XVII., Hernals, Mayßengasse 33.
Israel Hermine — Modistin — I., Goldschmiedgasse 8.
Mateovics Karoline — Obst- und Grünwarenhandel — XVII., Hernals, Rosensteingasse 1.
Wittenburg Karl — Pfaidler — IV., Hauptstraße 20.
Ackermann Rafil — Putzen und Verschleiß von Viehhaaren aller Art — XVII., Hernals, Teichgasse 1.
Jelinek Franz — Schuhmacher — XIV., Rudolfsheim, Reindorfg. 12.
Schlachthammer Adele — Schulhefte-, Kurz- und Galanteriewaren-Verschleiß — XII., Meidling, Wilhelmstraße 4.
Pippa Franz — Stadtlohnfuhrwerk — XII., Meidling, Radetzkyg. 21.
Strnad Josefa — Stadtlohnfuhrwerk — XVII., Hernals, Hauptstr. 119.
Krammer Heinrich Maximilian — Taschner — I., Rothenthurmstr. 29.
Ubel Anton — Uhrmacher — XIII., Penzing, Lainzerstraße 383.
Saitz Johann Nep. — Vergrößerung von Bildern auf photographischem Wege — XV., Fünfhaus, Neubaugasse 34.
Giuliani Josef — Verschleiß von Material- und Parfumeriewaren, sowie Verbandstoffen — I., Haarhof 4.
Buchta Michael — Victualienhandel — I., Zedlitzhalle.
Schuh Johann — Victualienhandel — XVII., Hernals, Dorotheerg. 44.
Hofmeister Johanna — Victualien-Verschleiß — XVIII., Währing, Mitterberggasse 8.
Herzog Norbert — Wagner — XV., Fünfhaus, Tellgasse 8.
Kraus Karoline — Wildbret- und Geflügelhandel — XIV., Rudolfsheim, Cardinal Rauscherplatz 5.
Spergel Barbara — Wildbret- und Geflügelhandel — XV., Fünfhaus, Reithoferplatz.
Fronner Katharina — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Michaelerstraße 29.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 8. November 1894.

Berger Katharina — Auskocherei (koscher) — XVI., Ottakring, Friedmannsgasse 64.
Abel Isidor — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse
Blau Isidor — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse
Hoffmann Karl — Betrieb eines Marionettentheaters — III., Ungarg. 2
Weßely Rudolf — Betrieb einer Privatzeichen- und Malschule — III., Beatrixgasse 14.
Nowak Amalie — Brantweinschank — XVI., Ottakring, Hauptstr. 129.
Quastler Johanna — Brantwein- und Theeschank — VII., Siebensterngasse 31.
Schwarz Karoline — Cravatten-Erzeugung — VI., Stumpergasse 6.
Neuhold Alois — Dachdecker — XIV., Rudolfsheim, Sturzgasse 15.
Schwarz Amalie — Drechslergewerbe — XVI., Ottakring, Hoferg. 22.
Weißhaar Karl — Drechsler — VI., Gumpendorferstraße 81.
Feuichel Hinde — Federnschmückerin — I., Adlergasse 14.
Haslinger Andreas — Fleischhauer — V., Herthergasse 24.
Punzet Johann — Fleischhauer — XIX., Heiligenstädterstraße 148.
Fritsch Franz — Fleisch-Verschleiß — VII., Kandlgasse 28.
Linka Ottokar — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Breitelgasse 3.
Hunadiny Leopold — Friseur — X., Quellengasse 43.
Kurzwart Georg — Gast- und Schankgewerbe — III., Schlachthausgasse 423.
Wolf Wilhelm — Gast- und Schankgewerbe — XII., Meidling, Josefigasse 10.
Moser Franz — Gastwirt — VII., Kaiserstraße 26.
Pazelt Ignaz — Gastwirt — VIII., Alserstraße 67.
Gansel Anna — Geflügelhandel — VI., Eßterházygasse 22.
Dechant Juliana — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 30.
Goldblatt Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Mariahilferstraße 105.
Latscher Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Steudelgasse 15.
Mader Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Herbststraße 46.
Österreicher Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Millergasse 17.

Pokorny Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 154.
Schäfer Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Getreidemarkt 13.
Weilguni Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 72.
Bach Georg — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — XVII., Hernals, Teichgasse 13.
Hasse Karl Friedrich — Industriemaler — XIII., Penzing, Rochusg. 6.
Schulmeister Amalie — Kaffeeschank — VI., Brauergasse 2.
Klubal Gottlieb — Claviermacher — X., Wielandplatz 6.
Bürger Antonie Marie — Kleidermacherin — VII., Burggasse 42.
Kochwasser Victoria — Kleidermacherin — I., Fleischmarkt 12.
Mohrle Eleonore — Kleidermacherin — VII., Kaiserstraße 6.
Pekarek Franz — Kleidermacher — VII., Zollergasse 15.
Baumgärtner Victor — Kleinfuhrwerk — XVI., Ottakring, Liebhartsgasse 44.
Beier Marie — Kleinfuhrwerk — XVI., Ottakring, Dornbacherstraße 7.
Nawratil Vincenz — Korbflechter — XVII., Ottakring, Ottakringerstraße 88.
Přibik Otto — Lederzurichter — XII., Meidling, Breitenfurterstraße 38.
Hergloß Wendelin — Margarinbutter- und Schmalzfabrication — VI., Mollardgasse 84.
Weber Friederike — Milch-Verschleiß — VI., Luftbadgasse 13.
Szokoll Stephan — Musiker — XVII., Hernals, Krongasse 18.
Huschek Marie — Obst- und Gemüsehandel im Umherziehen — VI., Gumpendorferstraße 161.
Walek Stephan — Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 44.
Arganer Wilhelm — Privat-Clavierschule — XIX., Heiligenstadt, Billrothstraße 15.
Kowarovics Anna — Sauerkraut-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstraße 2 D.
Latal Johann — Schuhmacher — XVII., Hernals, Gschwandnergasse 22.
Skala Franz — Schuhmacher — XVII., Hernals, Sterngasse 60.
Szabó Michael — Schuhmacher — XVI., Ottakring, Kirchstetterng. 43.
Sündermann Anton — Sonn- und Regenschirmmacher — XVII., Hernals, Veronikagasse 44.
Dinstl Wilhelm, Meinl Alfred — Specereiwarenhandel — I., Johannesgasse 27.
Schuschny Paul — Theehandel — XVII., Hernals, Rokitanskygasse 44.
Junik Johann — Tischler — XII., Meidling, Leopoldgasse 4.
Schmutzer Karl — Tischler — XII., Meidling, Breitenfurterstraße 51.
Mikan Anna — Verschleiß von Schulbüchern, Kalender und Heiligenbildern — VI., Gumpendorferstraße 127.
Pachinger Stephan — Victualien-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Wehrgasse 15.
Pell Amalie — Victualien-Verschleiß — VI., Haydngasse 17.
Weidlich Theresia — Wäscheputzerin — XVI., Neulerchenfeld, Lerchenfelderstraße 54.
Lach Rosa — Webstuhlvorrichterei und Litzenstrickerei — VI., Garberg. 8.
Kosa Franz — Wildbret- und Geflügelhandel — VII., Kandlgasse 28.
Gittner Wenzel — Ziergärtner — XIII., Breitensee, Schanzgasse 21.
Valent Juliana — Zuckerbäckerwaren- und Canditen-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstraße 137.

Inhalt:

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik. — J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.